SENATE

Magazin für Politik, Gesellschaft und eine Ökosoziale Marktwirtschaft

Europäische Herausforderung
Sigmar Gabriel

Das achte Weltwunder
Francis Tesmer

Zeitenwende – Perspektivwechsel
Helge Braun

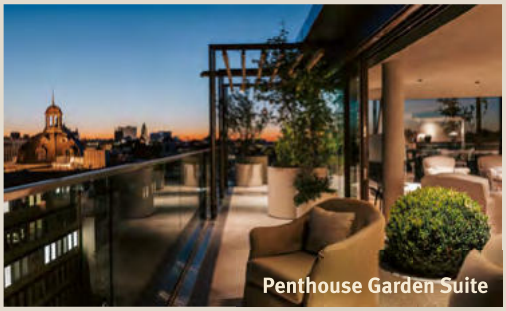
Mario Czaja

Grundsätze, die motivieren

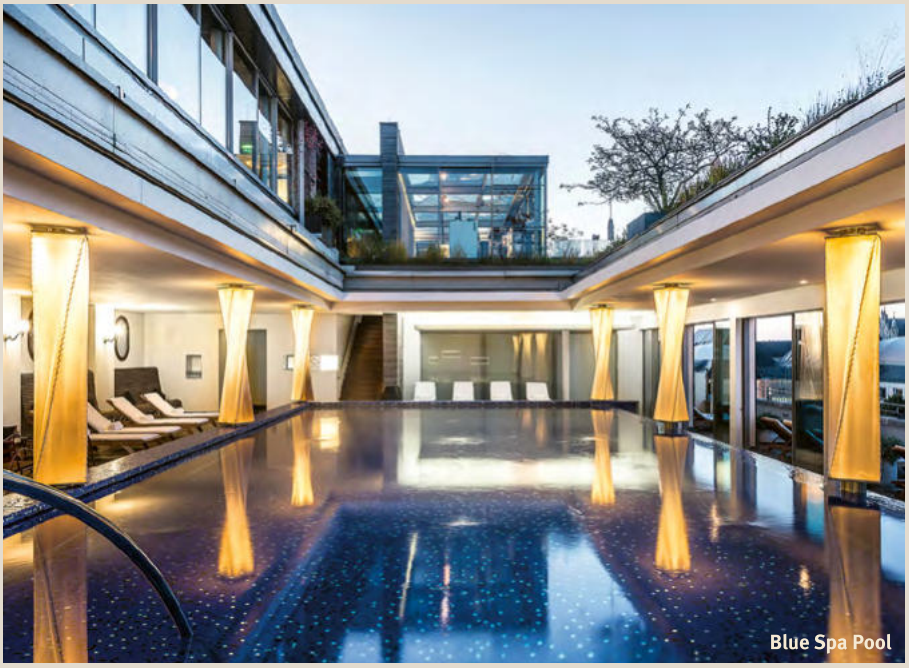
Der Generalsekretär mit frischem Mut

Ausgabe 1/23
Einzelpreis 5€

BAYERISCHER HOF


Penthouse Garden Suite

Panorama Suite


Blue Spa Pool

Bird´s Nest

DIE VIELLEICHT ÄLTESTE TRADITION UNSERES HAUSES: SICH SELBST IMMER WIEDER NEU ZU ERFINDEN.

Silent Garden im Atelier

Garden

Das seit 1841 privat geführte Hotel Bayerischer Hof ist mit seinen 337 Zimmern inklusive 74 Suiten eine Institution unter den internationalen Luxushotels.

40 moderne Bankett- und Konferenzräume für bis zu 2500 Personen warten auf Ihre Events und unsere fünf Restaurants und sechs Bars lassen keine kulinarischen Wünsche offen. Im Blue Spa erwartet Sie auf 1.300 Quadratmetern ein einzigartiges Wellness-Refugium über den Dächern Münchens. Das Live-Entertainment im Night Club ist legendär und die Komödie im Bayerischen Hof steht für bestes Boulevardtheater.

Unser hauseigenes Kino, die astor@Cinema Lounge, welches vom renommierten belgischen Kunstsammler und Interior Designer Axel Vervoordt gestaltet wurde, garantiert auf gemütlichen Lounge-Sofas Unterhaltung der Extraklasse. Axel Vervoordt prägte nicht nur die Palaishalle und die beiden Gourmetrestaurants Atelier und Garden, den „Süd- und Nordflügel“ sowie die luxuriöse Penthouse Garden Suite mit seinem Stil, sondern auch das Restaurant Palais Keller und die Veranstaltungsräume in unserem historischen Palais Montgelas.

Tauchen Sie ein in die Welt des Hotels Bayerischer Hof und entdecken Sie Ihr - Home Away From Home.

Hotel Bayerischer Hof

Promenadeplatz 2-6
80333 München

Fon +49 89.21 20 - 0
Fax +49 89.21 20 - 906

www.bayerischerhof.de
info@bayerischerhof.de

LEADING HOTELS

LEGEND Preferred HOTELS & RESORTS

Herausgeber Norbert Streveld

Künstliche Intelligenz. Innovationsoffenheit.

Künstliche Intelligenz (AI) ist durch ChatGPT, den Chatbot von OpenAI, in einer großen Breite der Gesellschaft angekommen. Schülerinnen, Schüler und Studierende nutzen es für ihre Aufsätze und Arbeiten, Unternehmen prüfen den Einsatz. Auch wenn ChatGPT doch noch viele fehlerhafte oder unvollständige Antworten auf Fragen gibt, die rasante Entwicklung wird weitergehen. Woran erkennt man in Zukunft, ob durch eine künstliche Intelligenz oder einen Menschen ein Text, ein Bild oder ein Video erstellt wurde? Es gibt Stimmen, die mit diesen Hinweisen ein „Aussetzen" der Weiterentwicklung fordern.

Technologien entwickeln sich weiter, Innovationen entstehen. Wenn nicht in Europa oder den USA, dann in China, Indien oder anderswo. Ist eine Forderung des „Aussetzens" von Entwicklungen also realistisch oder überhaupt sinnvoll? Sollten wir uns nicht eher fragen, welche Rahmenbedingungen förderlich für Innovationen sind, wie man diese nutzt und wo Regulatorik Nutzung einschränken sollte? Gerade für das Letztgenannte benötigt es einen vielfältigen Diskurs, der eine ethische Betrachtung miteinschließt.

„Alles, was erfunden werden kann, ist erfunden worden!", sagte im Jahr 1899 Charles H. Duell, der Hauptbevollmächtigte des US-Patentamts. Seitdem sind viele Erfindungen und Innovationen erfolgt und widerlegten diese Einschätzung. Eine andere These wäre, ob nicht eher alles, was an Innovationen entstehen kann, entstehen wird. Dann stellt sich eher die Frage nach den Chancen, welche Risiken entstehen könnten und daraus in Folge, wo oder wie die Nutzung eingeschränkt werden sollte.

Ist es dann dafür nicht notwendig, bei Innovationen „vorne" dabei zu sein, um zu gestalten und damit größeren Einfluss auf die Anwendung zu erhalten? Wenn dem so ist, wie hilfreich ist dann ein „Aussetzen" einer Entwicklung? Die Forderung beinhaltet sicherlich auch die Sorge der Unkontrollierbarkeit einer Entwicklung, deren Folgen noch nicht vollständig absehbar sind. Nur ist die Kontrolle einer Entwicklung realistisch?

Der Wettbewerb um Innovationen besteht weltweit. Und existiert nicht ebenfalls ein Wettbewerb der Systeme, ob nun der politischen, der gesellschaftlichen oder ökonomischen? Wir erleben eine Beschleunigung bei der Weiterentwicklung von Technologien, also auch der künstlichen Intelligenz. Der Umgang hiermit wird substanziell die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der jeweiligen Volkswirtschaften beeinflussen und damit auch uns.

Offenheit und Neugier sind Nährstoffe für Innovationen, alles weltweit vorhanden. Ein pluraler konstruktiver und ideologiefreier Diskurs über Folgen jedoch nicht. Eine positive Sicht auf Innovationen ermöglicht deren Entwicklung, Chancen zu nutzen, Risiken zu begrenzen und Rahmenbedingungen im oben genannten Sinne zu gestalten.

Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, Paris, 22. Januar 1963

Politik und Parlament

60 Jahre Élysée-Vertrag 8
Peter Anterist

Demokratie als Anker in Krisenzeiten 12
Benita Ferrero-Waldner

Europäische Herausforderung 20
Sigmar Gabriel

Ein Leben für die Politik 50
Fragen an Jakob Maria Mierscheid

Gestaltungskraft Parlament 76
Im Gespräch mit Helge Braun

Grundsatzprogramm als Neuanfang 84
Im Interview mit Mario Czaja

Augen zu und durch – IOC-Zulassung russischer und belarussischer Sportler 92

Wirtschaftswelt

So vieles hemmt und bremst 18
Dieter Härthe

Die EU: Weder abhängig von China noch „Anhängsel" der USA, sondern eigenständig 28
Walter Döring

Moderne Führungskultur 32
Andreas C. Fürsattel

Das achte Weltwunder 36
Im Gespräch mit Francis Tesmer

Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.

Europäische Herausforderung

Seite 20

Das achte Weltwunder

Seite 36

60 Jahre Élysée-Vertrag

Seite 8

Fotos: Mario Czaja © Ulrich Brothagen, Unterzeichnung des Elysée-Vertrags © Bundesarchiv B 145 ssBild-P106816, Benita Ferrero Waldner © Evstafiev, Helge Braun © Helge Braun-Susanne Hofmann

IMPRESSUM

Herausgeber:
Dr. Christoph Brüssel
Dieter Härthe
Norbert Streveld
ViSdP

Adenauerallee 206
53113 Bonn
Tel: +49 (0)228-915-605-0
www.senat-deutschland.de
E-Mail: office@senat-deutschland.de

Hauptstadtbüro:
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
Tel: +49 (0)30-40 10 995 0

Redaktion:
Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)
Astrid Herres (RvD)
Uly Köhler
Michael King-Rolland
Ewald König
Lektorat: Alectis.de, Annette Meyer
Layout: Heiner Stellmach
Druckerei: Saxoprint
Auflage: 10.000 Exemplare

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.

Demokratie als Anker in Krisenzeiten

Seite 12

Gestaltungskraft Parlament

Seite 76

Moderne Führungskultur

Seite 32

EXPO West in den USA 42
Michael King-Rolland

ChatGPT & Co. 46
Karl-Heinz Land

Büroleben neu denken 100
Holger Wolff

Praktische Impulse zum Arbeitszeitgesetz 102
Martin Kugelmann

Digitales Zeitalter – neue Herausforderungen an das Arbeitszeitrecht 108
Gerlind Wisskirchen

Nachhaltige Wirtschaft

Die vier Elemente der Nachhaltigkeitswende 52
Apu Gosalia

Klimaschutz und Energiebedarf sind kein Gegensatz ... 58
Franz Josef Radermacher

Der German SDG Award geht in die nächste Runde 96
Svenja Reimer

SDG-Award – ein Weg zu einem positiven Weltbild 98
Gabriele Stowasser

Wissenschaft

Wird das Wunder des Lebens digital entzaubert? 64
Christoph Brüssel

Aus dem Senat

Aus dem Senat 70
FrühlingsConvent 74

Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

Franz Alt

DISCHER®
www.discher.de

AVIA BANTLEON
Ideen. Systeme. Lösungen.
www.bantleon.de

Rila
FEINKOST-IMPORTE
www.rila.de

argon hörbuch
www.argon-verlag.de

ESE
www.ese.com

KREMER®
KAUTSCHUK | KUNSTSTOFF
FORMTEILE & SYSTEME
www.kremer.de

WELT WALD KLIMA
WORLD FOREST FOUNDATION

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Der Ausdruck:

Künstliche Intelligenz – jedoch natürliche Menschen bitte

Der Eindruck:
Von Herausgeber & Chefredakteur Christoph Brüssel

Plötzlich ist sie so nah, die „KI“. Weil sie jeder jetzt auch als Textmodul nutzen kann. ChatGPT, das Spielzeug, der Jungbrunnen für Wissenshungrige. Es ist nur ein Instrument von zahllosen der künstlichen Intelligenz. Viele Jahre bereits ist die enorme Rechengeschwindigkeit und Lernfähigkeit von Fakten und Daten bekannt. Vieles, wenn nicht alles wird einer Transformation unterliegen, wird entwickelt, wird neu zu denken sein. Nicht aufzuhalten, vielleicht zu verstehen und zu regeln.

Das Künstliche geht auch an das Menschliche – nicht nur bildlich, tatsächlich.

Bereits seit einigen Jahren schaffen es Wissenschaftler durch die digitalen Werkzeuge, organische Stoffe zu erzeugen. Fleisch aus dem 3D-Drucker kennt man, wenige allerdings wissen von der Schaffung lebensfähiger Organe durch die Wissenschaft. Schon heute werden einfache Körperteile „erdruckt“, nutzbar auch bei Menschen. In den USA bereits eingesetzt, und auch deutsche Mediziner haben voller Achtung die Realität begutachten können. In wenigen Jahren soll es bereits die lebensfähige Reproduktion von wichtigen Organen geben. Seriöse Mediziner rechnen damit, dass unsere Körper das auch mitmachen.

Welch eine Vorstellung, was könnte es für eine Hilfe für Menschen sein, die verzweifelt auf Organspenden warten, oft vergeblich. 75 Prozent der notwendigen Organspenden eines Jahres können nicht bedient werden.

Rettung als Regelfall, denn der 3D-Drucker unterliegt nicht einem Schicksal, bevor er gesundende Organe geben kann. Hilfe wäre zudem praktisch ohne Mengenbegrenzung lieferbar. Besser noch, keine Sorge mehr vor schwächelnden Herzen oder auch ganz praktisch, mal mit 50 die Leber zu wechseln – wenn es doch genug frische Leber gibt, also das lebensfähige menschliche Organ.

Klar, wo Entwicklung, da sind auch Bedenken. Wer hat denn das ausreichende Geld für künstliche Organe und die Operation, oder sollen es alle haben, die es brauchen? Dann bitte schön, wer entscheidet, wer es braucht? Wie sieht es in den armen Ländern aus? Und so nebenbei, haben wir ethisch das Recht, so krass in die Schöpfung einzugreifen – ewiges Leben als Ersatzteillager aus dem Digitallabor? Ach ja, wann beginnt eigentlich dann die Rente, wenn wir durch künstliche Intelligenz plötzlich 120 Jahre natürlich leben können? Rente mit 95 oder 50 Jahre Rente?

Schön ist doch, dass wir uns besinnen, die natürliche Intelligenz als kraftvoll und wirklich leistungsstark zu nutzen, damit die künstliche Technik auch ein nützliches Werkzeug sein kann. Rechtzeitig über die Folgen der Entwicklungen auch in dem Bewusstsein nachdenken, dass der Mensch menschlich mit allen Merkmalen, wie Würde, Verantwortung, Schwächen und Liebenswürdigkeit, ist. Wir haben die Chance und die Aufgabe, über Regeln nachzudenken, die Visionen und Utopien dieser so schnellen Transformation menschlich und natürlich in einem Gleichgewicht halten können. Das muss nicht bedeuten, Fortschritt zu mindern oder zu bremsen, es kann Dynamik annehmen und fördern, auch schnell.

Vor lauter Freude an der faszinierenden Entwicklung, Menschbleiben ist wohl unser wichtigstes Ziel.

60 Jahre Élysée-Vertrag – trotzdem ein Grund zur Dankbarkeit und Freude

Von Peter Anterist

Prof. Peter Anterist

Trotzdem? Wieso „trotzdem", werden Sie sich fragen. Als Charles de Gaulle und Konrad Adenauer am 22.01.1963 den Élysée-Vertrag in Paris unterzeichneten, sollte dieser die jahrelange Erbfeindschaft zwischen den beiden Nationen beenden und zu einer engen Kooperation in den Bereichen Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik führen. Aus Feinden sollten Freunde werden, vor allem die Jugend beider Länder sollte eine gemeinsame Zukunft haben.

So zumindest die Außendarstellung. Aber war es wirklich die Motivation von de Gaulle, nach all den Jahren der Feindschaft mit dem deutschen Volk auf Kuschelkurs zu gehen? Immerhin war es de Gaulle, der den Vertrag initiiert hatte. Wurde aus dem General nun ein Freund der Deutschen? Mitnichten. Und so sehr wir diesen Vertrag heute auch feiern, er war aus Sicht des damaligen französischen Staatspräsidenten ein großer Flop und eine tiefe persönliche Enttäuschung.

Um das zu verstehen, muss man die Motivation des Generals kennen, die zu der Idee des Vertrags führte. Was dieser tatsächlich bezwecken wollte, war die enge Bindung des durch den Krieg geschwächten Deutschlands an Frankreich und der damit verbundenen Abkopplung von den angelsächsischen Alliierten USA und Großbritannien.

De Gaulle war der Meinung, dass er mit dem nun verbündeten Deutschland eine Phalanx gegen die Nordatlantische Allianz aufbauen könnte und sich Deutschland in seiner Zuwendung gegenüber Frankreich von den USA und UK abwenden würde. Außerdem wollte er verhindern, dass Großbritannien in die EWG aufgenommen würde.

Der Plan ging jedoch nicht auf. Als der Wortlaut des Élysée-Vertrags publik wurde, regte sich vor allem in den USA starker Widerstand, und der damalige Präsident J.F. Kennedy bezeichnete ihn als „Dolchstoß in den Rücken" der transatlantischen Beziehungen. Der starke angelsächsische Protest führte schließlich dazu, dass Deutschland den Vertrag zwar dennoch am 15.06.1963

Bundeskanzler Adenauer und Frankreichs Präsident de Gaulle unterzeichnen am 22. Januar 1963 den deutsch-französischen Élysée-Vertrag (© Bundesregierung / Schwahn)

ratifizierte, ihn jedoch mit einer Präambel versah, in der sich Deutschland klar zu seiner Partnerschaft zu den USA und für die Eingliederung Großbritanniens in die NATO und die EWG bekannte. Damit war der Vertrag für de Gaulle das Papier nicht mehr wert, auf dem er stand, und er bemerkte gegenüber seinen Vertrauten: „Die Deutschen waren meine größte Hoffnung, sie sind nun meine größte Enttäuschung".

Und warum feiern wir dann die Unterzeichnung dieses Vertrages 60 Jahre später als Erfolg und freuen uns über unsere jüngste Geschichte? Nun, ganz bestimmt deshalb, weil diese Geschichte sich trotz de Gaulles Enttäuschung so positiv entwickelt hat, und vermutlich unter anderem deshalb, weil sich de Gaulle in offiziellen Statements stets mit seiner Kritik zurückgehalten hat.

Der Vertrag konnte daher und trotz allem seine Wirkung entfalten und diese war außerordentlich positiv: Es entstanden viele Städtepartnerschaften, der Austausch der Jugend wurde gefördert, Schulen nahmen die Sprache des jeweilig anderen Landes in ihre Lehrpläne auf, die bilaterale Wirtschaft nahm weiter an Fahrt auf und ist bis heute in ihrer Stabilität und in ihrem Wachstum ungebrochen.

Auch wenn Deutsch in den französischen Klassenzimmern genauso wie Französisch in den deutschen immer mehr der englischen Sprache weichen muss, so sind beide Nationen heute enge Verbündete und echte Partner in Bildung, Kultur und Wirtschaft. Insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern hat sich in den letzten 60 Jahren beispiellos entwickelt. Zwischen keinen anderen Ländern der EU herrscht ein so reger Austausch an Waren und Dienstleistungen wie zwischen Deutschland und Frankreich. Selbst mitten in der Pandemie konnte die bilaterale Wirtschaft 2021 um 13 Prozent steigen und 2022 noch einmal um 12 Prozent.

Heute blicken wir auf ein Handelsvolumen von unglaublichen 180 Milliarden Euro pro Jahr, und eine Stagnation im Wachstum ist allenfalls im Rahmen der globalen Verwerfungen zu erwarten.
Und was bedeutet das für die deutsch-französische Zukunft? Politisch gesehen sind beide Länder – trotz immer mal wieder auftauchender Unstimmigkeiten – in sicherem und ruhigem Fahrwasser. Der am 22.01.2019 von Emanuel Macron und Angela Merkel unterschriebene „Vertrag von Aachen" schreibt den Élysée-Vertrag fort und bekräftigt in seinen 28 Artikeln unter anderem die zukünftige Zusammenarbeit in Dingen der europäischen Angelegenheiten, der Kultur, der Umwelt sowie der Außen- und Sicherheitspolitik.
Als ein in Frankreich lebender Deutscher, der ich selbst bin, ist es für mich wunderbar zu sehen, wie sich die Beziehung zwischen den beiden Ländern weiter positiv entwickelt. Wirtschaftlich gesehen sind Deutschland und Frankreich längst zum Motor der EU geworden und auch politisch geht in der EU ohne das Placet aus Paris und Berlin gar nichts.
Wie gut es uns heute in dieser Freundschaft geht, wird einem manchmal erst wieder bewusst, wenn man z.B. durch aktuelle Filme im Kino wie zurzeit „Im Westen nichts Neues" an unsere unrühmliche Vergangenheit erinnert wird. Dabei ist die Diskussion darüber, ob Edward Berger die Vorlage des Erich Maria Remarque ausreichend gewürdigt hat, maximal aus künstlerischer Sicht relevant. Die Tatsache, dass dies mit die dunkelsten Stunden der deutsch-französischen Beziehung waren, bleibt unweigerlich bestehen.
Und deshalb bleiben Motivation und Enttäuschung des General de Gaulle auch nur in den Geschichtsbüchern bestehen, während der Élysée-Vertrag rückblickend sowohl aus deutscher wie auch aus französischer Sicht ganz ohne Zweifel viel Gutes bewirkt hat: Er hat nicht nur Deutschland und Frankreich endgültig befriedet, er hat auch Stabilität und Frieden in die ganze EU gebracht. Er war der Grundpfeiler einer beispiellosen wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte und hat vielen Menschen Wohlstand und Zufriedenheit gebracht. Deshalb haben wir heute allen Grund zur Freude und Dankbarkeit, auch wenn der damalige Président de la Republique ganz andere Absichten hatte. Daher und für die Zukunft: Vive l`amitié franco-allemande, es lebe die deutsch-französische Freundschaft!

Foto: © Land NRW/Ralph Sondermann

Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Klaus Töpfer
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

Sparkasse KölnBonn
www.sparkasse-koelnbonn.de

McSun Sun and Beauty
www.mcsun.de/

IABG
www.iabg.de

hechinger
www.hechinger.de

DR. NEUBERGER GROUP
Beauty unlimited. Always.
KTN bodi. INTERCO
www.ktn-dr-neuberger.de

BAYERISCHER HOF
www.bayerischerhof.de

NÜRNBERG MESSE
www.nuernbergmesse.de

SCHWINN
A World of Daily Innovation
www.schwinn-group.com/

peter kenkel gmbh
www.peterkenkel.de

FRIGOSPED
INTERNATIONALE SPEDITION GMBH
www.frigosped.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Demokratie als Anker in Krisenzeiten

Betrachtung einer verdienten Außenpolitikerin

Von Benita Ferrero-Waldner

Benita Ferrero-Waldner

Winston Churchills berühmter Satz: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen“, hat immer noch Gültigkeit.
Allerdings ist die Demokratie heute keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern muss ständig verteidigt werden. Ein neuer „Global State of Democracy Report“ bestätigte, dass die Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren. Wir sehen eine stärkere Polarisierung, die durch Desinformation, Populismus und bewusste Bemühungen nichtdemokratischer Regime angeheizt wird, um das universelle Recht der Menschen zu untergraben, ihre eigenen Regierungen zu wählen und damit ihre Zukunft zu wählen. Darüber hinaus sehen wir Politik- und Demokratieverdrossenheit vor allem bei der Jugend. Wir erleben eine Erosion der demokratischen Normen und eine generelle Einschränkung der Grundrechte.
Nach dem obenerwähnten „Global State of Democracy Report” (IDEA) lebt nun ein Drittel der Weltbevölkerung, das sind 2,6 Mrd. Menschen, in Ländern, in denen ein Prozess der zunehmenden Autokratisierung erfolgt. Liberale Demokratien sind von 41 auf 32 Staaten zurückgefallen.
Soziale Spannungen aufgrund von Wirtschafts- und Politikkrisen, aber auch Terrorismus, Korruption, die Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die daraus folgende Energiekrise, die Inflation und die Lebensmittelknappheit, die Digitalisierung, Cyberattacken, Fake News, die politische Kontrolle sensibler Technologien u.a. tragen zu dieser beunruhigenden Entwicklung bei, das heißt, unsere Demokratie hat sich heute vielen Herausforderungen zu stellen.
Wenn wir in der Geschichte zurückblicken, so denken wir unwillkürlich an das demokratische Athen, das durch das autokratische Persien angegriffen wurde. Und, wie EK-Präsidentin Von der Leyen auf dem zehnten Jahrestag des Athener Demokratieforums ausführte, ich zitiere: „Die Autokratie scheiterte und die Demokratie hatte schließlich Bestand, da nach den Worten Aischylos ‚die Griechen das Joch

der Perser zerbrachen, weil sie keines Mannes Sklaven sein wollten. Anders als ihre Feinde kämpften die Griechen nicht für die Gier eines einzigen Mannes, sondern für ihre eigene Freiheit.' Und heute kämpft eine Demokratie erneut für ihr eigenes Überleben gegen die Aggression eines ausländischen Autokraten. Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein Krieg der Diktatur gegen die Demokratie."

In Afghanistan hat die Demokratie leider einen jahrzehntelangen Krieg verloren, mit furchtbaren Konsequenzen für die Menschen und vor allem für die Frauen; und im Iran begehren mutige Frauen auf und fordern Gleichheit und ihre Rechte ein, obwohl sie sogar mit dem Tode bedroht sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir in Europa die ständige Ausbreitung der Demokratie erlebt, von Griechenland über Spanien und Portugal, sowie nach dem Fall der Berliner Mauer die Befreiung der Länder hinter dem Eisernen Vorhang.

Beim OSZE-Gipfel in Paris im Jahre 1990 sprachen wir mit Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte" (im positiven Sinn), indem wir das Ende des Konflikts der westlichen Demokratien mit dem Kommunismus meinten. Was ist das Wesen der Demokratie? Die Macht liegt bei den BürgerInnen! Die österreichische Bundesverfassung sagt klar: „Alles Recht geht vom Volke aus". Die Demokratie ist eine komplexe Staatsform mit einer Verfassung, die allgemeine persönliche und politische Rechte garantiert, mit fairen Wahlen und unabhängigen Gerichten. Sie bedeutet Gewaltenteilung, gleichberechtigten Zugang zur Macht, sei es in der Politik, aber auch in der Wirtschaft; Unabhängigkeit der Justiz, Achtung der Minderheiten und Chancengleichheit für Männer und Frauen.

Artikel 2 des EU-Vertrags zählt die wichtigsten Werte der EU auf:

- Achtung der Menschenwürde,
- Freiheit,
- Demokratie,
- Gleichheit,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören.

Diese Werte sind allen EU-Mitgliedstaaten in einer Gemeinschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Dafür müssen wir uns jeden Tag stark machen. So ist die Rechtsstaatlichkeit von existentieller Bedeutung für die EU. Sie garantiert die wirksame Anwendung des Unionsrechts. Dafür gibt es seit Dezember 2020 ein neues, sehr effektives Rechtsinstrument, anwendbar seit Anfang 2021, das eine Konditionalität zwischen der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz von EU-Finanzmitteln vorsieht. Wie Sie wissen, ist derzeit ein solcher Fall tatsächlich anhängig, nämlich der Ungarns. Kann sich einer von uns vorstellen, dass wir diese Werte aufgeben müssten?

Erinnern wir uns nur daran, um ein kleines Beispiel zu nennen, wie unangenehm uns notwendige, von der Regierung angeordnete Einschränkungen der persönlichen Freiheit in der schlimmsten Phase der Covidkrise erschienen und wie auch dagegen protestiert werden konnte, was eben nur in einer Demokratie möglich ist, während große Teile der chinesischen Bevölkerung wochen- und monatelang eingesperrt waren. Demokratie steht nicht still: Das Jahr 2023 ist nicht das Jahr 1973 und selbstverständlich nicht das

Jahr 1920, denn die Demokratie und ihre Institutionen entwickeln sich. Es ist also keine Versteinerung, sondern eine dauernde Evolution gegeben.
Besonders sichtbar ist dies im Europäischen Parlament: Seit 1979 wird das EP direkt gewählt und ist heuer voller Ko-Gesetzgeber. Auch wir Kommissare durchlaufen z.B. einen demokratisch legitimierten Prozess, zuerst auf nationaler, dann auf europäischer Ebene. Glauben Sie mir, ich habe mein ca. dreistündiges Hearing im EU-Parlament vor meiner endgültigen Bestellung zur Kommissarin für Auswärtige Angelegenheiten und europäische Nachbarschaftspolitik noch in klarer Erinnerung!
Obwohl freie Wahlen die Grundvoraussetzung der Demokratie sind, genügen diese schon lange nicht mehr: Den BürgerInnen ist es nicht mehr genug, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Sie wollen auch dazwischen mitreden und Gehör finden!
Die Zivilgesellschaft will in reiferen Demokratien wie der unseren immer stärker gehört werden und Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, wobei es bereits institutionelle Gruppierungen gibt, die einen solchen Einfluss ausüben, wie viele NGOs oder Kammern, die in den politischen Prozess eingebunden sind, aber auch andere, die sich durch Lobbying Anhörung und Einfluss erkämpfen und deren Meinungen schließlich in den politischen Mainstream einfließen.
Die EK rückte in ihrem Jahresbericht über die Anwendung der EU-Grundrechtscharta die Rolle der Zivilgesellschaft in den Blickpunkt und betonte darin den erhöhten Bedarf zur Unterstützung von Einrichtungen zum Menschenrechtsschutz. Im Einzelnen spricht der Bericht über die Rolle einschlägiger Einrichtungen in Staat und Zivilgesellschaft , so z.B. ihre entscheidende Rolle in Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, so der Kampf gegen Desinformation, Mobilisierung von Unterstützung von Flüchtlingen, über den Schutz dieser Organisationen, so die Initiative zum Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit, über die Finanzierung von Menschenrechtsorganisationen sowie über die Einbeziehung dieser Organisationen in die Politik.
Und nun bemüht sich die EK, die BürgerInnen auch zwischen den Wahlen an ihren Politikprozessen immer mehr zu beteiligen: Eben ist, wie Sie wissen, die „Konferenz zur Zukunft Europas“ zu Ende gegangen. Diese Konferenz war die erste ihrer Art als europaweite Übung in Sachen Demokratie mit von BürgerInnen getragenen Debatten, bei denen die Menschen ihre Ideen austauschen und unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten konnten. Am Europatag, dem 9. Mai letzten Jahres, wurde der Schlussbericht den Präsidenten des EP, des Europäischen Rates und der EK mit neun Themenbereichen übergeben. Das Arbeitsprogramm der EK für das Jahr 2023 geht tatsächlich fast zu 80 Prozent direkt oder indirekt auf diese Vorschläge zurück.
Bereits im Juni 2022 hat die EK eine Kommunikation verabschiedet, die eine detaillierte Einschätzung dessen gibt, was sie aus der Konferenz gelernt hat. So wird sie ab jetzt vor bestimmten Schlüsselprojekten die Abhaltung von Bürgerkonferenzen ermöglichen, die Vorschläge und Empfehlungen dazu abgeben können. Die ersten Bürgerkonferenzen werden die Verringerung von Nahrungsmittelverschwendung,

die Erhöhung der Mobilität im Bereich des Lernens und die Haltung der EU zu virtuellen Welten wie der Metaverse-Plattform zum Inhalt haben. Natürlich ersetzen diese Möglichkeiten die repräsentative Demokratie nicht, aber sie ergänzen sie, involvieren die BürgerInnen und geben ihnen die Chance, Politik mitzugestalten.

Eine der großen Herausforderungen unserer Zeit ist der Klimawandel, den wir als Demokraten mit den richtigen Maßnahmen bekämpfen müssen, wobei die Einbindung der Zivilgesellschaft auch hier eine ganz wichtige Rolle spielt. Wir müssen vor allem unserer Jugend wieder Vertrauen in die Politik zurückgeben und ihnen zeigen, dass wir ihnen eine gute Zukunft ermöglichen. Nur wenn auch die Jugend an den dringenden Entscheidungen beteiligt wird, wird es einfacher sein, CO_2-Neutralität zu erreichen.

In Österreich haben wir ja schon ziemlich lange Elemente der direkten Demokratie in der Verfassung eingebaut, wie Volksabstimmung und Volksbefragung, die unsere repräsentative Demokratie ergänzen. Gerade heute, in einem Moment der Krise von wichtiger Bedeutung. Manchmal möchte man glauben, dass autoritäre Regime fähiger sind, da sie politische Prozesse in kürzester Zeit umsetzen können. So meinten anfangs einige, dass diese besser mit den aktuellen Krisen umgehen könnten. Aber denken Sie z.B. nur an die Pandemie: Da gab es Menschen, die schnellstmöglich chinesischen oder russischen Impfstoff kaufen wollten. Doch als die EU im Eiltempo einen guten, viel wirksameren Impfstoff entwickelte und ihn innerhalb und außerhalb der EU verteilte, verstummten derartige Stimmen.

In den letzten zehn Jahren hat die Verschärfung geopolitischer Rivalitäten und Spannungen die politische und diplomatische Aufmerksamkeit dominiert. Viele Analytiker haben unsere Ära als „die des großen Wettbewerbs um die Macht" charakterisiert. Denken wir an die US-China-Rivalität und jetzt an die Explosion der schon vorhandenen Friktionen Russlands mit dem Westen, aber auch an andere Risse und Streitigkeiten um mehr Macht in Staaten wie Indien, Pakistan, der Türkei, den Golfstaaten, dem Iran und anderen mehr.

Entsprechend dem Artikel 21 des EU-Vertrags lässt sich die Union bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weiterhin zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.

Wenn wir die Demokratie gerade in dieser schwierigen Zeit verteidigen wollen, ist es über die EU hinaus wesentlich, den Multilateralismus auch im EU-Ausland zu verteidigen, wobei die EU und die UNO unabdingbare Partner sind, die versuchen, geopolitische Spannungen und ein weiteres Auseinanderdriften zwischen der EU und anderen Staaten zu vermeiden. Dies erfolgt auf dem Hintergrund einer übereinstimmenden Analyse über den aktuellen Zustand der Welt, wonach der Ukrainekrieg ein

Politische Teilhabe ist ein Grundrecht und auch eine grundlegende Verantwortung der BürgerInnen

wesentlicher „Gamechanger“ (= Spielwechsler) mit globalem Impakt ist, während die dreifache Weltkrise (= nämlich die Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel, die Pandemie), aber auch die Erholung von Covid-19 und die Verschlechterung der Nachhaltigkeitsziele der UNO, große weitere Problemfelder darstellen.

Politische Teilhabe ist ein Grundrecht und auch eine grundlegende Verantwortung der BürgerInnen, weshalb wir in der EU unseren Partnerländern helfen müssen, wenn eine junge Demokratie um den Aufbau robusterer Institutionen kämpft. Eine Demokratie zu sein, geht zwar, wie Sie wissen, weit über Wahlen hinaus. Diese sind jedoch ein Eckpfeiler jeder demokratischen Architektur. Ohne sie gibt es keine Demokratie, über die man reden kann! Deshalb unternimmt die EU gemeinsam mit Partnern auf der ganzen Welt Anstrengungen, um Wahlen zu beobachten, um festzustellen, wie fair und frei solche Wahlen sind. Seit 1990 gab es 170 EU-Missionen auf der ganzen Welt.

Um nur zwei Beispiele zu erwähnen, so haben die Wahlbeobachtungsmissionen in Kenia und in Kolumbien dazu beigetragen, vorhandene politische Spannungen zu entschärfen und Zusammenstöße zwischen oppositionellen Parteien abzubauen. Eine neue Herausforderung für die Demokratie ist darüber hinaus weltweit die Digitalisierung des Wahlprozesses, ebenso wie der Einfluss der sozialen Medien, die diesen z.T. beherrschen und die Desinformation vor und während der Wahlen.

Trotz der geschilderten Herausforderungen ist unsere Demokratie lebendig und erfolgreich. Denn, auch wenn sie zur Lösung unserer Probleme mehr Zeit braucht als ein autoritäres Regime, stehen die Ergebnisse dann auf einem festen Fundament und zeigen einen sozialen Interessensausgleich, was heute für jedes Land in Europa, aber auch geopolitisch, wichtig ist.

Lassen wir zum Schluss nochmals in Erinnerung rufen, was auf dem Spiel steht: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sichern jedem Bürger/jeder Bürgerin zu, dass sie vor dem Gesetz gleichbehandelt werden, ohne politische Einflussnahme. Sie gestattet das Funktionieren von „Checks and Balances“. Sie ermöglicht den Kampf gegen die Korruption und den Schutz der Steuerzahler gegen Missbrauch. Sie erlaubt es den Medien, frei als Quelle von Informationen und demokratischem Diskurs zu operieren, und gestattet der Zivilgesellschaft, frei und sicher als ein weiteres Kontrollorgan der politischen Parteien und Machthabern zu fungieren.

Denken Sie auch in der Europäischen Union an die nach anfänglichen Schwierigkeiten erreichte Solidarität und Einigkeit nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, das riesige Infrastrukturpaket, das allen Ländern der EU, je nach ihren Bedürfnissen, unter die Arme greift, an die bereits erwähnten gemeinsamen Maßnahmen und Impfaktionen innerhalb und außerhalb der EU, die Haltung der EU zum Klimawandel und die dazu geschnürten Finanzpakete, die großzügige Unterstützung der Ukraine und vieles andere mehr. Wer hätte das in einem autoritären Regime zustande gebracht? Wo genießen die Bürger so viel Mitsprache und Schutz ihrer Rechte? Nur in der Demokratie!

Diese ist, wie schon gesagt, nicht perfekt, aber perfektionierbar. Worauf es ankommt!

Wenn wir gemeinsam 1.000 Milliarden Bäume pflanzen, kühlen wir unsere Erde um bis zu 1° C ab. #Beleafit

Jetzt mitpflanzen! Unter **plant-for-the-planet.org** oder in der **Plant-for-the-Planet App**

In Partnerschaft mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT

So vieles hemmt und bremst

Bürokratie und Digitalisierung wird in Deutschland viel kritisiert – was tut sich?

Ein Meinungsbeitrag von Dieter Härthe

Krieg, Energiekrise, Inflation und Pandemie stellen Europa, Deutschland und die Nachbarn gleichermaßen vor drängende aktuelle Probleme. Aber sie verdrängen die altbekannten Probleme, die alles andere als neu sind. Diese bekannten Probleme hindern zusätzlich an einer Lösungsfindung. Besonders die wuchernde Bürokratie, aber auch verstärkt erkennbare moralisierende und ideologiegetriebene Aktivitäten einiger Politiker verstärken den Eindruck. Kritische Stimmen werden lauter, die meinen zu erkennen, es habe sich sozusagen „ein Mehl auf Deutschland gelegt".

Gelegentlich werden in der politischen Diskussion Vergleiche mit anderen Staaten herangezogen. Österreich beispielsweise ist, nicht nur wegen der Sprache, vielmehr gesellschaftlich, rechtssystemisch und politisch sehr nah an Deutschland. In der Belastung durch staatliche Vorschriften steht Österreich (mit Note 3,6) besser da als der weltweite Durchschnitt (3,3).[1] Von allen Ländern des Globus belegt Österreich somit den 39. Platz. Der Abstand zu Deutschland (mit Note 3,0) ist beängstigend. Deutschland ist erst auf Platz 92 zu finden, zwischen Armenien und Madagaskar, und erreicht somit nicht einmal den globalen Durchschnitt.

Eine andere Wettbewerbsstudie, soeben vom Verband der deutschen Familienunternehmen veröffentlicht, befasst sich mit 21 Ländern. Von diesen 21 Ländern liegt Deutschland an 18. Stelle! Gegenüber dem Jahr davor hat sich Deutschland sogar um vier Plätze verschlechtert. Hinter Deutschland liegen noch Frankreich, Italien und Albanien. Ganz vorne liegen die USA, die Schweiz und die Skandinavier. Österreich liegt immerhin auf Platz 13. Obwohl Deutschlands wuchernde Bürokratie als Hemmnis für Wachstum, Investitionen und Existenzgründungen bereits jahrelang in der Diskussion ist, wird kaum Verbesserung wahrgenommen.

1 Global Competitiveness Report des World Economic Forum, im Kapitel „Burden of Government Regulation".

Bürokratie kostet die Menschen Zeit

In der öffentlichen Meinung Österreichs glaubt man wohl an eine Art preußischen Hemmschuh und so erzeugte Regulierungsfluten, wogegen die Österreicher meinen, oft pragmatischer zu sein. Ähnlich bei der Digitalisierung. Den Rückstand Deutschlands in der Digitalisierung, vor allem der öffentlichen Hand, der Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden, kann man nicht leugnen. Deutschland tut sich sichtlich schwer, in die Gänge zu kommen. Auch hier verfügt Österreich über einen Vorsprung, wie die österreichische Handelsdelegation in Berlin betont. Beispielsweise hat Österreich die beste Abdeckung ganz Europas mit der Mobilfunkgeneration 5G. Österreich ist bei mobilem Internet Europas Nummer eins! Beim Thema Glasfaserkabel ist Österreich allerdings auch im Verzug.

In kaum einem anderen Land dauern die Verfahren so lang wie in Deutschland, wenn Solarenergie- oder Windkraftanlagen errichtet oder modernisiert werden sollen. Obwohl die Erzeugung erneuerbarer Energien und die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen sowie von fossilen Energiequellen oberste Priorität sind. In der Praxis sieht es anders aus: immer mehr und immer schwierigere Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren. Diese langen Prozesse verzögern neue Projekte ebenso wie die Erneuerung bestehender Anlagen. In Deutschland dauert der Planungsprozess für neue Anlagen der Photovoltaik bis zu vier Jahre. Verantwortlich für die Verzögerungen sind auch die Kommunikationswege zwischen den öffentlichen Institutionen, immer detailliertere Anforderungen an die Umweltverträglichkeitserklärungen, aber auch immer mehr Widerstand durch örtliche Hemmnisse der Kommunalpolitik oder von Bürgerorganisationen.

Selbst das sogenannte Repowering, also die Modernisierung der bestehenden Windkraftanlagen, wird durch immer neue Vorschriften und Abstandsregeln immer komplizierter. Das Repowering könnte zwar die Kapazitäten in der Energieerzeugung multiplizieren, doch sind in jedem Fall neue Genehmigungen zu beantragen. Genügen die Bestandsanlagen nicht den neuen Vorschriften, müssen sie stillgelegt werden. Dadurch kann es netto sogar zu weniger Windenergie kommen.

Lösungsansätze werden immer häufiger und auf allen Ebenen benannt: viele Verwaltungsabläufe können durch digitale Möglichkeiten vereinfacht werden. Die Beamten können oft so auch qualifizierter arbeiten, was durchaus zum Mitmachen motivieren könnte, wenn entsprechende Schulungen angeboten werden. Dazu sollten auch die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang werden derzeit Vorschläge zur schnelleren Bescheidung von Verfahren politisch vorbereitet.

An dieser Stelle passt ein Zitat des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama: „Viel wichtiger als die Größe einer Regierung ist ihre Qualität."

Also dann!

Foto: Michael Kappeler

Europäische Herausforderung

Analyse- und Strategiegedanken

Von Sigmar Gabriel

Der Ukrainekrieg und die Rolle Europas

Wir sind jetzt schon lange in dieser besonderen Kriegssituation in der Ukraine, fast wird es schon zum Alltag. Leider ist zu erwarten, dass diese Periode weiter anhalten wird. Solange beide Parteien auf dem Kriegsschauplatz glauben, sie könnten gewinnen, wird niemand in Verhandlungen eintreten. Wann enden Kriege historisch? Wenn einer gewinnt oder wenn beide müde sind? Beides ist nicht der Fall. Die Angebote, die Russland macht, sind für die Ukraine, aber auch für den Westen unannehmbar: Die Ukraine würde mehr als 20 Prozent ihres Landes verlieren und es wäre nicht sicher, ob ein Waffenstillstand nur dafür genutzt werden würde, irgendwann später doch noch die ganze Ukraine zu erobern.

Historisch betrachtet ist das ebenfalls ein Thema, wie an der Diskussion über die sogenannte „Appeasement-Politik“ zu sehen ist. Es gibt Leute, die sagen, Chamberlain habe damals die Zeit nur genutzt, um sich besser auf den Krieg vorzubereiten. Ähnlich ist argumentiert worden, bezogen auf die Frage, warum der Westen 2014, nach der Eroberung der Krim, nicht sofort in eine härtere Konfrontation mit Russland eingestiegen ist. Eine der Wahrheiten ist, weil von da an die Amerikaner, aber auch andere, die der ukrainischen Armee erst einmal eine Verfassung gebracht haben, in der sie sich heute mit westlicher Unterstützung wenigstens verteidigen kann. Es ist zudem heldenhaft, was die Menschen dort leisten. Von einem schnellen Kriegsende sind wir dennoch leider weit entfernt.

Zeitenwende

Die eigentliche Zeitenwende ist allerdings nicht der Krieg in der Ukraine, sondern die Verschiebung der Machtachsen in der Welt. Diese verliefen traditionell, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg, aber auch schon lange davor, durch den Atlantik. Inzwischen verlaufen sie durch den Pazifik. Zweidrittel der Weltbevölkerung leben dort. Zweidrittel des wirtschaftlichen Wohlstands wird da hergestellt und mehr als Zweidrittel des Wachstums kommt normalerweise von dort. Damit einhergehend haben die Vereinigten Staaten sich die Frage gestellt: „Wo ist eigentlich unser Wettbewerb? Wo muss unser Schwerpunkt sein?“ Und sie haben, zum ersten Mal unter George W. Bush, von Amerika als pazifischer Nation gesprochen. Die Hinwendung auf den großen Wettbewerber China und die stückweise Abwendung von Nordafrika, Afrika, Europa, dem Mittelmeerraum – ich glaube, dass das dazu beigetragen hat, dass Russland den Eindruck hatte, jetzt sei die Gelegenheit günstig, sich neben China und den USA zur dritten Großmacht aufzuschwingen. Das ist gründlich schiefgegangen, wie man sieht. Russland wird am Ende ein Schatten seiner selbst sein. Aber die Welt ist gekennzeichnet dadurch, dass wir in einer Gemeinschaft ohne globale Ordnung leben. Wir hatten in den letzten dreißig Jahren eine unipolare Weltordnung mit den Amerikanern als stärkster Wirtschaftsnation, aber auch als politischer Garant für internationale Organisationen, für Freiheit der Seeschifffahrt. Jetzt sind wir in einer Situation, wo die Amerikaner sagen: „Das können wir nicht mehr, wir wollen uns darauf konzentrieren, führende Wirtschaftsnation zu bleiben und den Wettbewerb mit China zu bestehen.“

Nun folgt ein Ringen um die Frage, wie die nächste Weltordnung aussehen soll. Das ist völlig offen. Hoffentlich eine regelbasierte, aber auch das ist umstritten. Russland hat versucht, in diesem Spiel eine Rolle zu spielen. Ich glaube, so erklärt sich der Krieg. Er ist nicht die Ursache des Zeitenwandels, sondern eher die Folge. Viele andere Dinge kommen hinzu. Die Pandemie ist nicht bewältigt. Die Energiepreise sind schon vor dem Krieg nach oben gegangen und explodieren jetzt natürlich, was wiederum in Ländern des ärmeren Teils der Welt katastrophale Lebensverhältnisse schafft – die übrigens uns verantwortlich machen. Es ist keineswegs so, dass unsere Sicht auf den Krieg in der Ukraine weltweit verbreitet ist. Es gibt viele Länder, die das als einen alten imperialistischen Streit zwischen USA und China wahrnehmen. Sie spüren, dass sie mit Hungersnot und Energiepreisen darunter zu leiden haben und wenden sich eher von uns ab.

In unserer Welt gibt es also viele Verschiebungen: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es in den letzten Jahrzehnten eine ähnlich dramatische Lage gegeben hat. Die Welt ist schon in ziemlicher Unordnung. Natürlich gibt es immer auch persönlichen Einfluss: Joe Biden handelt anders als Donald Trump. Aber an der prinzipiellen Abwendung von Europa und der Hinwendung zu China ändert das gar nichts. Biden geht mit Europa besser um, er wird fairer mit uns umgehen. Aber die zugrundeliegende Dynamik der Welt verändert sich nicht.

Xi Jinping hält das Land viel stärker unter Kontrolle, hat viel mehr Repressionen eingeführt. Aber dass China ein Land ist, das mehr sein will als ein billiger Marktplatz für die alte westliche Welt, das wäre unter jedem anderen Präsidenten auch so. Deswegen

Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

Papst Franziskus

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

www.sana.de

MARKANT Deutschland
www.markant.com

WALTHER-WERKE
FORTSCHRITT SEIT 1897
www. walther-werke.de

Dialogtour 2018 Schmetterling
Schmetterling wird 50 Jahre – und das muss gefeiert werden! → JETZT ANMELDEN!
www.schmetterling.de

ECKD
IT.Menschlich
www.eckd-kigst.de/

VOLKMANN & ROSSBACH GmbH & Co. KG
VR
www.volkmann-rossbach.de

essity
medical.essity.de/
essity-medical-solutions.html

Creditreform
NÜRNBERG
www.creditreform.de/nuernberg

ROTOX
www.rotox.com

hema electronic
leading technologies
www.hema.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

kann man die aktuelle Zeit ganz gut als Rückkehr der Geopolitik beschreiben, weil sich ein Vakuum gebildet hat. Dadurch, dass die Vereinigten Staaten sich aus ihrer traditionellen Rolle zurückgezogen haben, dringen jetzt andere Mächte hinein. Wir sind zurück in der Zeit geopolitischer Rivalitäten.

Wir waren es gewohnt, dass Geoökonomie eine Rolle spielt, also Wirtschaft und Handel weltweit. Wer ordentlich miteinander Handel treibt, der wird keinen Krieg gegeneinander beginnen, da er sonst den eigenen Erfolg gefährdet. Die Wahrheit ist: Geopolitik schlägt Geoökonomie. Russland sieht die Sanktionen, die es bezahlen muss, als eine Art Großmachtsteuer an. Großbritannien wusste, dass es Nachteile durch den Austritt aus der EU haben wird, aber die Idee „Take back control, make Britain great again, global Britain" war stärker. Solche Ideen, geopolitisch wieder eine stärkere Rolle zu spielen, sind derzeit wichtiger als alle Handelsbeziehungen. Einige Staaten agieren dabei geschickter, andere konfrontativer. Aber die prinzipielle Interessenlage vieler Länder ändert sich nicht dadurch, wer regiert.

(Kein) geeintes Europa

In Rahmen der geostrategischen und globalen Herausforderungen wird deutlich, dass, wenn die Europäische Union nicht gemeinschaftlich in dieser Welt auftritt, wir bei der Frage, wie die nächste Weltordnung aussehen soll, nichts zu sagen haben werden. Henry Kissinger hat über Deutschland mal gesagt, das sei ein armes Land, für Europa zu groß und für die Welt zu klein, und das stimmt. Keines der europäischen Länder, auch nicht Großbritannien, ist so machtvoll, um wirklich einen Unterschied zu machen. Das kann die Europäische Union nur gemeinsam. Die Frage ist: Ist sie dazu eigentlich in der Lage und bereit? Der Krieg in der Ukraine hat zumindest dazu geführt, dass Leute wie Viktor Orbán sehr isoliert sind. Es gibt keine Gemeinsamkeit der Visegrád-Gruppe mehr, die als Störenfriede unterwegs sind. Aber es gibt neue Bruchkanten. Die Mittel- und Osteuropäer trauen, drastisch gesagt, den Deutschen und den Franzosen, was die Verteidigungsbereitschaft Europas angeht, nicht über den Weg. Sie empfinden unser Engagement in der Ukraine als zu schwach und setzen letztlich auch in Zukunft auf die Amerikaner und nicht auf eine europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Es gibt schon jetzt eine Bruchkante. Deutschland hat seine wichtige Rolle zwischen Frankreich und den Osteuropäern derzeit verloren, weil wir als „Appeasement-Politiker" gegolten haben – wenn auch heute vielleicht nicht mehr so stark wie am Anfang. Aber das Misstrauen der Osteuropäer uns gegenüber ist groß und als Nächstes wird uns eine neue Eurokrise ereilen. Denn so richtig es ist, dass die Europäische Zentralbank ihre Zinsen anhebt, das führt natürlich automatisch zu schwierigen Refinanzierungsmöglichkeiten der Südeuropäer. Nach der Eurokrise ist vor der Eurokrise, auch da wird Deutschland erneut gefordert sein. Es ist nicht so, dass Europa durch die Krise zusammenwächst, sondern es tun sich neue Bruchkanten auf. Trotzdem gibt es die Hoffnung, dass die Europäer wissen, dass, was auch immer sie trennt, das Wichtigste die Gemeinsamkeit ist, um in der Welt überhaupt wahrgenommen zu werden.

Das Beste wäre natürlich, insbesondere beim Euro, eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Währungspolitik zu gestalten. Der Euro wird oft hinterfragt: Hält er denn wirklich? Das liegt natürlich daran,

Es gibt die Hoffnung, dass die Europäer wissen, dass, was auch immer sie trennt, das Wichtigste die Gemeinsamkeit ist, um in der Welt überhaupt wahrgenommen zu werden

dass wir die Einzigen auf der Welt sind, die zwar eine gemeinsame Währung haben, aber nicht gemeinsam dafür einstehen wollen. Der US-Dollar ist um ein Vielfaches mehr verschuldet als der Euro und trotzdem packen die Anleger ihr Geld lieber in den Dollar als in den Euro. Das hat damit zu tun, dass wir die Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht wirklich geschafft haben. So gibt es ein paar Beispiele, um das, was Europa stark macht, auszubauen.

Grundsätzlich: Wir brauchen die Kapitalmarktunion. Das klingt technisch. Auf den Punkt gebracht geht es darum, dass es wichtig ist, dass es in Europa weiterhin Investmentbanking gibt, Banken, die Firmen zusammenführen, und dass dieses Feld nicht amerikanischen Banken überlassen wird. Wir brauchen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür wird am Ende die Aufgabe der Einstimmigkeit wegfallen müssen. Aber was ist das Problem bei der Aufgabe der Einstimmigkeit? Wir brauchen einen einstimmigen Beschluss dafür. Den gibt es so einfach nicht, aber man kann anfangen. Ein großes Land wie Deutschland könnte sagen, wenn es im Rat in einer Frage 26 Stimmen gegen uns gibt, dann gilt unsere Stimme als Enthaltung, nicht als Gegenstimme. Und man könnte andere suchen, die sagen, wenn nur wir zwei oder drei dagegen sind, halten wir Europa nicht auf, dann gelten unsere Stimmen als Enthaltung und nicht als Gegenstimmen. So kann man Vertrauen schaffen.

Wenn die Großen anfangen, auf ihr Vetorecht zu verzichten, werden die Kleinen das eher glauben, als wenn die Großen von den Kleinen fordern, ihr müsst auf Einstimmigkeit verzichten. Weil die Kleinen ahnen, dass Deutschland oder Frankreich ihre Interessen immer durchsetzen. Und der Schutz der Kleinen ist die Einstimmigkeit.

Zur Umsetzung fehlt dabei einer wie Draghi, der voran geht. Auf der anderen Seite darf man die alte Idee „Männer machen Geschichte“ nicht zu hoch ansetzen. Dann müssten wir nur in jedem Staat die richtigen Leute suchen, dann läuft das erst. Viele allerdings sind enttäuscht, haben das Gefühl, zurückgelassen zu werden, und dann gibt es eine Reaktion. Dabei ist auch nicht klar, was in Deutschland passiert. Explodierende Energiepreise bei mittleren und niedrigen Einkommen, bei Rentnern – was heißt das in deren politischer Wahrnehmung? All das ist noch nicht durchgestanden. Die Deutschen sind eine Demokratie, sie sind immer in Parallelität zu wachsendem Wohlstand gewesen. Die Briten zum Beispiel sind eine Demokratie selbst in dunkelster Zeit gewesen: Mitten im Zweiten Weltkrieg waren sie immer noch eine stabile Demokratie. Der Test steht uns erst noch bevor. Und ich glaube, wir leben in Zeiten, in denen es sehr darauf ankommt, die innere Festigkeit der Demokratien zu stärken.

Energiekrise

Wir haben zwei Ängste, die zurzeit virulent sind: Die eine ist der Frieden, die zweite die Energie. Mit Blick auf die nächsten sechs Monate ist es unwahrscheinlich, dass der Frieden in Europa gelingen wird. Wir wären schon froh, wenn wir einen Waffenstillstand hinbekommen würden. Selbst das scheint in weiter Ferne zu sein. Und damit gibt es auch keine Ruhe in den Energiemärkten. Das Problem war nicht dieser Winter. Das Problem kommt im Winter danach. Wir werden die Füllstände im nächsten Frühjahr auf den niedrigsten Stand gefahren haben, den wir je hatten, und ob es uns dann gelingt, genug Ressourcen zu bekommen, um den Winter, der dann folgt, auch wieder zu überstehen, ist die wichtigste Frage.

Zweitens: Wenn das reiche Europa und das reiche Deutschland an den Spotmärkten der Welt alles an Energie aufkauft, was zur Verfügung steht, treibt das natürlich auch die Preise. Das wiederum bringt die armen Länder des Südens zur Verzweiflung. Ich bin mir nicht sicher, ob wir heute noch 144 Stimmen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zusammenbekommen würden, die den Russlandkrieg verurteilen. Viele in diesen Ländern sehen unsere Unfähigkeit, den Konflikt zu lösen, als Ursache dafür an, dass bei ihnen die Wirtschaftskraft sinkt. Weil sie davon ausgehen, dass dieser Krieg und die Energiefrage untrennbar miteinander verbunden sind.

Und weil wir glauben, dass wir relativ zügig aus dem Erdgas aussteigen können, durch die grüne Transformation, gibt es keine staatliche Rückendeckung für die Unternehmen, die langfristige Gasverträge mit den Katarern machen wollen. Die Katarer haben das Gas nicht zur Verfügung, es ist bereits verkauft. Sie können aber ein neues Feld explorieren, nur kostet das viel Geld und passiert nur, wenn man einen langfristigen Abnehmervertrag hat.

Diesen langfristigen Abnehmervertrag wollen wir aber nicht schließen, weil wir Sorge davor haben, dass wir irgendwann Gasverträge haben, aber gar nicht so viel Gas brauchen. Man kann sehr darüber streiten, ob das stimmt, weil ich nicht glaube, dass wir die erneuerbaren Energien so schnell ausbauen werden, wie das im Koalitionsvertrag steht. Dafür sind wir einfach zu langsam in Deutschland. Aber dadurch, dass wir das nicht tun, kaufen unsere Energieversorgungsunternehmen Gas am Spotmarkt, und da ist es am teuersten. Man müsste darüber nachdenken, ob es möglich ist, mittelfristige Verträge mit den Katarern und mit anderen abzuschließen, um erstens zu diversifizieren, aber auch den Preisdruck rauszunehmen. Zurzeit treibt neben dem Krieg unser eigenes Handeln den Preis, und auch bei uns werden viele den hohen Preis für Energie nicht bezahlen können. Dabei sprechen wir von Privatpersonen und nicht von energieintensiver Industrie oder armen Ländern, die den Weltmarktpreis ebenso bezahlen müssen.

Dabei kann gerade Technologieoffenheit zur Lösung der Energieherausforderung beitragen. Ich habe mich in meiner Zeit als Umweltminister sehr geärgert, als wir über CCS, also die Abscheidung und Speicherung von CO_2 debattiert haben. Denn damals wurde das „Intergovernmental Panel on Climate Change“, also die Wissenschaftsinitiative des Klimawandels, die quasi diese ganze Bewegung dokumentiert und immer gern zitiert wird, in einem Punkt von den deutschen Umweltschützern und Grünen nicht zitiert. Nämlich in dem Vorwurf gegenüber Deutschland, dass wir, obwohl wir ein Technologieland sind, obwohl wir wohlhabend sind, nichts investieren in die Technik der Abspeicherung und Abscheidung von CO_2.

Die größte Sorge beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist, dass wir immer noch nicht bereit sind, bildlich gesprochen, mit dem Schwert durch den Genehmigungsdschungel zu gehen

In Deutschland gab es eine fürchterliche Diskussion, so, als sei das Verpressen von CO_2 in den alten Lagerstätten, wo wir früher Erdgas und Erdöl gefördert haben, so etwas wie eine zweite Atommüllproblematik. Dabei wird es in Norwegen seit Jahrzehnten so gemacht. Das ist damals von der Bundesregierung richtig kaputtgemacht worden. Später haben CDU und FDP ein Gesetz eingebracht, in dem CO_2 Abspeicherung und Scheidung unter bestimmten Bedingungen erlaubt sind, aber nur dann, wenn der zuständige Landtag zustimmt. Damit war klar, es kommt nie. Weil die Länder sich schon dagegen ausgesprochen haben. Ich habe das immer für sehr fahrlässig gehalten. Ich glaube, wenn wir jetzt in die Wasserstoffthematik einsteigen wollen, werden wir am Anfang Erdgas abnehmen und werden das CO_2, das dabei entsteht (weit weniger als bei Kohle), nutzen oder verpressen müssen. Es wäre ja Irrsinn, wenn wir erst das Erdgas in Norwegen kaufen und dann die Norweger dafür bezahlen, dass sie unser CO_2 zurücknehmen. Ziel muss es sein, dass wir da Dynamik hineinbekommen.
Zweitens: Die größte Sorge beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist, dass wir immer noch nicht bereit sind, bildlich gesprochen, mit dem Schwert durch den Genehmigungsdschungel zu gehen. Es gibt erste zaghafte Versuche im Bereich Natur- und Vogelschutz, das wird gut gemacht. Aber eigentlich müsste man, wenn man die durchschnittliche Genehmigungszeit von sechs Jahren für eine Windenergieanlage nimmt, noch etwas anderes machen: Man müsste sagen, ein Antragsteller stellt einen Antrag auf Bau einer Windenergieanlage oder einer Solaranlage und dann hat die zuständige Behörde vier Wochen Zeit zu prüfen, ob der Antrag vollständig ist und darf einmal eine Nachforderung stellen. Danach läuft notfalls nochmal eine Sechswochenfrist und dann gibt es zwei Möglichkeiten, ein Bescheid oder eine Ablehnung, oder, wenn beides nicht da ist, automatisch die Baugenehmigung. Damit kann die Behörde unter Druck gesetzt werden, nicht ständig Nachforderungen zu stellen. Wenn eine bestimmte Frist verstrichen ist, gibt es einfach einen Rechtsanspruch auf Genehmigung und dann geht es los.
Es ist auch eine Frage des Muts, diesen Dschungel von behördlichen Genehmigungen zu durchtrennen. Da liegt der eigentliche Weg, um die erneuerbaren Energien schneller auszubauen. Das ist nicht eine Frage der Förderung, nicht eine Frage der Technologie. Es ist die Frage: „Bin ich mutig genug zu sagen, ab einem bestimmten Punkt sind die Anlagen genehmigt, und dann wird gebaut“. Und wenn dabei etwas schief geht und wir ein Naturschutzproblem übersehen haben, dann müssen wir beim nächsten Mal besser aufpassen. Aber sechs Jahre bis zur Baugenehmigung sind zu viel.

Die EU: Weder abhängig von China noch „Anhängsel“ der USA, sondern eigenständig

Von Walter Döring

Dr. Walter Döring

Am 20. März 2023 reiste Chinas starker Mann Xi Jingping nach Moskau, um seinen „lieben Freund“ – so sprachen sich beide an – Wladimir Putin, den russischen Präsidenten, Diktator und Kriegsherrn zu treffen. Die westlichen Medien sprachen übereinstimmend davon, dass dieses weltweit beachtete Treffen – „ein pompös inszeniertes Autokraten-Handshake“ – dazu dienen sollte, „ein Bollwerk gegen den Westen aufzubauen“. „Beide“, so hieß es weiter, „wollen eine Weltordnung ohne Vorherrschaft der USA“.

Aber von all dem Trommelwirbel „gegen den Westen“ sollte man sich nicht täuschen lassen. Putin und Xi brauchen einander; der eine, Putin, den anderen mehr als der andere, Xi, den einen. Der eine, Putin, ist meilenweit entfernt von einer Weltmacht, der andere, Xi, strebt sie zwar an, ist aber längst nicht am Ziel, bleibt deshalb doch auch auf Distanz zum russischen Aggressor, denn noch braucht er den Westen, auch die USA, vor allem die für ihn wichtigen Märkte in Europa; schlicht: den Zugang zu Kapital und Technologie aus den USA und aus Europa für seine weitere Modernisierung. Bemerkenswert: Ziemlich zeitgleich mit dem genannten Moskauer Treffen hat der Handel zwischen den USA und China den höchsten Stand aller Zeiten erreicht.

Es gibt keine neue Blockbildung. Die Zeiten, in denen sich die Geopolitik mit „Bauklötzchen veranschaulichen ließ, sind vorbei“. Wie sehr das Denken in „Blöcken“ der Vergangenheit angehört, zeigt auch „die neue Macht der Mittelmächte“. Sie entscheiden sich weder für die eine noch für die andere Seite. Sie wissen, dass sie aber von beiden Seiten umworben werden. Sie leben eine „strategische Flexibilität“. Im Englischen heißt das „sitting on the fence“, also auf einem Zaun zu sitzen und sich nicht für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Diese „Fence Sitter“ von El Salvador bis Vietnam sind nicht einfach der „globale Süden“, sondern sie wollen individuell wahrgenommen, nicht „verblockt“ werden.

Die Welt gleicht nicht mehr „Blöcken“, sondern „zunehmend einem Netzwerk, in dem manche Staaten loser, andere enger zusammenarbeiten und am Ende fast alle eng verwoben sind durch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeiten und Interessen“.

Anna Sauerbrey in der ZEIT vom 23. März 2023: „Während Putin und Xi sich treffen, sind die Vereinigten Staaten tatsächlich dabei, ein globales Netz der Eindämmung rund um China zu spannen, die Zusammenarbeit mit Australien, Indien und Japan wird enger. Auch hier aber formt sich keineswegs ein Block. Indien ist das Paradebeispiel für ein Land, das sich selbstbewusst gegen jede Vereinnahmung wehrt – weder bei westlichen Sanktionen gegen Russland mitmacht noch sich von Russland instrumentalisieren lässt. Indien sieht sich gerne in der Rolle des Anführers der vielen ‚Dazwischen-Länder' des globalen Südens. Doch auch hier entsteht keine neue blockfreie Bewegung. Die Blöcke sind jetzt also Netze."

Für die nun vielzitierte „Neuordnung der Welt" steht übrigens – wenn schon, denn schon – auch der Besuch des japanischen Premierministers Fumio Kishida in der Ukraine. „Es war ein Besuch, der das eigene Netzwerk stärken sollte, um Europa näher an den Pazifik zu bringen, den Pazifik näher an Europa. Dieser Besuch taugt mindestens ebenso zum Symbol für die Neuordnung der Welt wie das Treffen zwischen Putin und Xi."

Europa bekam auch in diesen Moskauer Tagen zu spüren, dass die sich längst entwickelnde neue Weltordnung eine Unmenge an neuen Fragen aufwirft, die ganz neue Antworten erfordern, zumal es jetzt nicht mehr darum ging und geht, „richtig" auf Chinas unverhohlenes Weltmachtstreben zu reagieren, sondern auch auf US-Amerikas gewaltigen Inflation Reaction Act, IRA, mit welchem Präsident Joe Biden wenig verhüllt die Politik des „America first" seines Vorgängers fortsetzt.

Es geht also für Europa um nicht mehr und nicht weniger als um einen eigenständigen Weg, eine selbstbewusste Positionierung zwischen China und den USA.

Hinsichtlich den Vereinigten Staaten von Amerika rächt sich jetzt die ebenso unsachliche wie schädlich-törichte Ablehnung von TTIP, der „Transatlantic Trade and Investment Partnership", dem Transatlantischen Freihandelsabkommen. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen scheint aktuell eher aussichtslos, aber evtl. lässt sich ein „TTIP light" anstreben.

Natürlich ist nicht sicher zu sagen, dass es mit TTIP kein IRA gegeben hätte, aber es ist doch sehr anzunehmen, dass es „weniger aggressiv" gekommen wäre. Nun helfen alle „Krokodilstränen" nichts, sondern es gilt, vernünftig zu reagieren, und das heißt vor allem: auf keinen Fall in einen Subventionswettlauf einzutreten.

Andere Maßnahmen sind erfolgsträchtiger. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck fordert, dass sich „Europa mächtig ins Zeug legen und schneller und besser bei der Förderung der grünen Technologien werden muss". Konkreter wird der Präsident des ifo-Instituts Clemens Fuest, der eine „gezielte an Innovationen orientierte Industriepolitik" anmahnt und schon damit einen Finger in die richtige Wunde legt. Die europäische Innovationspolitik behindert sich von Mitgliedsland zu Mitgliedsland, ist fürchterlich umständlich angelegt, von einem irrsinnigen bürokratischen Hürdenlauf gekennzeichnet und hoffnungslos zersplittert, wodurch sie trotz Milliarden Euro an Fördermitteln zu oft ins Leere läuft. Das Gegenteil tut not: bündeln, zielgenau konzentriert, grenzüberschreitend, entbürokratisiert vorgehen – muss das Gebot der Stunde sein.

Clemens Fuest möchte nicht allein die Dekarbonisierung gefördert wissen, sondern an erster Stelle sieht er die Energiepolitik: „Eine preiswerte und sichere Energieversorgung erfordert es, die europäischen Energiemärkte stärker zu integrieren, Energienetze, erneuerbare Energien und Kernkraft auszubauen sowie die Forschung auf diesen Gebieten zu fördern. Gebraucht wird außerdem ein neuer Regulierungsrahmen, der die Entstehung einer Plattformökonomie im Energiesektor ermöglicht, in dem private Haushalte und Unternehmen gleichzeitig als Konsumenten und Erzeuger von Energie agieren."

Zudem beklagt nicht nur er seit Jahren die gewaltigen „Rückstände im Bereich der Digitalisierung" und prangert die Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO, die „an vielen Stellen die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle behindert, an, ohne damit berechtigten Schutzinteressen zu dienen. Die EU-Staaten bürden ihren Unternehmen darüber hinaus unnötige Lasten auf. Das gilt nicht nur für Steuern und Abgaben, sondern auch für immer komplexere Berichts- und Überwachungspflichten wie etwa die Nachhaltigkeitsberichterstattung oder die Lieferkettenkontrolle".

Am meisten bewirken könnte die EU aber, so übereinstimmend Wissenschaftler wie Fuest oder auch Hans Werner Sinn und Politiker wie Toni Hofreiter, Günter Oettinger und Sigmar Gabriel sowie Michel Barnier, wenn sie endlich ihr größtes Versäumnis aufarbeitete und ihre größte Stärke besser nutzte, nämlich die Weiterentwicklung des Europäischen Binnenmarkts.

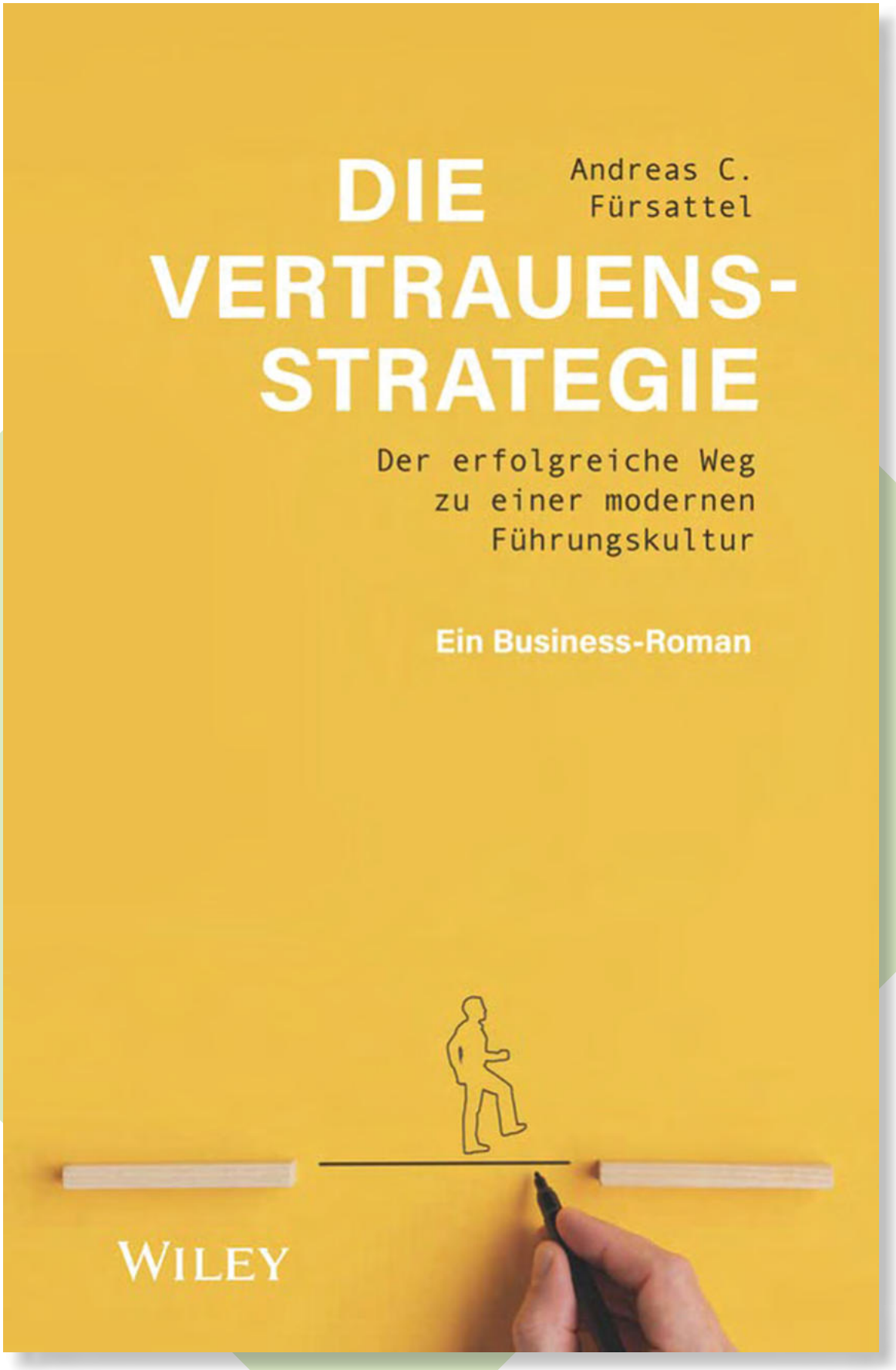
Gewaltige Rückstände im Bereich der Digitalisierung und Behinderung digitaler Geschäftsmodelle durch die DSGVO

Noch immer sind grenzüberschreitende Geschäfte in der EU mit erheblichen Hürden belastet, die einen enormen Aufwand erfordern, „sodass viele Unternehmen ihr Glück lieber in den USA versuchen, denn dort ist schnelles Wachstum wegen der Marktgröße einfacher". Aber: Der EU-Binnenmarkt ist größer; wir nutzen seine Chancen nicht nur unzureichend, sondern wir behindern sie! Fuest: „All dies erfordert politische Detailarbeit abseits vom Rampenlicht der Öffentlichkeit, aber diese Arbeit ist für die wirtschaftliche Zukunft Europas wichtiger als Debatten über neue Subventionstöpfe."

Subventionen sind schon per se eher untaugliche Mittel, um zu angestrebten Erfolgen egal welcher Art zu kommen. Sie rufen in aller Regel Eifersüchteleien und „Neidhammelei" hervor; keines von beidem taugt für Problemlösungen.

Gefragt sind gegenseitige Rücksichtnahme, Vernunft und Respekt im Umgang miteinander – und da besteht durchaus Hoffnung: Trotz aller Schärfe im Ton von der Leyens China gegenüber strebt die Europäische Union den Abschluss des eingefrorenen Investitionsabkommens CAI, Comprehensive Agreement on Investment, zwischen China und der EU an. Und auch China signalisierte Interesse an dem Zustandekommen dieses Abkommens.

Der frühere US-Verteidigungsminister Chuck Hagel mahnt zur Vorsicht in „angespannter Weltlage": „In der heutigen Welt ist jedes Thema wie der Umgang mit Nytroglyzerin (!). Jeder Fehler oder jede falsche Politik kann ein großes Problem verursachen. In einer Welt mit neun Atommächten sollte man alles tun, um zu verhindern, dass es zu einem Krieg kommen könnte." Zugleich spricht er sich für eine deeskalierende Haltung der USA China gegenüber aus: „Ich glaube nicht, dass die USA sich darauf konzentrieren sollten, China zu schwächen."


DIE VERTRAUENS-STRATEGIE
Andreas C. Fürsattel
Der erfolgreiche Weg zu einer modernen Führungskultur
Ein Business-Roman
WILEY

Moderne Führungskultur

Von der Misstrauensspirale zur Vertrauensstrategie

Von Generationenwechsel, Transformationsprozessen und Frauenpower: „Die Vertrauensstrategie“ ist ein Businessroman des Senators Andreas C. Fürsattel, in dem anspruchsvolle und aktuelle Themen unterhaltsam verpackt sind.

Im Mittelpunkt steht die Unternehmertochter Anne. Sie ist entsetzt, als sie ihren Vater Peter bei einer Strategiesitzung im Familienbetrieb erlebt. Wie kann er seine Führungskräfte nur so überfahren? Was bestimmt sein Handeln?
Anne begibt sich auf die Suche und erkennt, dass sich ein alter, bereits von ihrem Großvater oft zitierter Satz dahinter verbirgt: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Sie findet heraus, dass diese Grundhaltung bei den Mitarbeitenden die Einstellung „Ich werde verdächtigt und man traut mir nicht“ auslöst. Während die Führungskraft sich immer stärker in ein Muster aus Mikromanagement, verstärkten Kontrollen und offenem und verstecktem Misstrauen verstrickt, reagieren die Teammitglieder mit Motivationsverlust, einer „Dienst nach Vorschrift“-Haltung bis hin zur inneren Kündigung.
Anne weiß das Lebenswerk ihres Vaters zu schätzen, doch sie möchte das Unternehmen nach ihren eigenen Überzeugungen fortführen. Wie kann sie ihre Vorstellungen mit der hergebrachten Führungskultur in Einklang bringen und ihren eigenen Weg finden?
Andreas C. Fürsattel beschäftigen diese Fragen schon seit Langem. „In meiner Arbeit als Berater und Trainer stoße ich bei meinen Kunden immer wieder auf das Thema der Transformation. Der Wandel der Führungskultur ist in unserer heutigen, schnelllebigen Arbeitswelt unabdingbar.“

In kleinen Schritten lässt er seine Leserschaft teilhaben, wie Anne einen Transformationsprozess einleitet, zahlreiche Gespräche führt, Verbündete sucht, die junge Arbeitnehmergeneration einbindet und einen Führungsansatz entwirft, der eine Brücke zwischen Tradition und Moderne schlägt. Ihrer neuen Führungskultur gibt sie den Namen „Die Vertrauensstrategie". Letztendlich gelingt es ihr auch, ihren Vater mit ins Boot zu holen und eine Win-win-Situation herzustellen.

„Mir war beim Schreiben wichtig, dass meine Leserinnen und Leser sich in die Rollen der einzelnen Protagonisten hineinversetzen können und Anregungen erhalten, um den Prozess in ihren eigenen Teams und Unternehmen konkret umsetzen zu können", so der Autor.

Der Veränderungsprozess eines Unternehmens von Führung durch Kontrolle hin zur Führung durch Vertrauen wird anhand der fiktiven Handlung nachvollziehbar und anschaulich vermittelt. Die fünf Säulen einer modernen Führungskultur führen zu einem Umsetzungsleitfaden, der das Buch abrundet und zahlreiche Praxistipps aus dem Erfahrungsschatz des Autors enthält. Die moderne Businessgeschichte lädt zum Diskutieren und Weitererzählen ein.

Der Autor

Der Senator Andreas C. Fürsattel ist Dipl.-Betriebswirt, Co-Founder und Geschäftsführer von BEITRAINING (BEI Business Education International) und Co-Founder und Vorstand des Jenaplan-Gymnasiums Nürnberg eG. Des Weiteren ist er Dozent an der IU (Internationale Hochschule) für den Bereich Personalmanagement und aktiv in den Kommissionen Personal und Bildung tätig. Er ist Vorstand des Ressorts Personalentwicklung des BFW (Bundesvereinigung der Franchisewirtschaft) und assoziierter Experte des DFV (Deutschen Franchise Verbands e.V.).

Das Buch „Die Vertrauensstrategie" beschreibt auch ein Lebensmotto des 55-Jährigen, und zwar unabhängig davon, ob er in seinen Seminaren Führungsprinzipien erläutert, mit seinem Team arbeitet oder mit einem seiner drei Kindern spricht. Bei Wiley ist von ihm bereits sein erstes Buch „Mitarbeiter im Fokus" erschienen.

Mehr zum Autor: https://fuersattel.com/

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Klaus Kinkel

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

KRONOS®
www.kronostio2.com

HMM
Best in eHealth
www.hmmdeutschland.de

ROVO CHAIR® INTERNATIONAL
www.rovo.de

smb
seilspielgeräte manufaktur berlin
www.smb-seilspielgeraete.de

INDUNI
www.induni.ch

Sontheim
sontheim-industrie-elektronik.de

STERNAUTO
RUSS&JANOT Sternagel
www.sternauto-gruppe.de

ALB FILS KLINIKEN
KOMPETENZ
QUALITÄT
ZUWENDUNG
www.alb-fils-kliniken.de

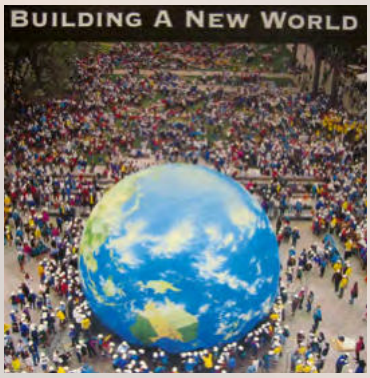
wittmann
die Zahnradfabrik
www.wittmann-gmbh.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Das achte Weltwunder

Von Great Globe bis Gamechanger Beautyindustrie

Von Michael King-Rolland



Francis Tesmer ist CEO und Präsident von ROLFS Global. Das weltweite Geschäfts-, und Führungs- sowie humanitäre Engagement der in den USA lebenden Unternehmerin und Philantrophin dokumentiert ihr lebenslanges Engagement für Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit, erschwingliche Bildung und eine bessere Welt. Als ehemalige Präsidentin der United Nation World Trade Point Federation in Hamburg half Tesmer gemeinnützigen Organisationen, ihre Konzepte, Produkte und Dienstleistungen weiterzuentwickeln. Zudem ist Francis Tesmer Senatorin im Senate of Economy International. Gemeinsam mit der staatlichen Universität in Arizona hat sie einen Bachelorabschluss für Beschäftigte in der Beautyindustrie initiiert. Hierüber sowie über ihr Projekt „The Great Globe" sprach Michael King-Rolland mit Francis Tesmer in Arizona.

Sie haben Ihre Karriere in Deutschland als Führungskraft in einem weltweit tätigen Familienunternehmen in der Öl- und Logistikbranche begonnen. Warum sind Sie in die Vereinigten Staaten gezogen und dort in die „Beautyindustrie" gewechselt?

Ich bin in einer Unternehmerfamilie mit einer langen Tradition globalen und philantrophischen Engagements groß geworden. Ursprünglich wollte ich, als ich in die USA kam, mit einem Philanthropieprojekt starten: ein Zentrum eröffnen, um Menschen über Gesundheit und Wohlbefinden aufzuklären. Mein langjähriger Freund und Nachbar aus Hamburg, ein international erfolgreicher Künstler, hat mich davon überzeugt, stattdessen in der 500-Milliarden-Dollar-Beautyindustrie mit acht Millionen Beschäftigten – von denen die meisten Frauen sind – einzusteigen. Aufgrund meines persönlichen und beruflichen Lebensweges sowie meiner lebenslangen Leidenschaft, Frauen und Kinder zu fördern, habe ich mich dann für eine Karriere in der Beautyindustrie entschieden.

Tatsache ist, dass Menschen einen Beautyexperten über 48 Prozent häufiger pro Jahr als einen Arzt aufsuchen

Die Beautyindustrie mit einem Umsatz von 500 Milliarden US-Dollar ist eine der ältesten und mächtigsten Industrien der Welt. Wann haben Sie das Projekt „Lead" in Zusammenarbeit mit der Arizona Staatsuniversität und L'Oréal gestartet, um diese Industrie zu revolutionieren?

Als ich nach intensiver Recherche feststellte, welchen extremen Reformbedarf es in der Beauty- und Wellnessindustrie gibt, die eine so wichtige Rolle für unser tägliches Leben spielt.
Es gibt dort bis heute nicht genug exzellent ausgebildete Menschen, um die zahlreichen Positionen adäquat zu besetzen – und das im 21. Jahrhundert mit einem so hohen Niveau in Wissenschaft, Bildung und technologischem Fortschritt. Diese Diskrepanz hat mich geschockt und gleichzeitig motiviert, die Beautyindustrie gemeinsam mit starken und einflussreichen Partnern zu verändern.

Ich habe Lead/ROLFS Global Institut initiiert, einen globalen „Gamechanger" für die Beschäftigten in der Beautyindustrie. Hierfür bin ich eine Partnerschaft mit L'Oreal, dem mächtigsten Beautyunternehmen der Welt, eingegangen. Vor drei Jahren haben wir eine akademische Zusammenarbeit mit der Arizona Staatsuniversität und dem Mesa Community College ins Leben gerufen.

Was ist das Hauptziel von Lead?

Lead creates Leader, um es auf Englisch zu sagen, and represents the Future of the Beauty and Wellness Industry. Unser Hauptziel ist es, die Entwicklung von Führungspersönlichkeiten in der Beautyindustrie zu fördern. Damit schaffen wir Beauty- und Wellnessalons der Zukunft und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Zum ersten Mal können Beschäftigte in der Beautyindustrie durch Lead einen eigenen Universitätsabschluss erhalten. Tatsache ist, dass Menschen einen Beautyexperten über 48 Prozent häufiger pro Jahr als einen Arzt aufsuchen.
Stellen Sie sich vor, wie die in der Beautybranche Tätigen – entsprechend geschult und hoch qualifiziert ausgebildet – jeden von uns sehr positiv beeinflussen und helfen können. Zudem ist die Transformation der Beautyindustrie gleichzeitig die Transformation der Frauen. Denn durch bessere Bildung können wir alte Stigmata und Klischees brechen, die Beschäftigten in der Beauty- und Wellnessindustrie viel zu lange auferlegt wurden.
Als Führungskräfte erhalten Beschäftigte der Beautyindustrie Zugang zu einer breiteren Auswahl von Karrieremöglichkeiten. Hierdurch entstehen weltweit Millionen von renommierten, geachteten und besser bezahlten Arbeitsplätzen.
Das hilft, Innovationen zu entwickeln und nachhaltige Beautyprodukte sowie Salons der Zukunft zu schaffen. Gut ausgebildete Beautyprofis sind die besten Fürsprecher, Mentoren und Vorbilder für allgemeine Gesundheit, Wohlbefinden, Nachhaltigkeit, Innovation und unsere ganze Menschheit.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt,
ist kein wirklicher Wohlstand.

Kofi Anann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

alanod
www.alanod.com/de

DYSE
www.topmotive.eu

gesa Hygiene-Gruppe
www.gesa.de

GESSMANN Industrieschaltgeräte
www.gessmann.com

ABEL ReTec
PHOTOVOLTAIK & STROMSPEICHER
www.abel-retec.de

DUKAP Financial Advisory

MW CONSULTING GmbH & Co. KG
beraten · organisieren · analysieren
www.mw-consulting-services.de

Autohaus KUMMICH
www.kummich.de

R.I.E.MPP
Industrieservice Elektrotechnik GmbH
www.riempp.de

apo-rot®
www.apo-rot.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Lead expandiert in diesem Jahr in den USA sowie in acht weitere Länder, einschließlich Deutschland. Ein Teil des Programms konzentriert sich auf die Vermittlung und Förderung von Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Wie funktioniert Lead?

Der Bachelor of Science in Health, Innovation and Entrepreneurship mit Schwerpunkt Beauty und Wellness vermittelt Studierenden aus der ganzen Welt Kenntnisse in Wirtschaft, Finanzen, Kommunikation, kritischem Denken, Führung, Innovation, unternehmerischen Fähigkeiten sowie der Nachhaltigkeit. In diesem Herbst öffnen wir diesen Bachelorstudiengang für neun Länder. Dabei konzentrieren wir uns darauf, auch Möglichkeiten für Menschen zu schaffen, die in sehr abgelegenen, oftmals ländlichen Regionen leben, und Millionen von Dollar in Form von Stipendien zu vergeben.

Lassen Sie uns über Ihr Care-Dome-Projekt sprechen. Mit Ihrem humanitären und gemeinwohlorientierten Engagement haben Sie in Arizona ein Projekt ins Leben gerufen, um Obdachlosigkeit, eines der größten Probleme in den USA, anzugehen. Was ist Ihr Ansatz?

Francis Tesmer (Mitte) mit Jerry Weiers, Bürgermeister von Glendale (Arizona) (ganz rechts) vor einer Unterkunft für Obdachlose in Düsseldorf

Ich finde es beschämend und traurig, dass wir dieses Ausmaß an Obdachlosigkeit im mächtigsten und reichsten Land der Welt haben. Vor diesem Hintergrund habe ich mich entschieden, alles zu tun, um dieses Thema national anzupacken. In Zusammenarbeit mit meinen Partnern integrieren wir erfolgreiche deutsche Technologien und Strategien in Verbindung mit Bildung, um es dieser Bevölkerungsgruppe zu ermöglichen, sich wieder erfolgreich in die Gemeinschaft zu integrieren.

Könnte Ihr Modell in Arizona im Erfolgsfall ein Muster für eine nationale Lösung in den USA und darüber hinaus sein?

Ja, das war von Anfang an unser Ziel und ist in der Tat unsere Mission. Der erste Prototyp wird derzeit gebaut und in Arizona auf den Markt gebracht, um das nationale Modell zur Bewältigung dieser äußerst wichtigen Herausforderung zu werden.

Und nun zu Ihrem Great-Globe-Projekt: Das ist, wie Sie sagten, eines der größten Vorhaben der Welt mit dem Ziel, über zehn Millionen jungen Menschen zwischen neun und vierzehn Jahren auf der ganzen Welt beizubringen, sich für Nachhaltigkeit und unsere kollektive Menschlichkeit einzusetzen. Was ist Ihre Mission und Vision?

Mein Great-Globe-Projekt ist wirklich das achte Weltwunder und das, auf das ich am meisten stolz bin. Der „Great Globe“ ist ein monumentales globales Bauprojekt eines Erdmodells im Maßstab 1:100.000, das sich alle 90 Minuten einmal dreht und mit über zehn Millionen 3D-farbigen Kacheln bedeckt ist, die von jungen Menschen auf der ganzen Welt hergestellt wurden. Auf diesem Modell der Erde mit einem Durchmesser von etwa 146 Meter können Sie jedes Haus auf dem Planeten sehen. Wir haben auf dem Campus der Universität von Minnesota den ersten etwa 13 Meter hohen Prototyp mit über 5000 Jugendlichen und 200 Ingenieuren erstellt, der den jungen Menschen hilft, unter Aufsicht Fliesen herzustellen und zu installieren. Unter der Leitung von Frauen aus der ganzen Welt wird der fertige

Great Globe ausgestellt, der jedem auf der Erde einen lebensverändernden Blick auf unseren Planeten bietet. Bislang haben diesen einzigartigen, lebensverändernden Blick und die damit verbundene auch emotionale und persönliche Erfahrung nur Astronauten erleben dürfen. Das hat ihre Sicht, ihre Einstellung und ihre Verbindung zu unserer Welt sehr stark und sehr bereichernd verändert. Durch diesen „Overview Effect“ (= Überblickseffekt) können wir die atemberaubende Schönheit unseres Planeten sehen und die Bedeutung unseres einzigen Zuhauses, unseres wunderschönen Planeten Erde erkennen. Diese Erfahrung als Teil des Great-Globe-Projekts wird es ermöglichen, für unser gemeinschaftliches Wachstum zu leben, zu erneuern und zusammenzuarbeiten.

Junge Menschen beim Prototyp „Great Globe“ in Minnesota

Wann geht es mit dem Projekt los und wer ist dabei involviert?

Nach intensiven Vorarbeiten über mehrere Jahre bereiten wir uns jetzt auf den offiziellen Start vor. Wir arbeiten mit zahlreichen, weltweit tätigen Unternehmen und Organisationen zusammen, unter anderem 500 Universitäten und Fachhochschulen, die NASA, die National Science Stiftung und das Smithsonian Institut.

Last but not least: Wie können Unternehmer mit ihrer Expertise und ihren Ressourcen dazu beitragen, unseren Planeten Erde und unsere Werte zu schützen?

Es dreht sich alles um „Response-Ability“: sich bewusst zu werden, was in unserer modernen Zeit gebraucht wird, innezuhalten und dann entsprechend zu reagieren. Wir alle müssen diese Fähigkeit entwickeln. Das geht nur über Bildung, um uns individuell weiterzuentwickeln, bessere Menschen zu werden und unsere Welt in Richtung gemeinschaftlichem Wachstum, Wohlstand und Zufriedenheit zu entwickeln. Wir alle sind von der Natur gezwungen, uns von „Ich, ich, ich“ zu verabschieden und das „Wir“ zu forcieren. Es ist der einzige Weg nach vorne. Das Saadi-Gedicht am Eingang der Vereinten Nationen bringt es auf den Punkt:
„Menschen sind Glieder eines Ganzen
In der Erschaffung einer Essenz und Seele ...“

Mehrheit der Trends konzentriert sich auf Nachhaltigkeit

Lebensmittel und Getränke als Medizin – SENATE zu Gast auf Natural Products Expo West in den USA

Von Michael King-Rolland

„Die Mehrheit der Trends konzentriert sich auf Nachhaltigkeit“, lautet die Kernbotschaft auf der Natural Products Expo West 2023, der größten amerikanischen B2B-Messe der Natur- und Biobranche mit mehr als 3000 Ausstellern und 60.000 Besuchern im kalifornischen Anaheim. „Für 69 % der Verbraucher ist Nachhaltigkeit in den letzten zwei Jahren wichtiger geworden“, resümiert Steve Noble, Seniorpartner bei McKinsey bei einer Diskussionsrunde auf der Expo West. Produkte mit Nachhaltigkeitsangaben seien im Schnitt um 1,8 Prozent pro Jahr „signifikant“ deutlicher gewachsen als welche ohne.

Weil Verbraucher zunehmend „radikale Transparenz“ bei Lebensmitteln einfordern, seien Zertifizierungen und Audits immer wichtiger.
HowGood mit der größten Produktnachhaltigkeitsdatenbank der Welt begutachtet für die Lebensmittelbranche die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Produkte durch die Analyse von bis zu 33.000 Inhaltsstoffen. Das helfe Einkäufern und Verbrauchern bei ihrer Entscheidungsfindung für nachhaltige, innovative und umweltfreundliche Produkte. Zudem wachse der Trend zu regenerativen Zertifizierungen und Inhaltsstoffen.
Das finde nicht nur bei kleinen, hippen Start-ups statt, erklärte Jessica Rubino, eine führende Marktanalystin vom Messeveranstalter New Hope: „Die organisch regenerative Bewegung fühlt sich an wie die frühe Biobewegung“. Immer mehr Marken, so Rubino, sprächen über ESG-Strategien und wie Methoden für die CO_2-Bilanzierung auf der Grundlage neuer Vorschriften und Branchenerwartungen erstellt werden könnten. Mit der ersten regenerativ zertifizierten Biomandelmilch möchte das Familienunternehmen New Barn Organics aus Nordkalifornien die Zukunft von Landwirtschaft im „Golden State“ verändern.
„Lebensmittel und Getränke als Medizin“, ein Trend, der letztes Jahr Feuer gefangen habe, setze sich auf der diesjährigen Expo fest, betonte Rubino. Es gehe zunehmend um die Frage, was Inhaltsstoffe zur Förderung der menschlichen Gesundheit und des Wohlbefindens beitragen können. „Stimmung und Wellness stehen bei Verbrauchern und Marken im Vordergrund“, betont die Marktanalystin.

Michael King-Rolland mit Kowa-Gründer Amanda und Ben Ostler

Michael King-Rolland im Gespräch mit Josef Meyer, Geschäftsführer Oro de Cacao

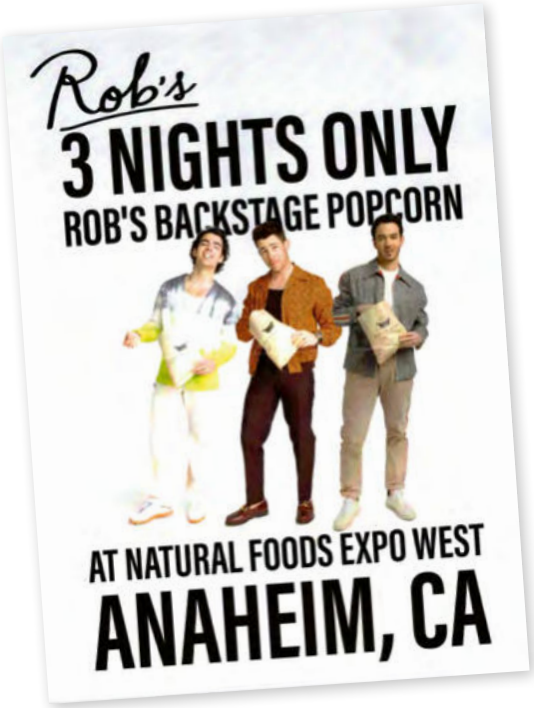
CEO und Gründerin von N8iV Beauty Ruth-Ann Thorn im Gespräch mit Michael King-Rolland (Fotos: Cheryl King)

Ein konkretes Beispiel für diesen Trend ist die Geschichte von Amanda und Ben Ostler aus Utah, das Ehepaar hinter dem vor einem Jahr gelaunchten Getränk Kowa, das sie erstmalig stolz auf der EXPO West präsentieren. „Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, Menschen dabei zu helfen, ein Gleichgewicht zu finden – geistig, emotional und körperlich“, erklärt Ben im Gespräch mit SENATE. „Wir waren enttäuscht, dass die Mehrheit der Nahrungsergänzungsmittel und nootropischen Getränke auf dem Markt Probleme wie Mangel an Energie, Konzentrationsschwäche, Schwierigkeiten bei der Stimmungsregulierung usw. mit Koffein als Hauptbestandteil angehen.“ Hohe Koffeindosen – unabhängig von der Wirksamkeit – sind für die Gründer von Kowa keine echte Lösung. Sie glauben, dass es bei der Verbesserung der geistigen, emotionalen und körperlichen Leistungsfähigkeit mehr darum gehe, den Körper auszugleichen, als ihm einfach einen Koffeinschub zu geben.

Mood Boost, ihr funktionelles nootropisches Getränk, wurde mit zwei Zielen entwickelt: Energie ohne die Nachteile von Koffein zu liefern, und die allgemeine Gesundheit und Funktion des Gehirns durch sinnvolle Dosen natürlicher Nahrungsergänzungsmittel zu unterstützen. Das Rezept ihres jungen Unternehmens scheint anzukommen. In nur einem Jahr hat es ihr Produkt bereits in Stores an mehr als 200 Standorten, vor allem an der amerikanischen Westküste, geschafft. Mit dabei „Erewhone“, Aushängeschild für innovative Lebensmittel und einer der hippesten, aber auch teuersten Biolädenketten in Los Angeles.

Die Verbraucher achten mehr denn je darauf, was sie essen und trinken

„Schokolade macht glücklich und hebt die Stimmung. Wir sind ein innovatives Schweizer Start-up und haben uns – inspiriert von den alten Mayatraditionen der Schokoladenherstellung – zur Aufgabe gemacht, die Schokoladenindustrie zu revolutionieren“, erklärt Josef Meyer, Geschäftsführer der Firma Oro de Cacao. Die neuartige, weltweit patentierte Niedrigtemperatur-Kaltextraktionstechnologie bewahre den authentischen Geschmack der Kakaobohne ohne Bitterkeit und mit weniger Zucker; gleichzeitig profitiere der Verbraucher von den „natürlichen Wohlfühlboostern“. Die Schokolade sei 100 Prozent natürlich. Oro de Cacao verwende biozertifizierte Zutaten und die besten Fairtrade-zertifizierten Kakaobohnen. „Wir handeln verantwortungsbewusst, um zu einer nachhaltigeren Zukunft beizutragen“, sagt Meyer gegenüber SENATE.



„Sustainably made“, heißt es auch beim deutschen Schokoladenhersteller „Rittersport“, der bei der EXPO West durch ein Mitglied der Eigentümerfamilie Ritter vertreten war und auch deren vegane Schokolade zur Verkostung angeboten hatte.

Den zuvor beschriebenen Nachhaltigkeits- und Gesundheitstrend bestätigt Doug Munk aus dem Team Innovations Strategie von Nestle, dem weltweit größten Lebensmittelkonzern: „Die Verbraucher achten mehr denn je darauf, was sie essen und trinken, sei es bei der Suche nach Optionen, die ihre Ernährungsbedürfnisse unterstützen oder auf verantwortungsvolle und nachhaltige Weise hergestellt werden.“

Die Mischung globaler, mittelständischer und kleiner Firmen ebenso wie unterschiedlicher Start-ups macht die Branchenmesse Nummer eins der Natur- und Bioindustrie zu einem bunten Schaufenster.

An einem eigenen Stand präsentiert die amerikanisch-indianische Ureinwohnerin Ruth-Ann Thorn ihre Creme N8iV BEAUTY und andere Kosmetikprodukte. „Wir verwenden hierfür organische und natürliche Zutaten aus unserem Reservat. Meine Stammesältesten haben mir den natürlichen Ansatz von Mutter Erde zur Hautpflege beigebracht.“ Hierzu gehöre als eine der besten Zutaten für die Hautbildung die Eichel (Kwiila). Ihre Verwendung in der einheimischen indigenen Medizin reiche mehr als 14.000 Jahre zurück: „Der Standard, der heute in der Schönheitsindustrie existiert, basiert auf der sozialen Hierarchie der Gesellschaft. Das haben wir seit Beginn der Kolonialisierung unseres Landes abgelehnt“, so die Ureinwohnerin gegenüber SENATE.

Last but not least: Was in den USA bei einer solchen Megamesse in der Nähe von Hollywood nicht fehlen darf, ist besonderes Popcorn. Unter den verschiedenen Anbietern auf der Expo West fällt ein Stand der Marke „Rob‘s Backstage Popcorn“ auf. Gesicht der Marke ist die bekannte amerikanische Pop-Rock-Band Jonas Brothers, denen die Popcornfirma oder zumindest ein Teil davon auch gehört. Da passt das Zitat des ehemaligen Leadsängers von Queen, Freddie Mercury: „The Show must go on.“

Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

Henry Ford

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

....alles für Bäcker und Konditoren
BÄKO Region Stuttgart eG
https://15516.gwsshop.de

VR Bank Schwäbisch Hall-Crailsheim eG
www.vrbank-sha.de

WABE
WOHNEN | ARBEITEN
BETREUEN | ENTWICKELN
www.wabe-hamburg.de

vipcon
Member of Fusion GBS
www.vipcon.com

WEIDEMANN
designed for work
www.weidemann.de/de

EISENBAU KRÄMER
Längsnahtgeschweißte STAHLGROSSROHRE
www.eisenbau-kraemer.de

IGE
Internationale Gesellschaft für Eisenbahnverkehr
www.ige-bahn.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

„Sein oder Nichtsein“ – ChatGPT & Co.

Autonome Systeme, die „Dampfmaschinen“ des 21. Jahrhunderts?

Karl-Heinz Land

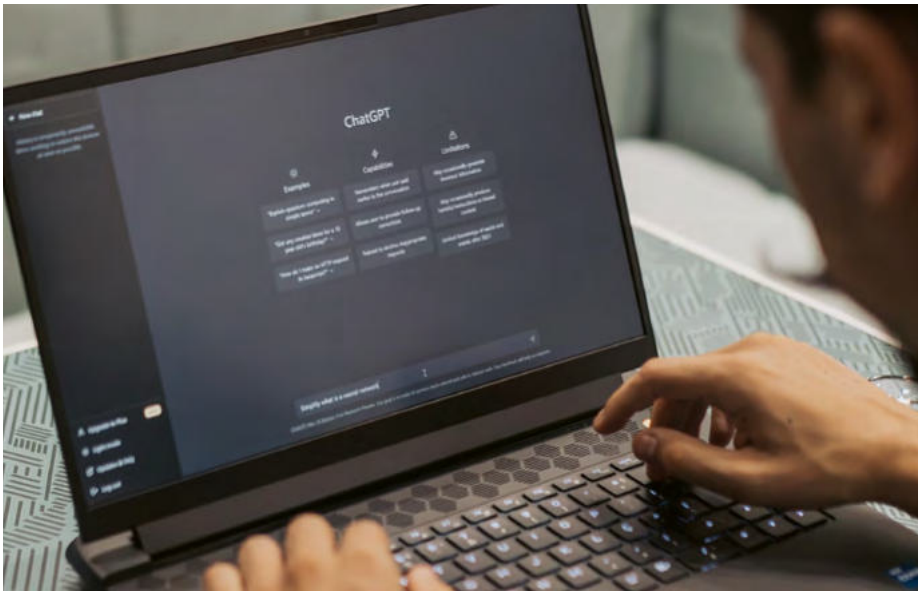
Die Medien berichten fast täglich darüber – künstliche Intelligenz, ChatGPT, OpenAI, Google Bard sind in unseren Wohn- und Kinderzimmern angekommen. Was vielen Menschen noch nicht bewusst ist, dass wir gerade das Aufkommen einer „Superintelligenz“ erleben und an der Schwelle eines neuen Technologiezeitalters stehen.

Wir alle sind bereits seit vielen Jahren Nutzer von künstlicher Intelligenz. Es war uns bisher nur nicht bewusst. Immer wenn wir die Google-Suche, Siri und Alexa nutzen, wenn wir uns über die Autokorrektur auf dem Handy wundern oder aber im Internet überrascht Angebote oder Artikel angeboten bekamen, die perfekt zu dem passten, was wir gerade gesagt bzw. mit der Tastatur eingegeben hatten, dann war dies „keine Magie oder Feenzauber“ – sondern das waren Systeme der künstlichen Intelligenz im Hintergrund.

Jeden Tag begleitet sie uns. Egal wo wir uns im „digitalen Raum“ bewegen oder was wir tun. Es sind die großen Transformer-Modelle, auch Large Language Model (LLM) genannt, die es den Computern erlauben, aus den Datenspuren, die wir alle massenhaft im Internet, in den Computer- und Mobilfunknetzen hinterlassen, mittels Machine Learning große neuronale Netze zu erstellen, Schlüsse und Folgerungen über unser Verhalten zu ziehen und Antworten und Angebote für – und über – uns zu formulieren.

Die Superintelligenz wird durch die Entwicklung von Transformer-Modellen wie ChatGPT, AlephAlpha oder Google Bard vorangetrieben. Diese Modelle sind leistungsfähige neuronale Netzwerke, die in der Lage sind, menschenähnliche Texte zu generieren, Bilder und Musik zu erzeugen, menschliche Kommunikation nachzuahmen und komplexe Aufgabenstellungen in natürlicher Sprache zu bearbeiten.

ChatGPT, das prominenteste Beispiel für ein Large Language Model, wurde von OpenAI entwickelt und basiert auf der GPTx-Architektur. Dank seines umfangreichen Trainings anhand von Texten aus dem Internet und der Wissenschaft verfügt ChatGPT über ein beeindruckendes Wissen und Verständnis von Sprache. Dies ermöglicht, in einer Vielzahl von Kontexten zu agieren – von der Beantwortung von komplexen Fragen bis zur Generierung kreativer Texte. Man geht heute davon aus, dass die großen Transformer-Modelle bereits heute mehr als 55 Prozent des weltweit verfügbaren Wissens in ihren Modellen für sich nutzen. Schon in wenigen Jahren werden 100 Prozent des weltweit verfügbaren Wissens in solchen Modellen zu finden sein.



Der Einfluss von GPTx und anderen Transformer-Modellen auf die digitale Revolution ist immens. Sie haben das Potenzial, die Art und Weise, wie wir arbeiten, kommunizieren und Informationen verarbeiten, grundlegend zu verändern. Durch die Automatisierung von Routineaufgaben wie Texterstellung, Übersetzung oder Analyse von Daten können Wissensarbeiter mehr Zeit und Energie auf kreative, analytische und strategische Aufgaben verwenden. Die bange Frage ist natürlich, welche Auswirkungen wird dies auf die Arbeit von den sogenannten Wissensarbeitern – der Menschen in den Büros – haben.

Wie wird sich dies auf die Arbeit des Buchhalters, des Mitarbeiters in der Verwaltung, des Journalisten oder des Juristen auswirken? Der Einsatz von ChatGPT und ähnlichen Modellen in Unternehmen kann zu einer Effizienzsteigerung und dramatischen Kostensenkung führen, indem sie menschenähnliche Kommunikation in natürlicher Sprache ermöglichen und komplexe Aufgaben bearbeiten, die zuvor spezialisierten menschlichen Experten vorbehalten waren. Eine Studie von Goldman Sachs geht davon aus, dass dies auch zu einem Produktivitätsschub von mindestens 25 Prozent in unseren Büros und Verwaltungen führen kann. Laut dieser Studie werden ca. 300 Mio. Arbeitsplätze weltweit betroffen sein.

Diese Modelle können aber auch dazu beitragen, die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Mitarbeitern und Abteilungen zu verbessern, indem sie als Schnittstelle zwischen verschiedenen Systemen und Datenbanken dienen.

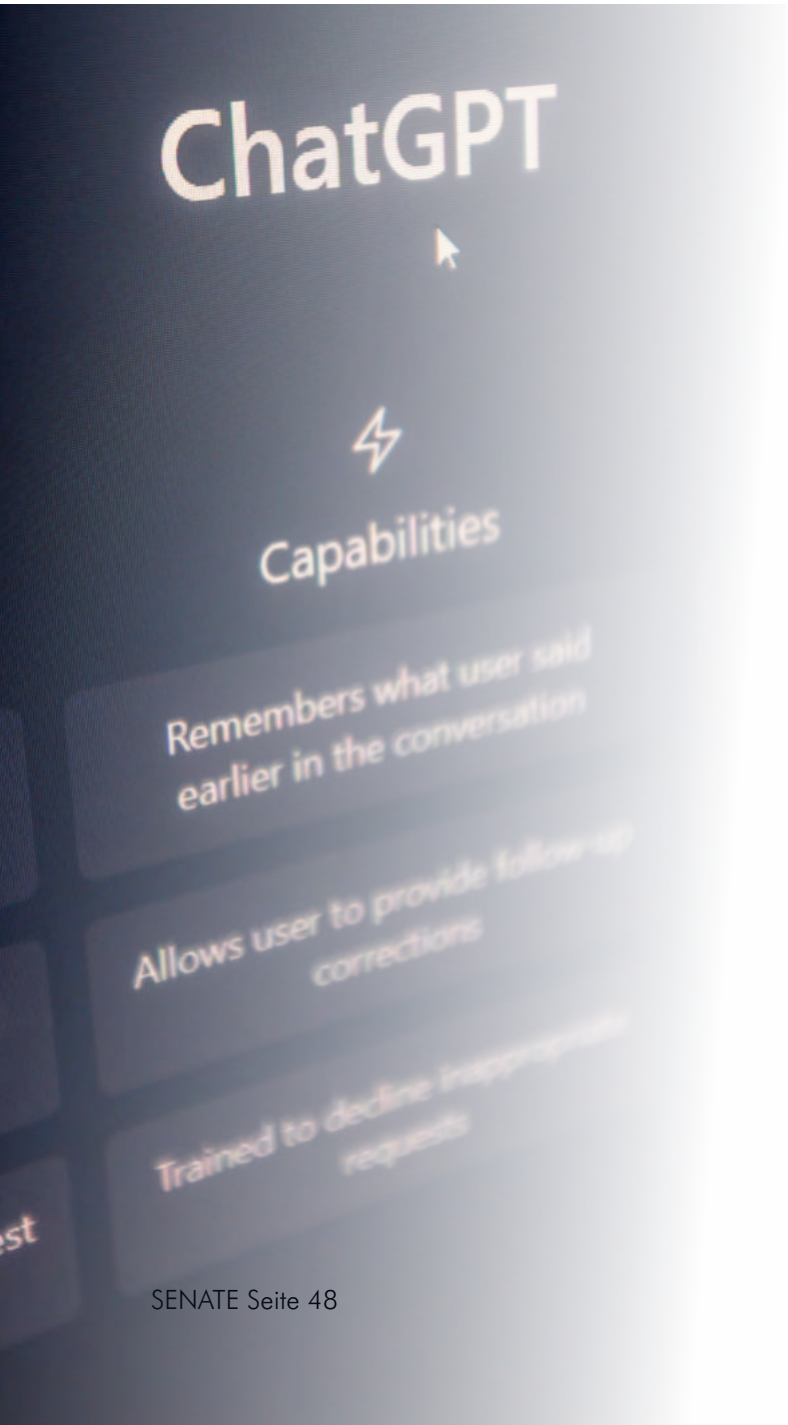
GPT & Co. sind also nicht ohne Herausforderungen. Sie werfen ethische Fragen auf, insbesondere in Bezug auf Datenschutz, Überwachung und die potenzielle Verbreitung von Fehlinformationen.

Ein aktueller Fall im Hause Samsung macht dieses Risiko deutlich. Samsung-Mitarbeiter haben unwissentlich streng geheime Daten weitergegeben, während sie ChatGPT zur Unterstützung bei ihren Aufgaben nutzten. Samsung erlaubte den Ingenieuren seiner Halbleitersparte, KI zu nutzen, um Probleme mit ihrem Quellcode zu beheben. Dabei gaben die Mitarbeiter jedoch vertrauliche Daten ein, wie z.B. den Quellcode für ein neues Programm, interne Sitzungsnotizen und Daten zu ihrer Hardware.

Das Ergebnis ist, dass innerhalb eines Monats drei Fälle aufgezeichnet wurden, in denen Mitarbeiter sensible Informationen über ChatGPT weitergegeben haben. Da ChatGPT die Eingabedaten der Nutzer speichert, um sich selbst weiter zu trainieren, befinden sich diese Geschäftsgeheimnisse von Samsung nun in den Händen von OpenAI, dem Unternehmen hinter dem KI-Dienst.

Es ist entscheidend, dass Unternehmen, Arbeitnehmer, Politik und die Gesellschaft sich dieser Risiken bewusst sind und geeignete Maßnahmen ergreifen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Technologien zu gewährleisten. Jetzt ist es wichtig, dass Unternehmer und Unternehmen sich die Zeit nehmen, sich über die Chancen und Risiken dieser Technologien ein Bild zu machen und Strategien zu deren Nutzung zu entwickeln.

„Künstliche Intelligenz ist nicht unsere Zukunft – künstliche Intelligenz ist JETZT!“



„Der Geist ist aus der Flasche“ – meine Thesen hierzu:

1. KI, Generative AI werden zu enormen Innovations- und auch Produktivitätsschüben führen.
2. Jedes Unternehmen wird eine Strategie zur Nutzung von KI und Generative-AI-Modellen entwickeln müssen.
3. Dies muss sehr schnell geschehen, denn es geht um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, der Wirtschaft und unseres Landes.
4. KI und Generative AI werden zur Existenzfrage jedes Unternehmen.
5. Datensouveränität und digitale Selbstbestimmung werden zum Kern unserer zukünftigen Gesellschaft, unserer Wirtschaft und Unternehmen.
6. Ein Verbot von KI kann keine Lösung sein (vergleiche Weberaufstände).

ChatGPT & Co. tragen somit zur Entstehung einer neuen Arbeitswelt bei, die von autonomen Systemen und künstlicher Intelligenz geprägt sein wird. Sie eröffnen eine Vielzahl von Chancen, aber auch Risiken, die es zu erkennen, zu verstehen und zu nutzen gilt, um eine nachhaltige, innovative und gerechte Zukunft zu schaffen. Es geht nun darum sicherzustellen, dass die Vorteile der KI gerecht verteilt und mögliche Nachteile wirksam bekämpft werden. Es geht um nichts weniger als „Sein oder Nichtsein“.

„Künstliche Intelligenz ist nicht unsere Zukunft – künstliche Intelligenz ist JETZT!“

Karl-Heinz Land
Autor, Investor, Redner – Leiter Kommission Digitale Zukunft, für den Senat der Wirtschaft

Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten, wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

Emanuel von Bodmann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

Wäscheservice mit Herz „Heinzelmännchen"
www.heinzelmaennchen-gmbh.de

RST®
www.rst.eu

ziehm imaging
www.ziehm.com

DRF Luftrettung
www.drf-luftrettung.de

Dr. Hall
Ihr Gesundheits-Spezialist aus dem Schwarzwald
www.drhall.de
www.drhall.de

FIEGE
www.fiege.de

KAGEMA®
Industrieausrüstungen GmbH
www.ksb.com/kagema

NOVENTI
www.noventi.de

ifp® Institut für Produktqualität
PRÜFEN MIT VERANTWORTUNG.
www.produktqualitaet.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Jacob-Maria Mierscheid

Ein Leben für die Politik, fast die Hälfte davon im Parlament. Jacob Maria Mierscheid ist mit 90 Jahren auf der Höhe der Zeit

von Uly Köhler - wirklich? -

Jakob M. Mierscheid

Seit 47 Jahren ist er im Deutschen Bundestag kein Unbekannter. Am 1. März erhielt er zu seinem 90. Geburtstag die Glückwünsche der Bundestagspräsidentin Bärbel Baas und Ministerpräsidentin Malu Dreyer gratulierte aus der rheinland-pfälzischen Heimat. Einen Monat später konnte Uly Köhler seine Fragen stellen. Mierscheid ließ natürlich, künstlich intelligent antworten.

Wie hat sich die Politik und der Umgang der Politiker untereinander seit 1976 verändert?

Nun, seit ich 1976 hier angekommen bin, hat sich nicht viel verändert – außer dass die Krawatten breiter und die Anzüge bunter geworden sind. Aber im Ernst, ich denke, die Politik und der Umgang der Politiker untereinander haben sich im Laufe der Jahre sicherlich verändert, ob zum Guten oder zum Schlechten, darüber können wir sicherlich stundenlang diskutieren.

Als die Grünen erstmals in den Bundestag einzogen, veränderte sich der Kleidungs- und auch der Debattenstil. Der Zeitgeist prägt die Menschen – ist das auch im Parlament festzustellen?

Nun, ich kann nicht für die anderen sprechen, aber ich trage immer noch meine gute alte Krawatte und Anzug hier im Bundestag. Aber im Ernst, natürlich beeinflusst der Zeitgeist auch das Parlament und die Debattenkultur. Neue Ideen und Perspektiven kommen ins Spiel, wenn neue Parteien und Politiker in den Bundestag einziehen, und das trägt sicherlich zur Vielfalt der Debatten bei.

Die Angriffskriegshandlungen Russlands in der Ukraine halten die Welt in Atem. Welchen Weg zu einer friedlichen Lösung würden Sie gehen?

Ich denke, eine friedliche Lösung erfordert Verhandlungen und eine diplomatische Lösung. Es ist wichtig, dass alle beteiligten Parteien an einem Tisch sitzen und gemeinsam nach einer Lösung suchen. Es gibt keine schnelle Lösung für ein so komplexes Problem, aber die Diplomatie ist sicherlich ein wichtiger Weg, um die Konflikte friedlich zu lösen.

Im Wesentlichen bestimmen die Themen Energie und Klimakrise den politischen Alltag. Welcher Weg sollte zuerst gegangen werden: neue Energieformen finden oder das Klima verringern?

Sowohl die Entwicklung neuer Energieformen als auch der Kampf gegen den Klimawandel sind äußerst wichtige Themen, die wir nicht ignorieren dürfen. Beide Themen müssen gleichzeitig angegangen werden. Wir brauchen neue Energieformen, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Emissionen zu reduzieren. Gleichzeitig müssen wir uns auch bemühen, unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um den Klimawandel zu bekämpfen. Wir brauchen einen umfassenden Ansatz, der beide Aspekte berücksichtigt, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für uns und kommende Generationen zu sichern.

Die selbsternannten Klimaschützer machen mit Protestaktionen auf sich aufmerksam. Die Art und Weise des Protests macht die Mehrheit der Bürger wütend. Sind die Klimakleber in Wahrheit nicht verkappte Spießer, die einfach mit Macht ihren Willen haben wollen?

Es ist wichtig, eine offene und konstruktive Debatte über den Klimawandel und den Umweltschutz zu führen, die sowohl die wissenschaftlichen Fakten als auch die Bedenken und Meinungen aller Beteiligten berücksichtigt. Friedliche Protestaktionen sind ein wichtiger Teil der demokratischen Gesellschaft und jeder hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Gleichzeitig sollten Proteste jedoch respektvoll und friedlich durchgeführt werden, um keine unnötige Störung oder Gefahr für andere zu verursachen.

Es gibt viele Vorhaben auf dem Energiesektor, die helfen würden, die Versorgung mit Strom und Gas zu sichern. Dem gegenüber stehen die Naturschützer auf den Barrikaden, kämpfen für eine Feldhasenfamilie oder eine Trappen-Truppe. Tragen die Naturschützer zur Krise bei?

Die Natur- und auch die Umweltschützer sind wichtige Stimmen in der Debatte über den Klimawandel und den Umweltschutz. Sie setzen sich für den Erhalt von Lebensräumen und für den Schutz von bedrohten Arten ein. Es ist wichtig, ihre Bedenken und Meinungen zu hören und zu respektieren, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für uns und kommende Generationen zu sichern.

Hinweise:
https://www.spdfraktion.de/abgeordnete/mierscheid

* Zeitenwende: Unser erstes Interview per ChatGPT

Die vier Elemente der Nachhaltigkeitswende

Von Apu Gosalia

Apu Gosalia

Nach der Vier-Elemente-Lehre, die jahrhundertelang unsere Naturauffassung prägte, besteht alles Sein in bestimmten Mischungsverhältnissen aus den vier Grundelementen „Erde", „Wasser", „Luft" und „Feuer". Diese Elemente stehen in der jüngeren Zeit symbolhaft auch für vier Ereignisse und Entscheidungen von kosmischer Signifikanz, die innerhalb von nur vier Monaten und vier Tagen stattfanden und dennoch eine Zeitenwende in der Nachhaltigkeit markieren und eingeleitet haben.

„Erde"

In nicht allzu ferner Zukunft wird man hoffentlich auf den 19. Dezember 2022 zurückblicken als das Datum, an dem die Menschheit beschloss, sich selbst zu retten. Auf der 15. Weltnaturkonferenz („COP 15") im kanadischen Montreal hat die internationale Staatengemeinschaft an diesem Tag ein globales Abkommen – das „Kunming Montreal Global Biodiversity Framework" – unterzeichnet, welches zum ersten Mal die natürliche Vielfalt der Erde schützen soll. Die Vision: Im Jahr 2050 soll der Mensch vollkommen im Einklang mit der Natur leben.

Das wesentliche, sogenannte „30 x 30"-Ziel der neuen Vereinbarung ist, bis 2030 mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresfläche unter effektiven Schutz zu stellen und mindestens 30 Prozent der geschädigten Ökosysteme wieder herzustellen. Außerdem sollen bis zum Ende des Jahrzehnts auch der Verlust der biologischen Vielfalt gestoppt und die Risiken durch Pestizide halbiert werden.

Um weltweit überwachen zu können, wie es der Natur geht und ob die Ziele erreicht werden, gibt es erstmals einheitliche Indikatoren in einem Kontrollrahmen. Ebenso wurden Möglichkeiten geschaffen, um nachzubessern, wenn Länder die Ziele nicht erreichen. Darüber hinaus soll der globale Süden bei der Umsetzung des neuen Abkommens jeweils jährlich bis 2025 mit 20 Milliarden und bis 2030 mit 30 Milliarden US-Dollar aus den reicheren Ländern unterstützt werden.

Das Kunming Montreal Global Biodiversity Framework ist ein Meilenstein und wahrscheinlich das beste Naturschutzabkommen, das die UN je hervorgebracht hat. Doch ein Dokument allein kann die Welt nicht verändern, denn die Erklärung ist rechtlich nicht bindend. Jedoch fand genau vier Monate und vier Tage nach ihrer Unterzeichnung – am 23. April 2023 – der alljährlich weltweit gefeierte Tag der Erde („Earth Day") statt, in diesem Jahr unter dem Motto „Invest in Our Planet". Vielleicht ein gutes Omen für den Aufbruch, der von der COP 15 ausgehen sollte.

„Wasser"

Eine der wichtigsten Ressourcen der Erde ist Wasser. Es ist der Ausgangspunkt des Lebens, Träger und Regulator von Ökosystemen und Gestalter von Landschaften. Es ist ein Transportmedium, ein Energielieferant und vieles mehr. Der Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen ist ein Menschenrecht und gehört zu den 17 Zielen der UN für nachhaltige Entwicklung.
Derzeit sind wir allerdings weit davon entfernt, dieses UN-Nachhaltigkeitsziel 6 („SDG 6") zu erreichen. Nach dem UN-Weltwasserbericht 2023 haben zwei Milliarden Menschen auf der Erde weiter keinen Zugang zu sicherer Trinkwasserversorgung und 3,6 Milliarden keinen Zugang zu einer sicheren Abwasserentsorgung.
Die Länder des globalen Südens sind hiervon besonders betroffen, nicht nur aufgrund ihrer geografischen Lage, sondern es fehlt ihnen oft auch an Mitteln für Bewältigungsmaßnahmen gegen die sich rasch verändernden klimatischen Bedingungen und die zunehmende Zahl und Intensivierung verheerender extremer Wetterereignisse, wie Überschwemmungen oder Dürren, welche sich auf den globalen Wasserkreislauf auswirken.

Daran erinnerte auch der diesjährige Internationale Weltwassertag, der am 22. März 2023 zum 30. Mal stattfand und unter dem Motto „Accelerating Change" die Bedeutung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung des SDG 6 in den Mittelpunkt stellte. Er bildete gleichzeitig auch den Auftakt der dreitägigen UN-Weltwasserkonferenz vom 22. bis 24. März 2023 in New York, bei der die UN-Mitgliedstaaten, internationale Organisationen und weitere Akteursgruppen zusammenkamen, um die internationalen Ziele der UN-Wasserdekade 2018–2028 „Wasser für nachhaltige Entwicklung" schneller voranzutreiben. Es war die erste UN-Konferenz seit fast 50 Jahren, die sich ausschließlich dem zentralen Thema Wasser widmete und somit ein Meilenstein in der internationalen Wasserpolitik.

„Luft"

Der Weltklimarat hat am 20. März 2023 mit seinem IPCC-Synthesebericht eine umfangreiche Zusammenfassung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Ursachen und Folgen der Erderwärmung vorgelegt, dessen Kernbotschaft eindeutig ist: Die Erderwärmung ist zweifelsfrei durch den Menschen verursacht und zwei Drittel der menschengemachten Treibhausgase in der Luft bestehen aus CO_2-Emissionen, vor allem durch Verbrennung fossiler Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas.
Die Welt ist momentan laut dem IPCC bei Weitem nicht auf Kurs, das im Pariser Klimavertrag beschlossene Ziel einer Begrenzung der Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius gegenüber dem Stand des 19. Jahrhunderts zu erreichen. Die Erwärmung liegt bereits jetzt bei 1,1 Grad und die Menschheit steuert momentan auf einen Temperaturanstieg von bis zu 2,6 Grad zu – mit für sie katastrophalen Folgen.

Die Sonne liefert ihr Feuer zuverlässig, ohne eine Belastung von Umwelt und Klima

Durch einen Abschied von der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas lassen sich diese Folgen aber in Grenzen halten, so der Weltklimarat: Spätestens im Jahr 2025 müssen die Emissionen ihren Höhepunkt erreichen und bis 2030 um fast die Hälfte gegenüber 2019 sinken, um zur Mitte des Jahrhunderts weltweit auf netto null kommen zu können. Gleichzeitig müssen die Investitionen in den Klimaschutz um den Faktor drei bis sechs gesteigert werden.
Selbst wenn dies gelingt, wird das 1,5-Grad-Limit zumindest vorübergehend überschritten werden. Jedoch lässt sich laut dem IPCC-Synthesebericht die Temperaturerhöhung im Laufe des Jahrhunderts wieder unter 1,5 Grad drücken, wenn Möglichkeiten geschaffen werden, der Luft CO_2 zu entziehen. Dies kann durch Aufforstung und auch mit Hilfe technischer Ansätze, wie CCS und CCU, funktionieren, also der sicheren und dauerhaften Speicherung und Nutzung von CO_2 als Rohstoff. Obwohl die meisten Erkenntnisse darin nicht neu sind, stellt der Bericht des Weltklimarats vom 20. März 2023 besonders für politische Entscheider einen neuen Meilenstein dar.

„Feuer"

Das Feuer zu beherrschen und nutzbar zu machen, ist eine besondere Herausforderung für die Menschheit. Während den Elementen Erde, Wasser und Luft meist vielfältige friedliche Eigenschaften zugeordnet werden, ist die gefühlte Wahrnehmung des Elements Feuer ambivalent. Denn auf der einen Seite steht Feuer für Gefahr und Zerstörung, etwa durch das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas, durch Blitzeinschläge, Flächenbrände, Vulkanausbrüche oder auch durch Dürren, wegen anhaltender Sonneneinstrahlung.
Auf der anderen Seite bedeutet Feuer auch Wärme, Licht und Schutz für Menschen und dient somit dazu, ihr Leben zu verbessern und zu bereichern. In der Rolle als Energiespender steht Feuer für dynamische Entwicklung und Fortschritt, beispielsweise wenn es gelingt, das Feuer der Sonne effektiv, ökologisch und ökonomisch sinnvoll zu nutzen, etwa zur Energiegewinnung durch den Einsatz von Solarenergie.
Die Solarenergie ist auch für die Bemühungen der Europäischen Union um Dekarbonisierung und Energieunabhängigkeit unerlässlich. Daher hat die EU-Kommission am 9. Dezember 2022 offiziell die Europäische Industrieallianz für Solar und Photovoltaik („ESIA") gegründet, mit dem Ziel, ein europäisches Industrieökosystem für Solarphotovoltaik zu etablieren und die europäische Wertschöpfungskette für Photovoltaiktechnologien widerstandfähig und strategisch unabhängig zu machen. Die Industrieallianz ist Teil einer zuvor veröffentlichten EU-Solarenergiestrategie, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2025 eine Solarstromerzeugungskapazität von 320 GW zu erreichen – das Doppelte des heutigen Stands – und bis 2030 diese Zahl auf 600 GW noch einmal fast zu verdoppeln.
Die Sonne liefert ihr Feuer zuverlässig, ohne eine Belastung von Umwelt und Klima, und „sie schickt keine Rechnung," wie schon Franz Alt, der Journalist und Verfechter einer „solaren Weltrevolution" vielfach betonte. Insofern ist die Gründung der ESIA eine Schlüsselinitiative, um die Feuerkraft der Sonne zukünftig optimaler zu nutzen.

Einige menschliche Fähigkeiten wird man im kommenden Jahrzehnt dem Computer beibringen, aber nicht das logische Denken.

Bill Gates

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

LOSANO
Innovative Desinfektion
www.losano.de

IBB
WEITER MIT BILDUNG
www.ibb.com

IRS
INTELLIGENT REPAIRS
www.irs-group.com

THOMAS PREUHS
Holding GmbH
www.preuhs-holding.de

NANOTERRA
WALK THIS WAY
www.nanoterra.net

oerlikon
balzers
www.oerlikon.com/balzers/de

CHAMPIGNON
HOFMEISTER
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1908
www.champignon.de

Posthotel
ACHENKIRCH
www.posthotel.at

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

„Das Fünfte Element"

Die Corporate Sustainability Reporting Directive („CSRD"), die am 5. Januar 2023 in Kraft trat, ist die Weiterentwicklung der bestehenden Non-Financial Reporting Directive („NFRD") und verfolgt das Ziel, die Rechenschaftspflicht europäischer Unternehmen über Nachhaltigkeitsaspekte zu erhöhen. Hierzu führt sie erstmals einen verbindlichen Berichtsstandard auf EU-Ebene ein, den European Sustainability Reporting Standard („ESRS").

Nach dem ESRS-Standard müssen die betroffenen Unternehmen bereits für das Geschäftsjahr 2024 bzw. 2025 im Rahmen der sogenannten „Doppelten Wesentlichkeit" verpflichtende Angaben zu den umweltspezifischen Risiken und Chancen durch oder auf ihr Unternehmen machen, die alle vier Elemente der Nachhaltigkeitswende – Erde, Wasser, Luft und Feuer – unterschiedlich stark betreffen.

Hierunter fallen beispielsweise Angaben zu den Auswirkungen eines Unternehmens auf (die Verschmutzung von) Luft, Wasser und Erde (Boden und Biodiversität), aber auch dessen Beitrag zum Schutz und zur Sauberkeit der vorgenannten Elemente im Einklang mit den Zielen des EU-Green-Deal. Auch das Element Feuer wird adressiert, da u.a. auch die regenerative Erzeugung erneuerbarer Ressourcen zu berichten ist. Dies kann zu einem Auftrieb für Investitionen in erneuerbare Energien (u.a. Solarenergie durch die Kraft des Feuers der Sonne) führen.

Im Gegensatz zum gleichnamigen Science-Fiction-Film, in dem das fünfte Element aus „LOVE" besteht, um die Vernichtung des Planeten durch das Böse zu stoppen, ist es in der Nachhaltigkeitswende die „CSRD", die den Planeten als ökologische Säule der Nachhaltigkeit adressiert. Mit Ausnahme der gleichen Anzahl von jeweils vier Buchstaben, besteht zwischen beiden Begriffen ansonsten eher eine kognitive Dissonanz, denn mit Sicherheit begegnen dieser neuen EU-Richtlinie die wenigsten von ihr betroffenen Unternehmen mit „Liebe". Dennoch ist sie prioritär und läutet eine Zeitenwende in der Nachhaltigkeit (-sberichterstattung) ein.

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

John F. Kennedy

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

HANNOVER Finanz
Ihr Eigenkapital-Partner
www.hannoverfinanz.de

Hochland
www.hochland-group.com

InPro electric
www.inpro-electric.de

MPT
Präzisionsteile GmbH Mittweida
www.mpt-group.com/

AKÜ
AMBERGER KÜHLTECHNIK GMBH
www.amberger-kuehltechnik.de

WÖLLHAF
www.woellhaf-airport.de

QUADRIGA CAPITAL
www.quadriga-capital.de

DEMIRTAG
CONSULTING GMBH
www.demirtag.de

PFLEGEWERK
www.pflegewerk.com

ICT Facilities
design & built
www.ict-facilities.de/

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Klimaschutz und Energiebedarf nicht als Gegensatz betrachten

Auf zwei Beinen stehen

Erste ganzheitliche Betrachtung der globalen Energie und Klimabelastung zeigt Lösungsperspektive durch ein Miteinander vieler Maßnahmen

Von Franz Josef Radermacher

Prof. F.J. Radermacher

In der politischen Diskussion um einen richtigen Weg zur Verhinderung einer Klimakatastrophe trennen sich die Forderungen meist in unterschiedliche „Wahrheiten". Regulierungen und Verbote oder Bewahrung konventioneller Energiearten, ausschließlich regenerative Energie oder konventionelle Formen mit Klimaneutralität. Oft wird eher ein „Schwarz-weiß"-Denken für die eine oder andere Richtung erstritten. Meist ist die Betrachtung auf die jeweils eigene Region bezogen, was richtig sein kann, wenn dadurch nicht Transformationen vernachlässigt werden, indem auf andere Regionen und deren Missstände verwiesen wird, die eigenen jedoch unkorrigiert bleiben. Zugleich wird so auch die globale Achtsamkeit vernachlässigt. Insbesondere mangelt es dann an finanzieller Unterstützung für erfolgreiche Transformationen in den ärmeren Teilen der Welt.

Derzeit zeigt der viel beachtete Wissenschaftler Franz Josef Radermacher, gemeinsam mit einem interdisziplinären Team von hochrangigen Experten und Expertinnen, in einer aktuell noch in Bearbeitung befindlichen umfangreichen Studie einen spannenden Lösungsansatz. Dieser betrachtet ganzheitlich das erfolgversprechende Zusammenwirken von regenerativen und konventionellen, aber klimaneutralen Energieformen. Nicht gegeneinander, sondern in sinnvoller Ergänzung miteinander kann realistisch das Klimaziel erreicht werden.

Radermacher ist als Universitätsprofessor seit Jahrzehnten durch seine visionären, praxisbezogenen Denkansätze zur Nachhaltigkeit profiliert, gilt als enger Berater von Bundesministern, Landesregierungen und Unternehmen. Er ist seit fast 20 Jahren Mitglied des internationalen Club of Rome und war auch zehn Jahre Präsident des Senats der Wirtschaft, wo er weiter in wichtigen Funktionen aktiv ist.

Für SENATE bietet er einen Schulterblick in die ersten Ergebnisse der Studie.

Vorbemerkung

Das FAW/n und Global Energy Solutions hat unter der Leitidee „For Prosperity and Climate Neutrality" die Frage untersucht, ob und wie für 10 Milliarden Menschen in 2050 eine Welt in Wohlstand und Freiheit so organisiert werden kann, dass sich die Lebensqualität, vor allem für den ärmeren Teil der Menschheit, deutlich verbessert, das Klimasystem stabilisiert, die biologische Vielfalt erhalten und ganz allgemein die Umsetzung der UN-Sustainable Development Goals (SDGs) erreicht werden kann.
Das Projekt wurde im Zeitraum 2021–2023 durch das BMZ mit wesentlicher Beteiligung des damaligen Bundesministers Dr. Gerd Müller gefördert und durch einen großen Kreis von Partnern aus der Wirtschaft unterstützt. Viele Kompetenzen waren in das Projektteam integriert. Stattgefunden hat auch ein regelmäßiger Informationsfluss und inhaltlicher Austausch mit dem Senat der Wirtschaft in Deutschland und Europa. Das Projektergebnis beinhaltet einige überraschende Einsichten und Vorschläge und bringt viele Lösungsbausteine zusammen, die in der öffentlichen Diskussion oft als sich ausschließend erscheinen. Insgesamt erscheint Zielerreichung möglich, auch wenn die Herausforderungen fast übergroß erscheinen.

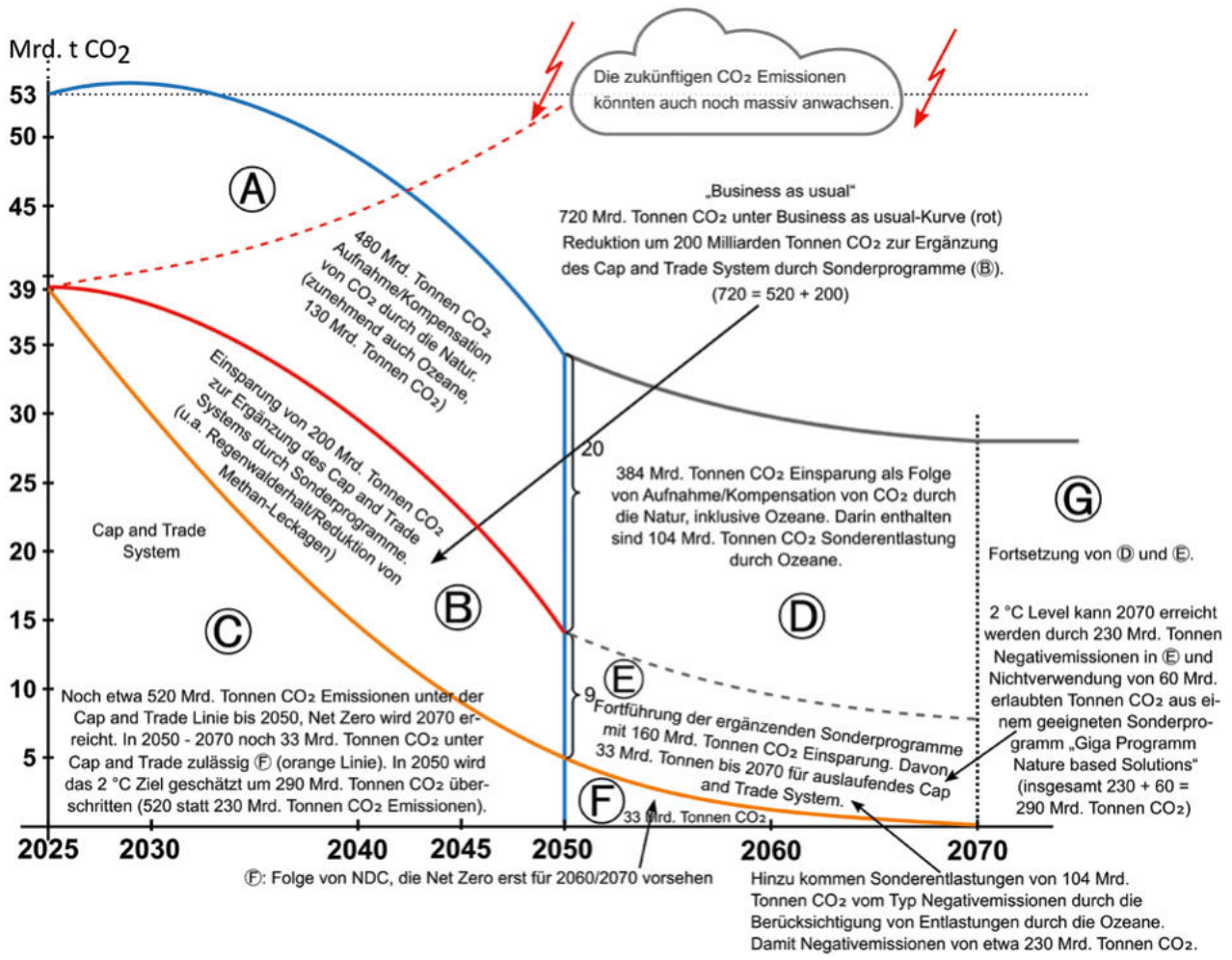
Der vorliegende Text fasst die Ergebnisse unter der Überschrift „Auf zwei Beinen stehen" für das Hintergrundmagazin SENATE in 15 Punkten knapp zusammen:

1. Leitidee ist Energiewohlstand und Freiheitsrechte für alle, nicht die Verwaltung von Energieknappheit und die Perpetuierung von Armut.

2. Die Welt kommt beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) nicht weiter. Das 1,5°C-Ziel wird wahrscheinlich schon 2030 gerissen werden. Die Umsetzung der SDGs bis zu diesem Zeitpunkt ist chancenlos.

3. Die Bevölkerung der Entwicklungs- und Schwellenländer wächst in den nächsten 30 Jahren von fünf Milliarden auf sieben Milliarden Menschen an.

4. Die nachhaltige Aktivierung der biologischen Systeme als CO_2-Speicher ist ein entscheidender Beitrag zur Lösung des Klimaproblems. Konsequenter Regenwaldschutz ist ein besonders kluges unkompliziert aktivierbares Sofortprogramm zum Klimaschutz. Es kann und sollte ab sofort umgesetzt werden. Hilfreich ist auch ein entschiedenes Vorgehen gegen Methan-Leckagen. Die Meere absorbieren ständig mehr CO_2 und sind sehr hilfreich.



Herausforderungen in den Bereichen Energie und Klima

Mobilität ist ein Schlüsselthema für Wohlstand und Freiheit

5. Energie ist Voraussetzung für Wohlstand. Die Primärenergieversorgung der Welt beruht heute noch zu 85 Prozent auf fossilen Energieträgern, 12 Prozent steuern Kernenergie und Wasserkraft bei, nur 3 Prozent sind vom Typ Neue Erneuerbare.

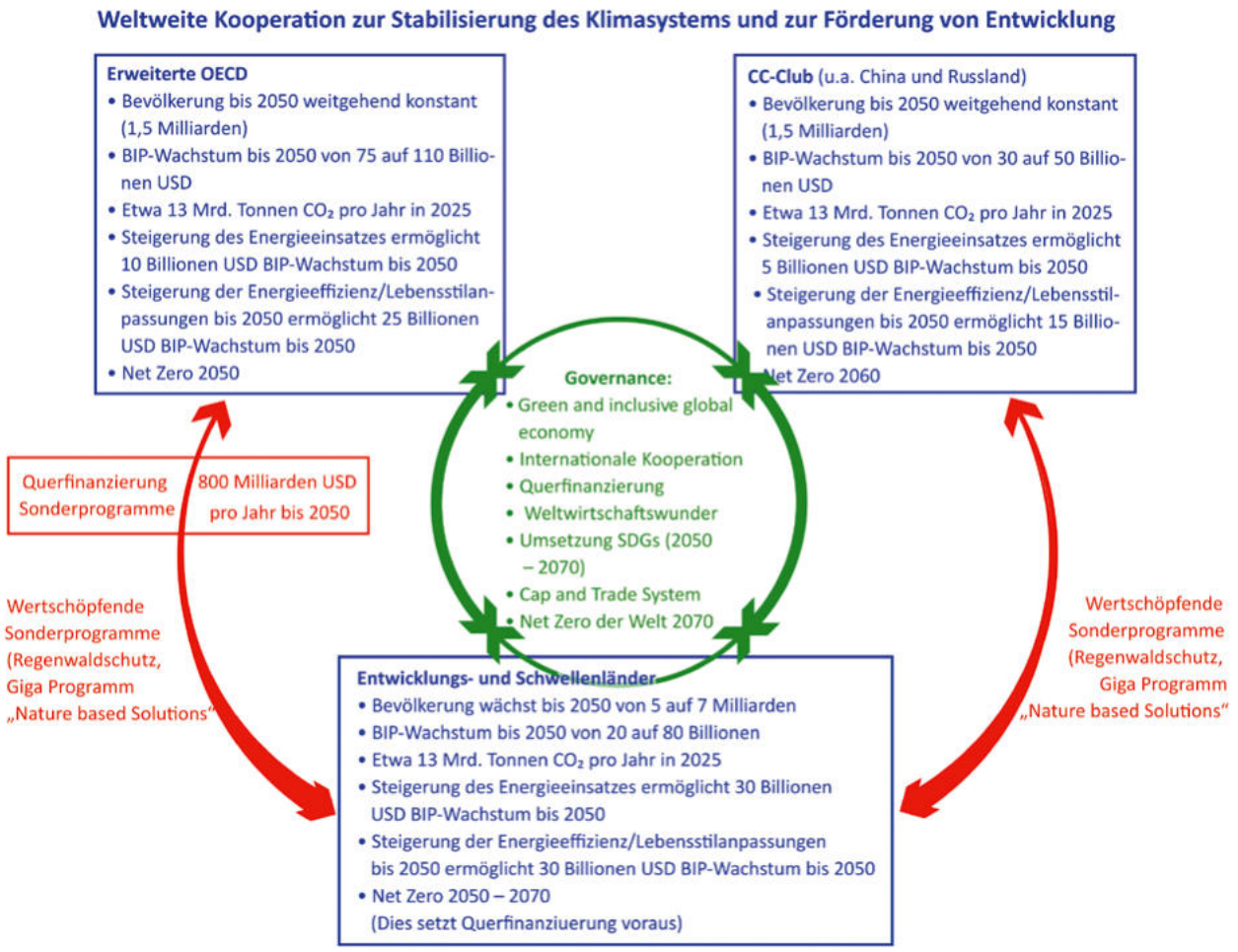
6. Die reichen Länder (erweiterte OECD) haben Net-Zero für 2050 erklärt, die CC-Gruppe um China, Russland und die arabischen Staaten für 2060. Die Entscheidung über das Klima fällt allerdings wesentlich in den bevölkerungsreichen Entwicklungs- und Schwellenländern. Hier müssten sich die reichen Länder viel wirksamer einbringen. Der mancherorts zu beobachtende Versuch, diese Länder über Einschränkungen von Förderinstrumenten und über Finanzierungsverweigerung für Alternativen in ein Renewables-Only-Programm zu drängen, ist nicht fair und wird scheitern.

7. Klimaneutralität für die ganze Welt geht nur auf „zwei Beinen". Erneuerbare Energien auf der einen Seite, grün-fossile Energien oder Kernkraft als Back-up auf der anderen Seite. Grün-fossil erfordert Carbon Capture, also das Abfangen von CO_2. Carbon Capture ist der Joker. Bis 2050 wird es möglich werden, 30 Milliarden Tonnen CO_2 pro Jahr über Carbon Capture zu neutralisieren.

8. Elektrolyse-Wasserstoff statt Erdgas ist heute keine vollumfängliche Back-up-Option für die Welt, kann also die Notwendigkeit des Einsatzes fossiler Energieträger mit Carbon Capture nicht vollständig beseitigen. Dafür wären etwa 25.000 GW Elektrolysekapazität erforderlich. Bis 2050 sind weltweit aber höchstens 4000 GW zu erwarten. Elektrolyse-Wasserstoff wird trotzdem wichtig werden, insbesondere auch für den Bereich synthetische Kraftstoffe im Mobilitätsbereich. In diesem Kontext hat Methanol das Potenzial zu einem „Gamechanger" als wichtiger Energieträger für die Welt.

9. Mobilität ist ein Schlüsselthema für Wohlstand und Freiheit. Batterie-Elektrik ist ein Baustein für dieses Thema, aber nicht die global wirkungsvolle Lösung für die weltweiten Mobilitätserfordernisse der nächsten Jahrzehnte. Vielmehr sind synthetische Kraftstoffe (Re-Fuels) für alle Bereiche der Mobilität dringend erforderlich.

10. Bei kluger Politik kann in internationaler Zusammenarbeit das BIP der Entwicklungs- und Schwellenländer von heute 20 Billionen bis 2050 auf 80 Billionen gesteigert werden (sechs Prozent Wachstum pro Jahr). Der Weg zu 80 Billionen BIP kann weitgehend klimaneutral ausgestaltet werden. Dies könnte die weltweite Verteilung der ökonomischen Gewichte erheblich verändern.



Chancen weltweiter Kooperation

Ein kluger Plan für die Welt hat das Potenzial für ein Weltwirtschaftswunder

11. Für den Auf- und Umbau der Energiesysteme im globalen Süden ist eine Differenzkostenübernahme, etwa für CO_2-Abscheidung und -Entsorgung sowie für den Bau nationaler und interkontinentaler Energieinfrastrukturen, durch den Norden erforderlich (nach dem Muster des sehr erfolgreichen Montrealer Protokolls im Bereich des Ozonschirms). Auf die reichen Staaten kommen dabei für die nächsten Jahrzehnte etwa 600 Milliarden Euro Belastung pro Jahr zu, für die EU-Staaten etwa 200 Milliarden Euro. Die genannten Kosten sind für die Bewältigung der Herausforderungen im Energie- und Klimabereich überschaubar. Die reichen Länder bringen dazu pro Jahr für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern pro Kopf etwa 100 Euro auf. Das liegt deutlich unter dem mittleren Preis für die Vermeidung einer Tonne CO_2 in den reichen Ländern. Mit Blick auf die so erreichbaren hohen CO_2-Einsparungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern geht es unter Beachtung aller direkten und indirekten Effekte der vorgeschlagenen Referenzlösung um einen CO_2-Vermeidungspreis von etwa 40 Euro pro Tonne CO_2. Ein sehr niedriger CO_2-Vermeidungspreis. Eine günstigere Option wird sich kaum finden lassen.

12. Die freiwilligen Klimaschutzzusagen (NDCs) der Staaten gemäß Paris-Vertrag, die häufig massive finanzielle Hilfen voraussetzen (sogenannte Conditional NDCs), sollten mit tatkräftiger Unterstützung der reichen Länder in konditionsfreie Zusagen weiterentwickelt werden.

13. Eine Verständigung der Welt auf nichtkonditionierte NDCs kann mit finanzieller Unterstützung der reichen Länder zu einem tragfähigen globalen Cap-and-Trade-System zusammengeführt werden.

14. Reiche Länder können Net Zero auf vielen Wegen erreichen, aber auf manchen Wegen nur mit großen Wohlstandsverlusten. Entwicklungs- und Schwellenländer sind in einer viel schwierigeren Situation. Sie benötigen deshalb erhebliche finanzielle Unterstützung, um Wohlstandsverluste im Kontext der Klima- und Energiefrage zu vermeiden.

15. Ein kluger Plan für die Welt hat das Potenzial für ein Weltwirtschaftswunder.

Auch bereits in der laufenden Arbeit an der Lösungsstudie sind Fakten und vertiefende Informationen öffentlich zugängig.

Mehr Informationen zu dem Thema unter:
www.fawn-ulm.de
www.global-energy-solutions.org

Ewiges Leben könnte es bald geben

Wird bald das Wunder des Lebens digital entzaubert?

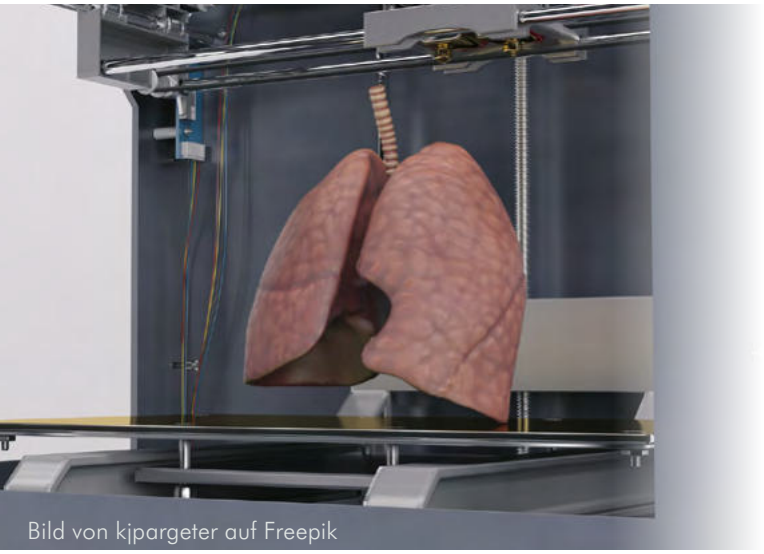


Bild von kjpargeter auf Freepik

Von Christoph Brüssel

In den letzten Jahren haben Forscher Fortschritte bei der Entwicklung von Technologien gemacht, die es ermöglichen, menschliche Organe digital zu schaffen. Diese Technologie, die als Bioprinting bezeichnet wird, ermöglicht es, menschliche Organe aus lebenden Zellen zu drucken. Bioprinting könnte eine Alternative zur traditionellen Organtransplantation sein und eine Lösung für das Problem des Organmangels bieten. Laut der American Transplant Foundation warten in den USA über 110.000 Menschen auf eine Organtransplantation, und jeden Tag sterben 20 Menschen, weil sie kein Spenderorgan erhalten können.

In Deutschland wurden im Jahr 2018, also vor der Pandemie, zehntausend Empfänger-Patienten auf der Spenderliste geführt. Transplantiert wurden lediglich rund 2400 Organe im gleichen Zeitraum.[1]
Bioprinting kann nicht nur die Warteliste für Organe reduzieren, sondern auch die Probleme lösen, die mit traditionellen Organtransplantationen verbunden sind. Das größte Problem bei der traditionellen Organtransplantation ist die Abstoßungsreaktion. Bioprinting bietet jedoch die Möglichkeit, maßgeschneiderte Organe zu erstellen, die vom Empfänger akzeptiert werden und das Risiko einer Abstoßung minimieren. Darüber hinaus können biologisch gedruckte Organe potenziell länger halten als traditionelle Spenderorgane, da sie auf der Grundlage von Zellkulturen erstellt werden, die in einer kontrollierten Umgebung gezüchtet wurden.

Trotz dieser vielversprechenden Entwicklungen im Bereich des Bioprinting ist die Schaffung voll funktionsfähiger Organe noch in der experimentellen Phase. Es gibt noch viele Herausforderungen, die gemeistert werden müssen, bevor biologisch gedruckte Organe für den klinischen Einsatz bereit sind. Eine dieser Herausforderungen besteht darin, die Zelltypen, die für die Schaffung eines funktionsfähigen Organs benötigt werden, in ausreichender Menge zu produzieren.

1 https://www.dso.de Statistik Organspenden 2018; Stand 10.10.2018, zltzt. eingesehen 05.01.2019.https://www.welt.de/gesundheit/article172460613/Transplantationen-Warum-es-so-wenige-Organspenden-gibt.html.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass Bioprinting in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Organen spielen wird. Das US-amerikanische Unternehmen Prellis Biologics hat beispielsweise kürzlich bekanntgegeben, dass es erfolgreich ein voll funktionsfähiges menschliches Herz aus lebenden Zellen gedruckt hat. Es wird jedoch noch einige Jahre dauern, bis biologisch gedruckte Organe in großem Maßstab hergestellt und für den klinischen Einsatz zugelassen werden.
Ein weiteres wichtiges Thema im Zusammenhang mit der digitalen Schaffung von lebensfähigen Organen ist die ethische Frage. Einige Experten befürchten, dass die Fähigkeit, menschliche Organe digital zu schaffen, die Notwendigkeit von Organspenden reduzieren könnte.
Es besteht auch die Sorge, dass die Technologie die Schaffung von „Designer-Organen" ermöglichen könnte, die nicht nur funktional sind, sondern auch bestimmte Merkmale aufweisen, die vom Empfänger gewünscht werden, wie zum Beispiel eine höhere Intelligenz oder eine bessere körperliche Leistungsfähigkeit.

Die digitale Schaffung von lebensfähigen Organen könnte auch Auswirkungen auf die Art und Weise haben, wie Organtransplantationen durchgeführt werden.
Während die Technologie noch in der experimentellen Phase ist, ist es wahrscheinlich, dass biologisch gedruckte Organe in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Organen für Transplantationen spielen werden. Dies könnte zu einer Veränderung in der Art und Weise führen, wie die Transplantationsmedizin organisiert ist und wie die Warteliste für Organe verwaltet wird.
Insgesamt ist die digitale Schaffung von lebensfähigen Organen ein aufregendes Gebiet der Technologie, das potenziell lebensrettende Möglichkeiten bietet und die Grenzen des menschlichen Körpers erweitern kann. Obwohl es noch viele Herausforderungen zu bewältigen gibt, ist es wahrscheinlich, dass die Technologie in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Organen für Transplantationen spielen wird. Die ethischen Fragen, die mit der Technologie verbunden sind, müssen jedoch sorgfältig diskutiert und gelöst werden, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Werten und Bedürfnissen der Gesellschaft stehen.
Die enormen Chancen einer digital herstellbaren oder genetisch veränderbaren organischen Struktur muss mit den entstehenden Risikopotenzialen gespiegelt werden. Dabei ist der Versuch erforderlich, die grenzenlosen Perspektiven der sich öffnenden Schaffenskraft digitaler Kreativität einzubeziehen. Wenn auch die konkreten Erwartungen nicht zu betrachten sein werden, da diese gegenwärtig ja nicht konkret erfassbar sind, so ist von einer offenen Entwicklungsskala auszugehen. Solche Überlegungen werden immer ein Mindestmaß an Utopie in sich bergen.

Quellen:
American Transplant Foundation. (2021). Organ Donation Statistics. Abgerufen am 25. März 2023, von https://www.americantransplantfoundation.org/about-transplantation/donation/donation-statistics/.
Ju, Y., Wang, X., Liu, Y., Zhang, S., & Zhang, Y. (2021). Bioprinting of human organs: a light in the dark. Journal of Materials Chemistry B, 9 (19), 3946–3958.
Prellis Biologics. (2022). Prellis Biologics Announces First Fully Functional Human Heart Bioprinted in 3D. Abgerufen am 25. März 2023, von https://www.prellisbio.com/post/prellis-biologics-announces-first-fully-functional-human-heart-bioprinted-in-3d.

Für den Fall, dass die digitale Entwicklung die Herstellung lebensfähiger Organe ermöglicht und diese dann von den übrigen Organen des menschlichen Körpers angenommen werden, ist eine große Hilfe für erkrankte Menschen denkbar. Ein enormes Problem vieler Krankheiten könnte so schnelle Lösungen finden.
Krankheiten oder Unfallfolgen, die ausschließlich durch den Ersatz von Organen lebenserhaltend behandelt werden können, haben eine deutliche Unterversorgung, da zu wenige Spenderorgane zur Verfügung stehen. Die Herstellung solcher Organe durch technische Möglichkeiten kann folglich tausendfach Leben retten.

Er ist aber ein Eingriff in die Natur. Letztlich jedoch nicht anders zu bewerten als der Ersatz eines mechanischen Körperteils, wie Knochen oder Gelenke. Bei einem künstlichen Hüftgelenk ist die ethische Diskussion kaum auf die Tatsache selber, bestenfalls im Kontext einer „Altersgrenze“ relevant geworden.[2]
Die ethische Bewertung der Organtransplantation durch die Kirchen ist eindeutig.[3]
Während zum Beginn der erfolgreichen Transplantationen in den 1950er-Jahren die katholische Kirche sich gegen die Spende von Organen wehrte, wird aktuell eine solche als Akt der Nächstenliebe verstanden.[4]
Ethisch wird die Grenze gezogen, dass es nicht vertretbar sein kann, wenn finanzielle Entschädigungen für Organe, speziell bei lebenden Spendern, zum Beweggrund werden würden. Es dürfen nicht wohlhabende Menschen den Armen Organe abkaufen.

2 https://www.medical-tribune.ch/medizin/fokus-medizin/artikeldetail/neues-hueftgelenk-im-hohen-alter-en-vogue.html; zuletzt eingesehen 30.3.23.

3 https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2012/was-sagen-die-kirchen-zur-organspende-13485; zuletzt eingesehen 30.12.22.

4 https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2018-10/papst-franziskus-organspenden-transplantation-delmonico.html.

„Ärztliche Behandlungen ohne Krankheitsbezug sind aus arztethischer Sicht nicht prinzipiell verwerflich."

Ethikkommission der Bundesärztekammer

Künstliche Humanpräparate zur Lebensverlängerung – das Ersatzteillager Mensch

Ein Unterschied allerdings wäre gegeben, wenn regelmäßig digital geschaffene Organe aus Altersgründen gegen die von Geburt an gewachsenen ausgetauscht würden. Vorstellbar ist, dass es sich nicht nur um einzelne verletzte oder kranke Organe, sondern eventuell um alle dem natürlichen oder stressbedingten Verschleiß unterliegenden Körperteile handelt. So könnte der menschliche Körper zu einem lebenden Ersatzteillager werden. Als Konsequenz würde eine wesentlich längere Lebenszeit möglich, die vielleicht über mehrere Generationen hinweg ausgedehnt werden könnte.
Bislang eine undenkbare Option, da schlicht solche Organe nicht zur Verfügung stehen. Selbst die Spenderorgane sind ja auch regelmäßig über lange Jahre gebraucht. Zudem könnten neu hergestellte Humanorgane beliebig reproduziert werden. Vorausgesetzt, diese sind geeignet, durch den Organismus angenommen zu werden und ersetzten tatsächlich die erforderliche Funktion.
Die hohe ethische Schwelle bei der Entscheidung, solche Produkte als heilendes Instrument oder als Ersatzorgan einzusetzen, wird unter differenzierter Perspektive zu erörtern sein.
Es ist sicher die Frage einer allgemeinen Kostenperspektive zu erörtern. Unter moralisch ethischen Gesichtspunkten ist eine Lebensrettung oder Heilung, die ausschließlich Wohlhabenden zugänglich wäre, kritisch.
Haben reiche Menschen die Möglichkeit, ein langes Leben zu erkaufen?
Kann es Lebensverlängerung über ganz lange Zeiträume geben? Würden Menschen mit „Ersatzteilen" in der Lage sein, Jahrhunderte zu überleben? Ist das dann ein ethisch bedenklicher Eingriff in die naturgegebene Bestimmung des menschlichen Lebens?
„Du sollst nicht töten", ist als theologisches Glaubensgebot allgemein Konsens. Hat die Frage: „Du sollst nicht ewiges Leben schaffen" eine vergleichbare Relevanz?

Von der Heilung zur präventiven Lebensverlängerung

Bislang kennen wir die lebensverlängernden Maßnahmen der Medizin, die in einzelnen Notfällen oder bei schweren Krankheiten eingreift. Auch das ist lebensverlängernd.
Die bestmöglichen Behandlungen von Krankheit und Unfall durch die Medizin sind gewünscht und betroffene Patienten, ebenso wie die Angehörigen, wünschen sich eine möglichst gute und dauerhafte Heilung. Organtransplantation gehört zur Heilung. Das wird bei künstlichen Organen ebenso gelten.
Die Erhaltung des Lebens ist oberstes Gebot, wenn durch Krankheit der Körper angegriffen ist.
Welche Betrachtungen ergeben sich bei der präventiven Ersetzung von nicht kranken, aber altersmüden Organen zur Auffrischung oder – möglich in Zukunft – routinemäßigen Auswechslung?
Während die, durch Notfall oder Krankheit, indizierte Ersetzung von Organen der konkreten Behebung eines Schadens zur direkten Lebensrettung erforderlich ist, könnte eine präventive Organerset-

Die ethischen Folgen, also die Konsequenzen für die Zukunft Mensch, sie sollen auch nicht unbeachtet bleiben

zung ohne Krankheitsindizierung dem individuellen Wunsch auf ein ewiges Leben entsprechen. Sicher sind hier auch Vergleiche zur kosmetischen Chirurgie angebracht. Eine solche, nicht durch medizinische Indikation gebotene, Behandlung ist fortwährend in der Diskussion bei der Ärzteschaft. So hat die Ethikkommission der Bundesärztekammer bereits im Jahr 2000 grundsätzlich Stellung bezogen und sagt:
„Ärztliche Behandlungen ohne Krankheitsbezug sind aus arztethischer Sicht nicht prinzipiell verwerflich."
Allerdings nennt die Kommission Bedingungen. So darf Kommerz nicht im Vordergrund stehen. Und selbstverständlich muss der Arzt das, was er tun will, auch beherrschen. Der Patient müsse „darauf vertrauen können, dass die Motive des Arztes weiterhin primär auf das Patientenwohl und die Achtung des Patientenwillens gerichtet sind".[5]
Eine die Unantastbarkeit der Schöpfung und deren natürlichem Verlauf zustimmende Argumentation könnte Zweifel an einer grenzenlosen Lebensverlängerung erheben, da so schließlich der Schöpfungswille einer berechenbaren Endlichkeit des individuellen menschlichen Lebens technisch verändert werden würde.
Entscheidend kann auch die Folgenabschätzung sein. Wie stark wirkt sich der Eingriff in die bisher naturgegebene Lebensdauer aus? Werden Lebenszyklen der Menschen über weit mehr als 100 Jahre erreicht, wenn die alternden oder verbrauchten Organe ausgetauscht werden? Die digitale Produktionsmöglichkeit könnte zu einer Kommerzialisierung führen, einer grenzenlosen Verfügbarkeit – ein Austausch nicht nur einmal, sondern periodisch, was zu einer langen Lebenszeit führen könnte. Utopisch, aber im Bereich der erreichbaren Realisierung.
Damit stellt sich die Frage der ethischen Würdigung unter den verschiedenen Gesichtspunkten der Gerechtigkeit, Balance der Gesellschaft, bis hin zur möglichen Inflation des Werts menschlichen Lebens. Ohne Zweifel folgen aus der Utopie überlanger Lebenszeiten auch Fragen der sozialen Dimension.
Wird die Bevölkerungsdichte durch eine solche Entwicklung noch beherrschbar sein? Steigt die Dauer des Altersruhestands oder wird eine enorm längere Arbeitszeit erforderlich? Eine Rentenzeit von mehr als 50 Jahren oder Rente erst ab 90? Wenn ja, zu wessen Lasten werden sich die Veränderungen auswirken?
So oft wird über mangelnde Auseinandersetzung mit der digitalen Transformation geklagt, wird die zu späte Regelung wesentlicher Entwicklungen angemahnt. Meist sind es die technischen Innovationen, die im Fokus stehen. Die ethischen Folgen, also die Konsequenzen für die Zukunft Mensch, sie sollen auch nicht unbeachtet bleiben.

Weitere Quellen:
Christoph Brüssel, Volker Kronenberg, Lenno Götze: Digitale Zukunft und neue Kultur, Wirkung auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Tectum/Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019.
American Transplant Foundation. (2021). Organ Donation Statistics. Abgerufen am 25. März 2023, von https://www.americantransplantfoundation.org/about-transplantation/donation/donation-statistics/.
Ju, Y., Wang, X., Liu, Y., Zhang, S., & Zhang, Y. (2021). Bioprinting of human organs: a light in the dark. Journal of Materials Chemistry B, 9(19), 3946–3958.
Prellis Biologics. (2022). Prellis Biologics Announces First Fully Functional Human Heart Bioprinted in 3D. Abgerufen am 25. März 2023, von https://www.prellisbio.com/post/prellis-biologics-announces-first-fully-functional-human-heart-bioprinted-in-3d.

5 Deutsches Ärzteblatt 2012; 109: A2000; einsehbar https://www.aerzteblatt.de/download/files/2012/10/down27261786.pdf.

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

Steve Jobs

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

ETIHAD AIRWAYS
www.etihad.com/de-de

Meiser Hotels · Resort · Events ★★★★ Superior
www.vitalhotel-meiser.de

PKF WMS Werte Menschen Strategien
www.pkf-wms.de

WOLFFKRAN
www.wolffkran.de

AZURIT Gruppe
www.azurit-gruppe.de

KBW TECHNOLOGIE AG
www.kbwag.de

alpin spa ★★★★S Panorama HOTEL OBERJOCH
www.panoramahotel-oberjoch.de

Sparkasse Vogtland
www.sparkasse-vogtland.de

stryker
www.stryker.de

TER GROUP
TER Chemicals DISTRIBUTION GROUP
www.terchemicals.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Dr. Walter Döring traf Junhui Zhang, den Gesandten der Botschaft der Volksrepublik China

Der Vorstandsvorsitzende des Senate of Economy Europe, Dr. Walter Döring, traf zu einem offenen Meinungsaustausch den Gesandten der Botschaft der Volksrepublik China in Berlin, Junhui Zhang. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Senats International, Dieter Härthe, sprachen sie über eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen Chinas und Europas, die – so der Gesandte – auch einen „wertvollen Beitrag zur Zukunftssicherung leisten können". Ebenso stand eine Delegationsreise von interessierten Senatorinnen und Senatoren nach China auf der Tagesordnung. Die Gesprächspartner vereinbarten eine Fortsetzung des Meinungsaustauschs.

Karen Bass, erste Frau als Bürgermeisterin in Los Angeles, im Gespräch mit SENATE

Der Repräsentant des Senate of the Economy in den USA, Michael King-Rolland, traf die neue Bürgermeisterin von Los Angeles, Karen Bass, auf der Umwelt- und Nachhaltigkeitskonferenz VerdeX-Change in der „Stadt der Engel".
Neben der Bedeutung der Städtepartnerschaft zwischen LA und der deutschen Hauptstadt Berlin als Teil der transatlantischen Beziehungen sprachen sie über die ambitionierten Umweltziele der südkalifornischen Metropole.
Die Bürgermeisterin betonte, Los Angeles wolle bis spätestens 2035 „carbon free" sein. Sie unterstrich zudem das intensive Engagement ihrer Stadt zum Ausbau von Metro und öffentlichem Nahverkehr im Hinblick auf Teile der Fussball-WM 2026 und die Olympischen Spiele 2028 in LA.

UNIDO-Generaldirektor Dr. Gerd Müller zum Gespräch mit dem Vorstand des Senats der Wirtschaft Deutschland

Zu einem ausführlichen Gespräch traf sich der UNIDO-Generaldirektor Dr. Gerd Müller mit dem Vorstand des Senats der Wirtschaft Deutschland in Berlin.
Müller betonte ausdrücklich die Bedeutung der privaten Wirtschaft bei der Umsetzung wichtiger Ziele der UN-Organisation für Industrieentwicklung. Der frühere Bundesminister ist weltweit für die nachhaltige Entwicklung, speziell auch der Schwellenländer und benachteiligten Regionen, zuständig. Die beiden Vorstände Norbert Streveld und Dr. Christoph Brüssel wurden flankiert vom früheren Bonner Oberbürgermeister und Vorstand der weltweiten Organisation nachhaltiger Städte (small Governments) IKLEY, Ashok Sridharan. Er ist Sonderbeauftragter Global Sustainable Economy des Senats Deutschland.

Auf Initiative von Dr. Müller wird der Senat mit der UN-Organisation gemeinsam an der Bekanntheit der SDGs, der Nachhaltigkeitsziele der UN, wirken.

Das zweite Regionaltreffen des Senats der Wirtschaft 2023 in Pirmasens

Das zweite Regionaltreffen des Senats der Wirtschaft 2023 fand am Mittwoch im Zentrum der deutschen Schuhindustrie in Pirmasens/Rheinland-Pfalz statt. Gastgeberin war Senatorin Dr. Kerstin Schulte, Institutsleiterin des Prüf- und Forschungsinstituts Pirmasens e.V. Nach der Begrüßung durch Senatorin Dr. Schulte und den Leiter des Vorstandsbereichs Mittelstand beim Senat der Wirtschaft, Dr. Eckhard Neudeck, gab es zunächst eine Besichtigung des Unternehmens. Danach folgten Impulse von Dr. Schulte zum Thema der Energieknappheit, aktuelle Forschungsergebnisse und Lösungsansätze aus diesem Bereich. Als politische Impulsgebende standen MdB Angelika Glöckner (SPD) und der Bürgermeister der Stadt Pirmasens, Michael Haas (CDU), zum Hintergrundgespräch zur Verfügung. Beim Get-together im Anschluss wurden weitere Gedanken zwischen den Mitgliedern des Senats und den politischen Akteuren ausgetauscht.
Unser ausdrücklicher Dank gilt allen Teilnehmenden – insbesondere natürlich Senatorin Dr. Kerstin Schulte für die große Gastfreundschaft.

Das nächste Regionaltreffen findet am Dienstag, dem 4. April, bei Senator Thomas Hinrich Ahrens und seiner Firma COMPO Expert Holding GmbH in Krefeld/NRW statt.

Senatsgespräch mit MdB Julia Klöckner in Berlin

In vertrauter Runde trafen sich Expertinnen und Experten des Senats der Wirtschaft mit der wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU/CSU, Bundesministerin a.D. Julia Klöckner, im Regierungsviertel Berlin.
In großer Offenheit wurden unterschiedliche Themen der aktuellen Herausforderungen angesprochen. Dabei standen die Schwerpunkte Mobilität, Energie und Klimaauswirkungen im Mittelpunkt.

Die Bundestagsabgeordnete kennt den Senat bereits aus einigen Begegnungen in den letzten Jahren, was die Intensität des Gesprächs förderte.
Klöckner appellierte, mehr praktische Erfahrungen aus der Wirtschaft in politische Entscheidungen aufzunehmen und die Zielkonflikte der unterschiedlichen Regelungsansätze offen in die Diskussion einzubinden.
Die Arbeit des Senats als plural denkende und aus der Praxis mitwirkende Instanz lobte Klöckner ausdrücklich. Sie bekundete erneut die Offenheit für weitere, aus dem Senat erarbeitete Lösungsansätze.

CAR PROFESSIONAL MANAGEMENT

Ihr Fuhrpark – zukunftssicher in einem turbulenten Marktumfeld

Unsere Lösungen für Ihren Fuhrpark:

- 360° Überprüfung Ihrer Flotte:
  - ✓ Infrastrukturberatung E-Mobilität
  - ✓ Wandel von Verbrenner- zu E-Flotte
  - ✓ Passende und lieferbare (Elektro-) Fahrzeuge für Ihren Bedarf
  - ✓ Kostentreiber in Ihrer Flotte
- Nachhaltigkeitsüberprüfung und Lösungsansätze
- One Expert to the Customer – ein professioneller Ansprechpartner für Ihre gesamte Flotte
- Beratung zu Mitarbeitermotivation und -gewinnung

Wir prüfen gerne Ihre aktuellen Prozesse:

Sichern Sie sich jetzt Ihren kostenfreien Fleet Scan:
info@carprofessional.de
oder hier:

Stephan Maleszka
Geschäftsführer
Car Professional Management

IHR FUHRPARK IN BESTEN HÄNDEN.

FrühlingsConvent 2023

Der FrühlingsConvent des Senats der Wirtschaft im Haus der Bundespressekonferenz Berlin war inhaltsstark und erfolgreich.
Spannende Rednerinnen und Redner zur Zukunft der Energie sowie über Zukunftsbilder für ein starkes Europa. Klar, transparent und innovativ – ohne einseitige Interessen, mit offenen Analysen und sehr praktischen Erfahrungen!
Der Senat der Wirtschaft bestätigte seine besondere Form der lösungsorientierten Betrachtung der brennenden Themen. Es geht nicht um die Durchsetzung vorgegebener Ziele oder partikularer Interessen.

Die präsentierten Erkenntnisse und Perspektiven waren für viele Teilnehmer ein echter Mehrwert.
Neben anderen auch ein gut argumentierender und klar strukturierter Jens Spahn – als vormaliger Bundesminister für Gesundheit fokussiert er aktuell sein politisches Handeln auf die Energiepolitik.
Sein Ansatz ist ebenso, in einer realistischen Offenheit Innovationen zur Lösung der Energiefragen zuzulassen. Ideologie und Parteipolitik sollten nicht im Mittelpunkt der Entscheidungen stehen.
So plädiert auch der Senat der Wirtschaft für ein Miteinander der unterschiedlichen Lösungsansätze.

Prof. Es
L.A. He

Gestaltungskraft Parlament

Gespräch mit Ex-Kanzleramtsminister Helge Braun

Zeitenwende – Perspektivwechsel, auch aus Sicht des vormaligen Kanzleramtsministers, der nun mit verantwortungsvoller Aufgabe im Parlament wirkt, aber eben in der Opposition, sind besondere Blickwinkel. Von der Zentralstelle der Regierungsmacht in die Kontrollposition, Helge Braun hat Veränderung deutlich erlebt. Übrigens ist das auch für ihn ganz persönlich zutreffend. Kaum wiederzuerkennen, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Als Arzt und Professor war für ihn der Wechsel aus dem Kanzleramt in die Opposition auch ein Anlass zur gesunden und sportlichen Zeitenwende, mit erkennbarem Erfolg. Im Parlament steht die Haushaltspolitik derzeit in besonderem Fokus.

Gerade sehr aktuell ist die Haushaltspolitik in allen Medien. Der Finanzminister wird den Entwurf des Haushaltsplans nicht zum geplanten Termin vorlegen, es sind weitere Verhandlungen innerhalb der Regierung angekündigt.

Ja, sehr tagesaktuell.

Foto: © Helge Braun

Wie schätzen Sie das als Vorsitzender des Haushaltsausschusses ein? Ist das eher problematisch oder ein normaler parlamentarischer Vorgang?

Nein, dass die Bundesregierung sich so schwertut, die Eckwerte, wir reden ja noch gar nicht vom kompletten Haushalt, allein nur die Eckwerte für den Haushalt vorzulegen, das zeigt eins: dass die Bundesregierung momentan die Folgen der Zeitenwende für die deutsche Haushaltspolitik noch gar nicht in der ganzen Breite verstanden hat. Ich glaube, Christian Linder als Finanzminister schon, aber das Gefühl der Regierung war, über den Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds und über andere Instrumente könne man quasi finanziell die Krise neben dem Bundeshaushalt abarbeiten.

Das geht aber nicht, weil diese Krise tief in die deutsche Wirtschaft und in die deutsche Gesellschaft hinein geht. Sie verändert unseren Haushalt massiv. Auch nach all den Krisenbewältigungsmechanismen, die wir schon hinter uns haben. Flüchtlingskrise, Corona, die europäische Staatsschuldenkrise und jetzt auch zur Bewältigung der akuten Energiekrise sind auch die Möglichkeiten im Bundeshaushalt ständig weiter über Verschuldungsarbeiten erschöpft. Diese Regierung steht jetzt auch vor der Aufgabe, Prioritäten zu setzen und zu ausgeglichenen Haushalten zurückzukommen, und das ist in der Tat keine leichte Aufgabe. Aber da darf eine Regierung auch nicht aus einer Klausurtagung zurückkommen, und sagen, das Problem ist ungelöst.

Es ist ja ohnehin schon ein deutlich gesteigerter Haushalt in der Krisenhaftigkeit notwendig gewesen. Also man ist jetzt auf einem Niveau von über 400 Milliarden. Der Bundeshaushalt war vor der Pandemie kleiner und jetzt kommen noch Sondervermögen, 100 Milliarden und weitere 200 Milliarden zur Begrenzung der Energiekostensituation hinzu – natürlich nicht nur auf ein Jahr bezogen, aber insgesamt. Wird das Gesamtgefüge des Bundeshaushalts gefährdet oder verkraften wir das?

Zunächst mal ist es ja so, dass die Schuldenbremse nicht irgendeine sinnfreie formale Regelung ist, sondern die Schuldenbremse hat ja das Ziel, nachfolgende Generationen nicht zu belasten. Und deshalb sind die ganzen 500 Milliarden, die die Bundesregierung neben dem eigentlichen Bundeshaushalt an Krediten oder Kreditermächtigungen aufgenommen hat, alles etwas, was in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger zurückbezahlen müssen, und das ist mehr als ein ganzer Bundeshaushalt.

Vieles davon ist gerechtfertigt. Dazu gehören noch Corona-Milliarden. Dazu gehören die Energiepreisbremsen und vieles, was in der Sache gar nicht zu kritisieren ist.

Jetzt aber sind wir in einer Situation, wo wir sagen, dieser Schuldenberg kann jetzt nicht mehr beliebig größer gemacht werden. Jetzt kommen ja die Unterschiedlichsten und überlegen sich, für was man noch alles Sondervermögen auflegen könnte.

In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in Verbindung mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe

CIS® connect with confidence.
www.cis.de

JO-BA®
www.jo-ba.de

primo ESPRESSO
https://primo.cafe/

Kraus®
www.kraus.de

MINHOFF®.de
www.minhoff.de

denecke zahnmedizin
Wir machen Lächeln.®
www.denecke-zahnmedizin.de

GIZEH
www.gizeh.com

WELT WALD KLIMA
WORLD FOREST FOUNDATION

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Man muss aber immer wissen, Sondervermögen ist kein Vermögen, das ist ein zusätzlicher Schuldenberg. Und der Bundesrechnungshof hat es stark auf den Punkt gebracht, er hat die finanzielle Tragfähigkeit unseres Landes schon in Frage gestellt. Und deshalb ist es jetzt richtig, wenn Christian Lindner sagt, da darf jetzt nicht noch mehr hinzutreten, sondern wir müssen jetzt ganz im Sinne der Schuldenbremse wieder mit dem auskommen, was wir auch jährlich erwirtschaften.

Wie viel Relevanz hat denn eigentlich der Haushaltsausschuss, wenn es auch um die Frage von inflationären Wirkungen und Folgen geht? Ist es mehr ein politisches Administrieren der Zahlen oder wird auch politisch innerhalb des Ausschusses gewichtet, visionäre Ideen mit eingebracht?

Die Tatsache, dass wir das letzte Wort über einen jährlichen Haushalt von weit über 400 Milliarden Euro haben, macht deutlich, dass natürlich die Haushaltspolitik des Bundes schon einen erheblichen Einfluss auch auf das Inflationsgeschehen hat. Das hat übrigens auch das Bundesverfassungsgericht einmal festgestellt und hat uns deshalb die Aufgabe gegeben, dass wir als ein unabhängiges Gremium, was über den Bundeshaushalt entscheidet, mit den anderen unabhängigen Gremien, die über die finanzielle Stabilität unserer Währung entscheiden, nämlich die Notenbanken, in einem regelmäßigen Gesprächsaustausch bleiben. Damit soll erreicht werden, dass wir wechselseitig unsere Ziele und auch die Risiken kennen, die mit unseren Entscheidungen verbunden sind.
In den letzten eineinhalb Jahren haben diese finanzpolitischen Gespräche mit dem Präsidenten der Bundesbank, Herrn Nagel, sehr viel an Tiefe und an Problematisierung gewonnen, weil wir natürlich in der Politik, im Zeitalter hoher Inflation, in unglaublichen Zielkonflikten sind. Wir haben politische Ziele, die jeder, glaube ich, unterschreiben würde. Ein Beispiel: in den Ballungszentren deutlich mehr Wohnraum schaffen. Wenn man in Zeiten explodierender Preise allerdings noch zusätzlich staatliche Förderung aufbringt, wirkt das Inflationstreiben, das muss alles sehr genau abgewogen werden und derer Beispiele gibt es zahlreiche.

Wenn Sie das so klar und politisch schildern, es gibt auch Beobachter, die sagen, im Haushaltsausschuss sind ganz trockene Politiker. Wie empfinden Sie persönlich den Wechsel aus dem wirklichen Zentrum der Entscheidung, also aus dem Kanzleramt, hin zum oppositionellen Parlamentarierdasein?

Also es ist natürlich ein fundamentaler Unterschied, ob man auf der Seite der Regierung arbeitet oder des Parlaments. Aber der Haushaltsausschuss ist schon ein großartiger Ort, auch im Parlamentarismus, auch im internationalen Vergleich. Weil es eben nicht so ist, dass wir nur den Haushalt der Regierung diskutieren oder als Ganzes annehmen oder ablehnen, wir haben über jede einzelne Zahlenposition das letzte Wort. Deshalb sind die Haushaltsberatungen im deutschen Bundestag auch sehr, sehr aufwendig und neben der Tatsache, dass wir entscheiden, wofür wie viel Geld konkret bewilligt wird, haben wir auch eine sehr aktive Rolle im Haushaltsvollzug, in der Haushaltskontrolle. Wir können Mittel jederzeit sperren und auch wieder freigeben. Das ist eine auch im internationalen Vergleich sehr herausgehobene Kontrollfunktion. Deshalb macht mir die Aufgabe auch große Freude und sie bekommt natürlich in Zeiten besonderers knapper Mittel auch wieder besondere Bedeutung.

Nach 16 Jahren Regierungszeit der CDU ist die Partei jetzt wieder Opposition. Sie haben sich ja auch um den Parteivorsitz beworben. Wie ist denn Ihre Idee der Zukunft der Union als Partei?

Ja, natürlich gehört der politische Wechsel ganz normal zur Demokratie dazu und 16 Jahre sind schon eine lange Regierungszeit. Als Christdemokraten sind wir natürlich davon überzeugt, dass wir die Vorstellung vom Land haben, die Deutschland guttut, und so ist es auch, wenn man jetzt in der Opposition sitzt und manches Regierungshandeln sieht, macht man sich schon große Sorgen. Angefangen von der Zögerlichkeit des Bundeskanzlers bei der Unterstützung der Ukraine.
Dann die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die Robert Habeck trifft rund um die Energieknappheit. Da haben wir schon das Selbstbewusstsein als Christdemokraten, dass bei uns wirtschaftlicher Sachverstand und auch außenpolitische Klarheit etwas sind, was wir bei der aktuellen Regierung vermissen, und deshalb arbeiten wir ganz engagiert daran, möglichst bald auch wieder Regierungsverantwortung zu bekommen. Die CDU ist eine Partei, die sich auch in schwierigen Zeiten nie davor drückt.

Wenn Sie das Thema des Kriegsgeschehens und der Folgen ansprechen: Diskutiert wird ja immer wieder eine zu starke Hinwendung zu Russland und die daraus folgende Abhängigkeit. Zu einem Teil waren Sie ja persönlich auch in der Regierungsverantwortung.

Die russische Energieabhängigkeit besteht ja eigentlich schon seit Jahrzehnten. Also auch in Zeiten des Kalten Krieges hat man kaum miteinander gesprochen, aber das Gas wurde geliefert und es wurde bezahlt. Insofern ist das eine historisch gewachsene Abhängigkeit gewesen. Natürlich haben wir 2019 entschieden, in einem Umfeld von Atomausstieg und Braunkohleausstieg und dem engagierten Wunsch, die Klimaziele schnell zu erreichen, Gas als Übergangstechnologie noch sogar verstärkt einzusetzen. Und das ist genau die Sorge, die ich mir heute mache. Das hat niemand leichtfertig getan, sondern vor dem Hintergrund, dass ja unser Ziel war, bis 2045 klimaneutral zu werden. Trotzdem sollen auch die energieintensiven Unternehmen in Deutschland gehalten werden können. Die Wirtschaft soll weiterhin Mittel haben, die Transformation auf CO_2-neutrale Technologien zu schaffen. LNG-Angebote aus Amerika gab es schon damals, aber da war uns klar, dass die im Verhältnis zu russischem Gas natürlich etwa dreimal so teuer sein werden.

Jetzt sind wir in einer Situation, wo russisches Gas nicht mehr zur Verfügung steht, und wir auch aus geopolitischen Gründen es nicht mehr haben wollen. Deshalb müssen wir jetzt unsere Wirtschaft darauf einstellen, dass sie mittelfristig mit deutlich höheren Energiepreisen auskommen muss. Das ist keine vorübergehende Energiekrise, sondern wie es der Expertenrat ja gesagt hat, auch das neue Normal liegt deutlich höher als das, was wir vor dieser Krise gekannt haben. Und da muss ich sagen, ist die Antwort der Regierung zum zukünftigen Preis und womit decken wir unsere Energien und was kosten die denn potenziell, noch sehr, sehr unscharf.
Das höre ich auch viel aus energieintensiven Unternehmen, die sich große Sorgen machen, und auch unsere Instrumente durch den Härtefallfonds und durch die Strom- und Gaspreisbremse die Energiepreise zu deckeln, das sind ja alles endliche Instrumente. Das beschäftigt mich sehr.

Wenn Sie jetzt die Perspektive selber gestalten würden, was wäre Ihre Empfehlung?

Ich glaube, dass, im Unterschied zu dem, was Robert Habeck als Ziel definiert hat, unser Strombedarf in den nächsten Jahren deutlich steigen wird und wir deshalb aus meiner Sicht allen Strom, den wir erneuerbar produzieren, auch als Strom für primären Bedarf brauchen werden.

Das heißt, umgekehrt werden wir eine weitere grundlastfähige Energiegrundlage brauchen. Das ist, nach meiner Überzeugung, im wesentlichen Wasserstoff und alles, was sich davon ableitet, also auch zum Beispiel E-Fuels.
Dann werden wir auch in Zukunft massiv vom Import solcher regenerativen Energieträger abhängen. Deshalb sind geostrategisch neue, breit aufgestellte Partnerschaften, die uns diese Energielieferung möglich machen und die die deutsche Wirtschaft auch an der Wertschöpfung beteiligen, dringend geboten. Das ist eine riesige Aufgabe und dahin haben wir in der alten Bundesregierung mit der Wasserstoffstrategie und einem großen Prozess mit Wirtschaft und Wissenschaft eigentlich den richtigen Weg gebahnt. Aber die Dringlichkeit ist natürlich durch die geopolitischen Entwicklungen massiv gestiegen. Da würde ich mir wünschen, dass von der aktuellen Regierung nicht gebremst wird, was in der Wasserstoffstrategie unserer Regierungszeit angelegt wurde. Unter dem Aspekt sollte jetzt richtig Gas gegeben werden, damit wir sehr, sehr viel schneller, als bisher erhofft, in diese Wasserstoffwirtschaft hinein kommen.

Gehen wir doch mal von der weltweiten Betrachtung ein bisschen in die Parteipolitik. Sie sind aus Hessen. Was passiert in Hessen bei der Landtagswahl? Wer macht es?

Also Boris Rhein ist ein sehr guter Ministerpräsident in Hessen, der auch geräuschlos diese Regierung aus CDU und Grünen führt. Ich glaube, deshalb hat er auch die allerbesten Chancen, im Oktober weiterhin Ministerpräsident zu bleiben, und aus meiner Sicht wäre das für Deutschland auch schon deshalb gut, weil diese besondere Balance, die wir in Deutschland haben, dass über den Bundesrat Möglichkeiten bestehen, auch einmal eine Korrektur zur Bundesregierung zu zeigen. So wie beim Bürgergeld zum Beispiel, das durch die Einflussmöglichkeiten der Union in wesentlichen Bereichen verbessert worden ist. Das setzt voraus, dass der Bundesrat auch in Zukunft ausgewogene Mehrheiten hat und das setzt voraus, dass Hessen weiter CDU-regiert ist.

Wir müssen sagen, was wir denken, müssen tun, was wir sagen, und müssen sein, was wir tun.

Alfred Herrhausen

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

HPS Hanseatic Power Solutions
www.hps-power.com/de/

SONOTRONIC ULTRASONICS TECHNOLOGY
www.sonotronic.com

ROWE
www.rowe-mineraloel.com

SAXOPRINT
www.saxoprint.de

VAUTH SAGEL HOLDING
www.vauth-sagel.de

PPS part of the family HABAU GROUP
www.pipelinesystems.com

KENDRION
WE MAGNETISE THE WORLD
www.kendrion.com

CHAMPIGNON-HOFMEISTER UNTERNEHMENSGRUPPE
www.champignon.de

BLACK FOREST MEDICAL GROUP
www.blackforestmedical.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Foto: Svea Pietschmann

Grundsatzprogramm als Neuanfang

Mario Czaja, Generalsekretär der Union

Die CDU ist im Aufbruch und bei der Suche nach einer Zukunft. Ist das Grundsatzprogramm, was ja gerade auch in einer breiten Aktion diskutiert und aufgestellt wird, als Motivationsschub nach den 16 Jahren der Regierungszeit zu sehen?

Klar! Das ist auch die Möglichkeit, dass die Parteibasis wieder über sich selbst sprechen kann, eine Selbstvergewisserung zu haben. Das war der erste Parteitag, den wir hatten, er stand im Mittelpunkt unserer Grundwerte-Charta: das, was man im Unternehmen Unternehmensphilosophie oder Unternehmensleitlinie oder Compliance nennt. Was sind unsere Werte, was ist unser Menschenbild? Wie wollen wir miteinander umgehen? Wer gehört zu uns? An welchen Stellen grenzen wir uns ab? Und dieser Grundsatzprogrammprozess ermöglicht der Partei, auch über Inhalte und die inhaltliche Weiterentwicklung zu sprechen. Und das war ja sehr wichtig. Denn eigentlich ist dieser Grundsatzprogrammprozess ja unter AKK (Anm. d. Red.: A. Kramp-Karrenbauer) entstanden, als „Zuhörtour", dass die Partei sich wieder einbringen kann in diesen Prozess: nach Angela Merkel über die eigenen Werte und über die Herausforderungen der nächsten zehn bis 15 Jahre zu sprechen.

Nun sind wir leider in der Opposition. Einen klitzekleinen Vorteil hat das am Ende des Tages doch. Bei einem Grundsatzprogramm können wir erstmalig wieder seit 1978, wo das erste Grundsatzprogramm, damals von Hans Kurt Biedenkopf federführend bearbeitet, entstand, hundert Prozent CDU-Position definieren. Denn in der Regierung hat ein Grundsatzprogramm immer zwei Risiken. Das erste: Es wird immer am Koalitionsvertrag gemessen, soll aber einen längerfristigen Weg beschreiben. Das ist jetzt nicht der Fall. Und das zweite: Sie müssen immer auf den Koalitionspartner achten. Bei Debatten, die angestoßen werden, könnte in einer Koalition gesagt werden, das haben wir doch aber so nicht vereinbart, was soll denn das jetzt?

Thematisch ist für uns wichtig, unsere Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union zu definieren

Wir sind positiv überrascht worden, wie intensiv die Parteibasis dazu bereit ist, auch Sehnsucht nach Inhalt hat, Sehnsucht hat nach Programmatik.
Und für die Öffnung der Union ist es ebenso wichtig. Denn wir stehen im Grunde vor einer ähnlichen Situation wie 1978, wo aus einer Honoratiorenpartei eine Mitgliederpartei wurde. Und heute muss aus dieser Mitgliederpartei eine noch breitere Deutschlandpartei werden. Wir müssen die Mitte noch weiter aufmachen, wir müssen sie noch breiter machen. Weil viele Menschen, die in der Mitte zu Hause sind, sich emotional oder auch thematisch von uns nicht mehr angesprochen fühlten. Beides gab es, diese Menschen wollen wir mit der Programmarbeit erreichen. Und deswegen ist dieser Grundsatzprogrammprozess auch eine Einladung an die Mitglieder. Aber nicht nur, sondern an all jene, die unseren Grundwerten folgen und mit uns über die weitere Entwicklung unseres Landes, der Rolle Deutschlands innerhalb Europas, aber auch der Rolle der freien Welt innerhalb der Welt sprechen wollen.

Was sind in dem Zusammenhang für Sie die drei wichtigsten Kernpunkte, Ziele, Aussagen oder Kriterien, wenn man über die Grundsätze der CDU nachdenkt?

In unseren Grundsatzwerten war es wichtig, dass wir das C und die christlichen Werte noch einmal definieren. Wir sind keine katholische oder evangelische Partei, sondern wir sind eine von christlichen Werten geprägte Partei. Muslime und Juden haben bei uns genauso eine Heimat wie Menschen ohne Konfession, die aber diese Werte teilen.
Das Zweite ist, dass wir auf drei Wurzeln stehen, der sozialen, der liberalen und der konservativen Wurzel, und dass diese Wurzeln auch bei uns ein Zuhause haben. Dass wir das Wort Volkspartei als große gesellschaftliche Chance verstehen, unterschiedliche Interessen innerhalb einer Partei zu bündeln und Antworten auf die Fragen der Zeit innerhalb unserer Partei zu entwickeln, und nicht ein Parlament von Partikularinteressen zu haben.
Und das Dritte, dass wir eine bürgerliche Partei sind, und „bürgerlich" für uns definiert haben: Was bedeutet bürgerlich im besten Sinne des Wortes? Diesen Begriff werden wir nicht den politischen Rändern überlassen, die versuchen, den Begriff des Bürgerlichen zu vereinnahmen und ihn aus der Mitte an den rechtsradikalen Rand zu ziehen. Das sind die drei Dinge, die uns hinsichtlich unserer Werte wichtig sind.
Thematisch ist für uns wichtig, erstens, unsere Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union zu definieren. Auch hatte unsere Mitgliederbefragung gezeigt: Wir definieren einen Führungsauftrag, innerhalb der Europäischen Union Verantwortung zu übernehmen – natürlich in einer transatlantischen Partnerschaft. Allerdings im Wissen darum, dass wir innerhalb Europas klarer unsere eigenen Werte zu vertreten haben. Deutschland hat da geopolitisch, geostrategisch eine Verantwortung.
Zweitens, unsere Wirtschaft lebt davon, dass wir innovativ und technologieoffen sind. Die Fragen wie den Klimawandel und Energiezukunft können nicht mit Verboten gelöst werden. Wir müssen mit Offenheit und dem Glauben daran und dem Wissen darum herangehen, dass das Erfindertum, der

Tüftlergeist in unserem Land vorhanden sind, um auch diese Herausforderungen zu lösen. Wir werden nicht den Klimawandel der Welt lösen, wenn wir ihn nur in Deutschland lösen. Sondern wir lösen ihn dann, wenn aus Deutschland auch die Technologien und Produkte entwickelt werden, mit denen wir auf der Welt dieses Thema nach vorn bringen. Und das ist eine andere Sicht, als wir sie jetzt in der Regierung erleben.

Und das ist auch das, was uns wesentlich von den Grünen in dieser Frage unterscheidet. Wir wollen unseren Wohlstand erhalten. Klarstellen werden wir, dass wir uns an dieser Stelle Gedanken darüber machen: Wie wird der Wohlstand gerecht verteilt? Aber eben in der Folge, zunächst erwirtschaften und dann verteilen. Bei diesen Gerechtigkeitsfragen gibt es einige Punkte, die zu lösen sind. Unser Gesundheits- und Pflegeversicherungssystem muss auf stabile Füße gestellt werden, wenn die Babyboomer in die Pflege gehen. Jetzt gehen sie erstmal in Rente, aber in 15 bis 20 Jahren gehen sie statistisch auch in die Pflege. Was heißt das für unsere sozialen Sicherungssysteme? Wie sieht Vermögensverteilung in unserem Land aus? Die unteren fünfzig Prozent der Einkommen, und das sind sehr viele Menschen, haben kaum noch eine Chance, Eigentum zu bilden. Aber Eigentum ist die beste Altersvorsorge und auch die beste Möglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren.

Und da bin ich bei Punkt C, also Gerechtigkeit und Solidarität in unserem Land zu haben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen. Denn der gesellschaftliche Zusammenhalt ist an vielen Stellen in Gefahr. Wir haben zu viele Partikularinteressen und wir müssen die Dinge miteinander stärken, die das verbindende Band in unserer Gesellschaft sind. Dazu gehört natürlich auch eine Antwort auf das Thema Migration. Und die breite Vielfalt von Kulturen, man darf auch Diversität sagen. Diese Vielfalt hat die Union immer ausgezeichnet. Das ist unser Gründungsgeist gewesen, als wir uns nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten, war es ja nahezu revolutionär, nord- und süddeutsche Katholiken und Protestanten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einer Partei zu haben. Und diesen Geist heute in die neue Zeit zu bringen, das sind die drei inhaltlichen Themen, die mich, die uns beim Grundsatzprogramm bewegen.

Da knüpfe ich auch gern an. Sie haben Themen angesprochen, die gesellschaftlich aktuell sind und viel Transformation bedeuten. Gesellschaft, Wirtschaft, digitale Transformation, all das sind Themen, mit denen wir uns alle auseinandersetzen müssen. Was glauben Sie, gibt es auch eine Transformation im politischen System?

Ja, ich denke schon. Politik hat zunehmend die Aufgabe, gesellschaftliche Veränderungen, die ja mit einer immer größeren Geschwindigkeit einhergehen, auch zu erläutern und zu erklären. Und nicht nur die Gegensätze herauszustellen, sondern auch die Gemeinsamkeiten.
Ich sehe das auch als Verantwortung für unsere Generation der Politik, nicht in die alten Muster von Angriff und Lagerbildung zu fallen. Dafür sind die Herausforderungen und Probleme zu differenziert, als dass Schwarzweißbilder funktionieren. Und Schwarzweiß führt am Ende zu Rändern. Aber wir müssen die Mitte stärken. Und die Mitte stärkt man, indem man klar Unterschiede zum Ausdruck bringt. Aber gleichwohl auch sagt, wo man Gemeinsamkeiten hat.
Und die zweite Transformation ist natürlich die Geschwindigkeit und die Art, wie Informationen zuteilwerden. Wenn früher ein Kanzler eine Pressemitteilung rausgab oder eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag gehalten hat, dann konnte er im Grunde drei Tage danach erstmal aufhören zu kommunizieren, weil, dann wurde die Information über die Zeitung und den Hörfunk und das Fernsehen in das Land getragen. Und dann haben am Sonntag im Presseclub, zumeist Männer und zumeist rauchend, diese Dinge aus der Parlamentsdebatte nochmal erläutert und man hatte seine Einordnung. Heute ist Information wahnsinnig schnell.

Wir sind DIE starke Kommunalpartei

Wir haben immer mehr das Risiko von ausschnittartigen Informationen, von Fake News, von der Möglichkeit, auch mit KI, mit künstlicher Intelligenz, Dinge zu verfälschen und anders darzustellen. Und das ist natürlich gefährlich.
Deswegen sehe ich auch die erste Aufgabe, Politik als Erklärung von gesellschaftlicher Veränderung zu sehen. Und dann auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede gleichermaßen zu nennen, als eine neue Art von Politik, die wir benötigen, um auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu halten. Dann die Geschwindigkeit von Informationen. Und das dritte ist eben die Interaktion mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren. Also dieses immer wieder spiegeln, was wir in der Industrie und in der Wirtschaft ja auch kennen, dass heute Chemieunternehmen, Pharmazieunternehmen unmittelbar im Krankenhaus an Krankheiten mitforschen und interdisziplinäre Teams bilden. Dass sich jemand, der sich mit Produkten beschäftigt, sowohl in der Frage der Produktion als auch mit der Frage des Vertriebs Gedanken machen muss und gleich beide Dinge mitdenkt; also diese interdisziplinären Teams und dieses Denken über die eigene Spezialisierung hinaus.
Spezialisierung haben wir in der Politik ja ehrlicherweise immer stärker. Wir haben Experten in einem ganz bestimmten Bereich. Aber dadurch entsteht natürlich auch sehr viel mehr Silowissen. Und dieses Silowissen muss man dann wieder aufbrechen, indem diese interdisziplinären Teams zusammenkommen. Darin sehe ich auch eine neue Form von Politik, dass man diese alten Schranken aufbricht und anders miteinander zusammenarbeitet. Und da ist natürlich wichtig, dass man achtgibt, dass dann nicht nur Lobbyismus für Einzelinteressen besteht. Das ist das große Risiko. Weil man dann wieder große Teile der Gesellschaft ausschließt. Ich finde, das sieht man jetzt praktisch an ein paar Themen: die Diskussion um die reine Orientierung auf Elektromobilität oder die reine Orientierung auf Wärmepumpen. Da kommt man dann schnell in die Gefahr, dass man, obwohl man vielleicht was Gutes will, zu früh Lobbyismus nur für eine bestimmte Branche tätigt und dann nicht mehr die Technologie offen hat.

Wir haben wirklich eine turbulente Zeit. Geostrategisch wissen wir nicht, wo es hingeht. Wir haben eine Krisenperiode in verschiedenen Bereichen, die länger andauert. Und wir sind letztendlich im Unfrieden. Ist es nicht eigentlich ganz gut, jetzt gerade nicht in der Regierung zu sein?

Die CDU hat in ihrer DNA, Verantwortung zu übernehmen. Und wir haben von siebzig Jahren fünfzig Jahre in Deutschland Regierungsverantwortung gehabt und den Kanzler gestellt. Insofern, wir wollen lieber gestalten und regieren, als in der Opposition zu sein. Und ehrlicherweise, wir tun das ja auch. Wir sind DIE starke Kommunalpartei. Da wo Politik am ehesten spürbar ist, in der Kommunalpolitik, bei Bürgermeistern, Landräten, sind wir die Partei, die in Deutschland die größte Verantwortung in der Fläche hat. Und da wird Politik schnell greifbarer und Glaubwürdigkeit von Politik auch am ehesten greifbar. Wir sind in vielen Bundesländern in Verantwortung. Sechzig Millionen Deutsche haben eine CDU-Landesregierung. Wir stellen Ministerpräsidenten in den meisten dieser Bundesländer. In einigen sind wir Juniorpartner. Das wird jetzt um 3,9 Millionen hier in Berlin erhöht. Die Greifbarkeit von Politik ist für viele am Ende doch vor der Haustür bei vielen kleinen Dingen. Die Verantwortung in den Bundesländern ist auch wichtig.

Unsere derzeitige Oppositionsrolle verstehen wir als konstruktive Gestaltungsopposition

Im Bund sind wir derzeit in der Opposition. Und diese Oppositionsrolle verstehen wir als konstruktive Gestaltungsopposition. Das ist nicht so ein dahergesagtes Wort, sondern ist sichtbar und spürbar gewesen an zwei, drei Punkten. Ich will zwei benennen.
Die Verantwortung, die wir auch aus unserer Amtszeit, als wir Regierungsverantwortung hatten, die wir mit gespürt haben, ist, dass der Zustand der Bundeswehr auch natürlich eine Verantwortung ist, die wir selbst hatten. Und wir hätten einiges besser machen können. Gleichwohl, es war mit den damaligen Koalitionspartnern so einfach nicht möglich. Ich erinnere mich noch gut an Plakate, die CDU möchte Waffen und wir wollen Schulen, war die Botschaft der SPD. Aber nichtsdestotrotz, diesen Zeitenwandel so mitzugestalten, dass wir uns auch verteidigungsfähig machen, unserer Verantwortung in der Europäischen Union gerecht werden können, war wichtig: Wir stimmen der Unterstützung der Bundeswehr zu. Wir stimmen der Grundgesetzänderung zu.
Zweites Thema: die Debatte um das Bürgergeld, was eigentlich in seiner Annahme, so wie die Ampel das wollte, ein bedingungsloses Grundeinkommen war. Wir haben „Fördern und Fordern“ vom ersten Tag wieder in dieses Konzept gebracht. Wir haben es deutlich verbessert und haben daraus etwas Vernünftiges gemacht und haben das über unsere Bundesratsmehrheit, die wir an der Stelle hatten und haben, und über unsere Gestaltungsmöglichkeit besser gemacht. Und deswegen, wir sind in der Kommune, wir sind in den Ländern in Verantwortung und wir sehen uns hier als konstruktive Gestaltungsopposition und nicht als Gegner der Regierung.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 14(2) Grundgesetz

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

KYOCERA Document Solutions
www.kyoceradocumentsolutions.de

BHS
www.bhs-world.com

CISION
www.cision.com

BOWA EINFACH SICHER
www.bowa.de

vollack
www.vollack.de

IVA SCHMETZ
www.iva-schmetz.de

RUCH NOVA PLAST
IDEEN FORM GEBEN
www.ruch.de

TE connectivity
www.te.com

Electrolux
www.electrolux.de

dichtl Chocolatier
www.dichtl.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Augen zu und durch – the show must go on

Das Internationale Olympische Komitee will die Tür für russische Sportler öffnen

Von Uly Köhler

Frank Ulrich

Foto: © Tobias Schult

Es herrscht Aufregung in der internationalen Sportwelt. Das IOC empfiehlt den Sportverbänden, nach möglichen Wegen für eine Rückkehr von Athletinnen und Athleten aus Russland und Belarus auf die internationalen Sportbühnen zu suchen – trotz Dopingskandalen und Kriegshandlungen. Das Ergebnis: Unverständnis und Verärgerung.
Die Ukraine droht für den Fall einer Zulassung russischer und belarussischer Sportler bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris mit einem Boykott. Über diesen Beschluss seien das Internationale Olympische Komitee (IOC) sowie die Dachverbände des internationalen Sports informiert worden, teilte das ukrainische Sportministerium mit. Die Meinungen dazu sind nahezu einhellig. Uly Köhler suchte nach Antworten in der Politik, in Verbänden und bei deutschen Spitzensportlern.

Präsidium der Deutschen Olympischen Gesellschaft

„Olympische Spiele haben den Aufbau einer friedlichen und gerechten Welt im Geist der Freundschaft, Solidarität und im Sinne des Fair Play zum Ziel, so die Charta der Olympischen Bewegung. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine stellt diese Grundlagen ohne jeden Zweifel in Frage. In diesem Sinne werfen die Olympischen Spiele Paris 2024 einen langen Schatten voraus. So fordert die Ukraine vom IOC, Russland und russische Athletinnen und Athleten von den Spielen auszuschließen, selbst wenn sie unter neutralem Deckmantel ohne Fahne und Hymne teilnehmen sollten.

Das ist ein Schlag ins Gesicht der ukrainischen Sportlerinnen und Sportler

Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Russische Sportlerinnen und Sportler sind Teil von Putins Regime, von ihm abhängig und können sich nicht frei und selbstbestimmt äußern, wie sie zu diesem Krieg stehen, wenn sie in Russland sportlich überleben wollten. Sie sind gewollt oder ungewollt Propagandisten für Putins Regime!
Unter Missachtung der Menschenrechte führt Russland einen schmutzigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Mit der Zerstörung aller Lebensgrundlagen, Bombardierung von Krankenhäusern, Schulen, Wohnvierteln, der Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktur wie Wasser Energie u.a. Kaum vorstellbar, wie das mit dem Kontext der olympischen Idee, den olympischen Werten übereinstimmen kann.
Mit einer Teilnahme Russlands, unter welchem Deckmantel auch immer, an den Spielen von Paris 2024 würden diese ad absurdum geführt und konterkariert werden.
Auf der Zielgeraden seiner Präsidentschaft möchte Dr. Thomas Bach diesen Kompromiss retten, um den olympischen Weltsport, wenn auch beschädigt, zu erhalten, um für sich selbst einen würdigen Abschied vom Amt zu haben. Er könnte zum Abschluss seiner Präsidentschaft ein großes Zeichen an die Welt richten und die Kraft des Weltsports nutzen, um auf Russland, zu dessen Präsidenten er einen guten Draht hat, einzuwirken. Das erfordert Mut, würde ihm aber einen würdigen Abschied aus dem Amt und einen Eintrag in die Geschichtsbücher sichern."

Frank Ullrich – MdB-Vorsitzender des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

„Die Empfehlung des IOC, russische und belarussische Athleten unter neutraler Flagge in die internationale Sportwelt wieder einzugliedern, ist verfrüht und ein falsches Signal. Das IOC hätte die Russland-Frage im Sinne der ukrainischen Sportler beantworten müssen. Angesichts der Entwicklung des russischen Angriffskrieges besteht aus meiner Sicht derzeit für das IOC keine Notwendigkeit, seine Empfehlung vom 28. Februar 2022 zurückzunehmen. Dem Krieg sind bislang mehr als 220 ukrainische Sportler zum Opfer gefallen. Über 50 beschädigte Sportstätten lassen keine Wettkampfvorbereitung zu.
Die Wiederzulassung russischer und belarussischer Athleten vom Diskriminierungsverbot abzuleiten, ist aus meiner Sicht zu kurz gegriffen. Mein Herz schlägt für den Sport, aber nicht unter der Prämisse, wenn Sportler für kriegspropagandistische Zwecke instrumentalisiert und missbraucht werden. Im Hinblick auf die Wiederzulassungskriterien erwarte ich vom IOC eine strikte und transparente Einhaltung. Ich persönlich bin gegen einen Boykott Deutschlands. Wir haben mit Moskau und Los Angeles erlebt, dass diese Boykotte nichts gebracht haben und jeweils nur auf dem Rücken der Sportler ausgetragen wurden, wo viele heute noch darunter leiden."
(Das Parlament, 03.04.2023)

Das wird ein Chaos. Ich weiß gar nicht, wie das funktionieren soll

Lea Krüger von der Athletenvereinigung Athleten Deutschland

Claudia Pechstein – (9 olympische Medaillen, 42 WM-Medaillen, 11 Europaerfolge im Eisschnelllauf)

„Ich habe über die Jahre zahlreiche Freundschaften zu Eisschnellläufern, Trainern und Betreuern der Teams aus Russland und Belarus geschlossen. Mir persönlich tut es in der Seele weh, dass sie derzeit nicht starten dürfen, aus Gründen, die sie nicht zu verantworten haben. Allerdings muss das IOC natürlich das Große und Ganze im Blick haben. Und da ist es offensichtlich, dass diese Entscheidung nicht zu Ende gedacht ist. Wie stellt sich der deutsche IOC-Präsident Dr. Thomas Bach z.B. ein Duell von russischen und ukrainischen Sportlern im Boxring oder auf der Ringermatte vor? Solche Kämpfe sind in meinen Augen in Kriegszeiten völlig undenkbar."

Dr. Christan Tröger – (ehem. Welt- und Europameister, 3 olympische Medaillen uvm. im Schwimmsport)

„Für mich persönlich ist die Entscheidung falsch, das ausgesendete Signal fatal! Denn wer die olympischen Werte mit Füßen tritt, Leid und Trauer durch Terror und Krieg über die Weltgemeinschaft bringt, gehört sanktioniert. Gleichwohl muss jeder Verstoß – unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Religion etc. – gleichbehandelt werden. Durch Transparenz und die Definition klarer (roter) Linien ist der Willkür Einhalt zu bieten. Juristische Spitzfindigkeiten, ob ein Sportler beispielsweise als Individuum, Repräsentant eines Landes oder gar Systems zu betrachten ist, dürfen keine Rolle spielen. Die Vorsitzenden des Weltsports – und hier ist nicht nur das IOC gemeint – halten jedoch nur auf den ersten Blick die Zügel fest im Griff. Vielmehr sind sie nämlich oft meilenweit davon entfernt, neutral urteilen zu können. Hierfür gibt es schlichtweg zu viele politische, wirtschaftliche und persönliche Abhängigkeiten. Abhängigkeiten, welche es nahezu unmöglich machen, Vergehen mit der angezeigten Schärfe und Souveränität zu verfolgen. Wenn Ängste um die eigene Karriere und den Fortbestand der repräsentierten Organisation die Sinne vernebeln, dann steht der Mythos des (olympischen) Sports vor dem Kollaps.

Absolut – zumindest im öffentlichen Raum. Das liegt daran, dass durchaus nicht jeder Athlet dieselben Zugänge zu unabhängigen Quellen besitzt. Noch perfider sind zweifelsohne jegliche Versuche, Athleten zu instrumentalisieren, beispielsweise durch gezielte Desinformationskampagnen. Jenseits der Öffentlichkeit wird diesem bösen Spiel jedoch zum Glück weitgehend der Nährboden entzogen. Bis auf wenige Ausreißer dürften sich Athleten auch weiterhin weitgehend fair, friedlich und auf Augenhöhe begegnen. So, wie es die olympischen Werte eigentlich vorsehen."

Fotos: Claudia Pechstein © Claudia Pechstein, Christian Tröger © privat, Oliver Zeidler ©ruderverband.de, Mona Küppers ©segel-bilder.de, Bernd Berkhahn ©dpa-Martin Schut.

Wir fordern das Internationale Olympische Komitee (IOC) und das Internationale Paralympische Komitee (IPC) sowie die internationalen Sportfachverbände auf, am Ausschluss russischer und belarussischer Athletinnen und Athleten uneingeschränkt festzuhalten

Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Sportausschusses von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Oliver Zeidler – amtierender Weltmeister, ehem. Europameister, deutscher Meister im Rudern (Einer)

„Man kann das Politische vom Sportlichen nicht trennen und diesen Angriffskrieg in Russland verurteile ich aufs Schärfste. Ich kann die Haltung des IOC nicht verstehen. Rückblickend war das IOC ja irgendwie immer schon sehr prorussisch. Das konnte man beim Staat-Doping-Skandal sehr gut sehen.
Russland hat in den letzten Jahren gezeigt, dass es sich nicht an Regeln hält – weder an geographische noch an sportliche. Ich bin dagegen, dass russische Sportler zu dieser Zeit in den Weltsport zurückkehren, und ich habe vor allem Angst, wenn die russischen Athleten zu den Olympischen Spielen zugelassen werden, dass es zu einem Boykott der Ukraine kommt.
Hier würde sich vermutlich Deutschland anschließen und wir Athleten hätten jahrelang trainiert und uns gequält und könnten an den Olympischen Spielen nicht teilnehmen. Ich frage mich auch, wie das ablaufen soll, wenn einzelne zugelassene russische Sportler auf andere Athleten treffen. Vor allem, wenn russische Sportler auf ukrainische Sportler treffen würden, da kann man den Kriegsgedanken einfach nicht ausblenden. Da habe ich tatsächlich Angst vor."

Mona Küppers – Präsidentin des Deutschen Segler-Verbands

„Unsere Solidarität gilt weiterhin uneingeschränkt der Ukraine und insbesondere allen ukrainischen Seglerinnen und Seglern. Aus unserer Sicht hat sich an der politischen Lage in den letzten Monaten nichts geändert, sondern Russland setzt seinen Angriffskrieg in unverminderter Stärke fort. Ganz abgesehen davon erschließt sich uns nicht, wie die Auflagen des IOC konkret umgesetzt und kontrolliert werden sollen und welche Konsequenzen bei Regelverstößen eintreten."

Bernd Berkhahn – Bundestrainer Deutscher Schwimm-Verband

„Ich hoffe, dass sie die Stimmen der Athleten hören. Die Athleten sind dagegen, die Russen und Belarussen wieder zuzulassen. Wir beobachten das sehr stark, zumal von den Ukrainern auch die Meldung kam, dass sie an keiner Veranstaltung teilnehmen, wo Russen und Belarussen am Start sind. Diese sehr konsequente Äußerung bedeutet klar: Mit der Zulassung von Russen werden die Ukrainer nicht dabei sein. Das wird, denke ich, den Sport ordentlich durchrütteln."

Der German SDG Award geht in die nächste Runde

2023 wird der Preis rund um die globalen Nachhaltigkeitsziele ausgeschrieben

Von Svenja Reimer

Svenja Reimer

Erstmals im Jahr 2022 wurde der German SDG Award verliehen. Initiiert durch den Senat der Wirtschaft Deutschland in Zusammenarbeit mit Holtmann + hat sich dieser neue Preis zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele der UN bewährt: Mehr als 100 Bewerbungen wurden im Jahr der Premiere des Awards eingereicht.

Bemerkenswert, auf der offiziellen Bühne des UN-Klimasekretariats im Zuge der Weltklimakonferenz, wurden die Nominierten durch den vormaligen Bundesminister und heutigen UNIDO-Generaldirektor, Dr. Gerd Müller, unter Anwesenheit u.a. von Patricia Espinosa bekanntgegeben. Die Preisträger wurden dann im Dezember 2022 in München feierlich ausgezeichnet.

Der German SDG Award soll dazu beitragen, so der Senat der Wirtschaft, das bedeutsame Engagement von Vorbildern zu würdigen, das Bewusstsein für die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) zu schärfen und zur gesamtgesellschaftlichen Verankerung der Nachhaltigkeitsziele beizutragen. Diese konkrete Fokussierung auf die UN-Agenda 2030 und deren praktische Umsetzung unterscheidet dann auch von anderen Preisen rund um die Nachhaltigkeit.

Anknüpfend an den Erfolg geht der German SDG Award 2023 in die nächste Runde. In diesem Jahr wird der Fokus auch verstärkt auf internationale Projekte und Initiativen gelegt: In enger Partnerschaft zwischen dem Senat der Wirtschaft und der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) wird der SDG Award 2023 auch mit globaler Ausrichtung positioniert. Bereits im Jahr 2022 wirkte Dr. Gerd Müller in der Fachjury mit.

Der German SDG Award ehrt Pioniere, die einen vorbildlichen Teil zur Erfüllung des Zielsystems der SDGs leisten und macht ihre vorbildhaften, wirksamen Projekte und Aktivitäten einem breiteren Publikum bekannt. Mit dem German SDG Award werden gezielt Leuchtturmprojekte ausgezeichnet, die die Sustainable Development Goals zum Kern ihres Handelns machen und sich in herausragender Weise für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Von Relevanz ist hierbei eine ganzheitliche Perspektive auf die SDGs als Zielsystem: Nachhaltige Entwicklung meint dabei die gleichzeitige Verwirklichung und Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutz sowie (nachholender) wirtschaftlicher Entwicklung als parallele Kernanliegen, die sich in den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 widerspiegeln.

Ausgezeichnet werden können Unternehmen, Bildungsträger, Organisationen, Initiativen, Projekte sowie Städte, Landkreise und Kommunen. Bewerbungen für den German SDG Award 2023 können in drei Kategorien eingereicht werden: „Unternehmen", „Jugend und Bildung" sowie „Städte, Gemeinden und Landkreise".

Erstmals wird die UNIDO darüber hinaus Bewerber mit dem UNIDO Innovation Award ehren. Das unterstreicht zusätzlich die Substanz dieses SDG Awards, die Partnerschaft mit der UN-Organisation kann zur weiteren Bedeutung auch für die Teilnehmenden beitragen.

Bewerben können sich Unternehmen sowie Städte in den Kategorien „Companies" und „Cities". Mit dem UNIDO Innovation Award werden Akteure ausgezeichnet, die eine globale internationale Wirkung und Strahlkraft entfalten. Insbesondere Unternehmen werden aufgerufen, sich zu bewerben, die einen maßgeblichen und innovativen Beitrag zu einer nachhaltigen industriellen Entwicklung leisten sowie eine nachhaltige Produktion, nachhaltigen Konsum und damit nachhaltige Wertschöpfungs- und Lieferketten zum Kern ihres Handels machen.

Insbesondere die Internationalisierung des Awards auf Grundlage der Partnerschaft zwischen der UNIDO und dem Senat der Wirtschaft trägt den globalen Nachhaltigkeitszielen Rechnung: Vor dem Hintergrund der „Decade of Action" ist das globale Zusammenwirken von Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Forschung entscheidend, um Fortschritte im Bereich der Agenda 2030 zu erzielen. SDG 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele" ist hierbei von Relevanz.

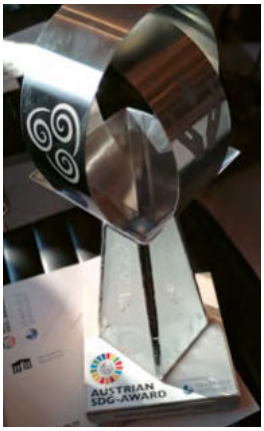
Mit dem German SDG Award und dem UNIDO Innovation Award rückt der Senat der Wirtschaft die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele als gesamtheitliches und ganzheitliches Zielsystem in den Fokus. Insbesondere die gemeinsam mit der hochkarätigen Fachjury unter dem Vorsitz des früheren Bonner Oberbürgermeisters Ashok Sridharan, entwickelten Bewertungskriterien zielen auf eine solche Betrachtung der Nachhaltigkeitsziele ab: Wirkung und Wirksamkeit, Messbarkeit, Fortschritt der Umsetzungsstufe, Übertragbarkeit, Multiplizierbarkeit und Reichweite sind hierbei exemplarisch zu nennen. Zukunftsgewandtheit, Innovationspotenzial, Authentizität sowie evidenzbasierte, wirkungsorientierte und wissenschaftliche Substanz sind die maßgeblichen Werte des SDG Awards.

Von Bedeutung ist auch der Zeitpunkt: Die Halbzeit auf dem Weg bis 2030 zeigt den Handlungsbedarf bei der Umsetzung der SDGs. Die Vereinten Nationen haben das jetzige Jahrzehnt zur „Dekade des Handelns" mit der zentralen Zielsetzung ausgerufen, die Realisierung der SDGs voranzubringen. Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Klimaschutz einerseits und nachholender Entwicklung andererseits kennzeichnen nach wie vor die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele.

Die Bewerbungsphase für den German SDG Award und den UNIDO Innovation Award beginnt im Sommer 2023. Weitere Informationen zur Auslobung und Bewerbung finden Sie unter www.senat-deutschland.de.

SDG-Award – ein Weg zu einem positiven Weltbild

Von Gabriele Stowasser



Der Senat der Wirtschaft ist als Bewegung und parteiunabhängige Unternehmensorganisation auch in Österreich eine treibende Kraft zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft und einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft.
Konkretes und praxisorientiertes Know-how bilden u.a. die Basis dieses Netzwerks für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie für politische Entscheidungsträger.

In diesem Sinne und angeregt von unserem im Jahre 2015 etablierten Ethik-Beirat – heute unter dem neuen Namen „Allianz für Ethik in der Wirtschaft" (AEW) bekannt – vergibt der Senat der Wirtschaft Österreich bereits seit 2017 den AUSTRIAN SDG-AWARD, einen Anerkennungspreis, der sich von anderen dadurch unterscheidet, dass er neben der Kategorie Unternehmen auch weitere drei Kategorien bewertet, nämlich Gemeinden/Gemeindeverbände, Jugend/Bildung sowie Medien/Journalisten.
Ein renommiertes Qualitätszertifizierungsunternehmen und eine unabhängige Jury innerhalb der AEW prüfen die Einreichungen und stehen auch für Verbesserungsvorschläge zur Verfügung. Seit 2019 steht der Award unter dem Ehrenschutz des österreichischen Parlaments, wo auch die Siegerehrungen stattfinden.
Wir verfolgen mit dieser Auszeichnung nicht nur das Ziel, Stakeholder zu ermutigen, ihr Handeln nach den Prinzipien der SDGs auszurichten und in ihre Geschäftspolitik und Prozesse umfassend zu integrieren, sondern auch, Pioniere der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele einem breiten Publikum bekannt zu machen.

Denn gerade hier wäre noch viel Luft nach oben: Flüchtlingskrise, Coronakrise und Ukrainekrieg zeigen uns, wie wichtig der Geist dieser SDGs für die Gesellschaft ist. Und die Erfahrung zeigt uns, dass die Wahrnehmung dieser Ziele bei der breiten Bevölkerung noch immer nicht angekommen ist.
Eine funktionierende digitale Infrastruktur, die Entwicklung alternativer und erneuerbarer Energien, die Stärkung der Regionen, Bildung von Eigenkapital sowie Kreativität und Innovation sind nicht nur für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen von großer Bedeutung. Es ist für die gesamte Bevölkerung genauso wichtig, positive Akzente zu spüren und einen Blick auf das zu bekommen, was uns weiterbringt und weiterentwickelt.
Die Arbeit – wenn auch mit erheblichem Aufwand verbunden – vor, während und nach einem Award ist für alle Beteiligten erfreulich und ermutigend, weil man sehen kann, dass diese Welt sehr wohl verbesserbar ist.
Das Bestreben des Senats der Wirtschaft ist es, das Thema SDGs über unsere Senatsorganisationen in vielen Regionen Europas und darüber hinaus zu bewerben und so die Botschaft einer trotz allem lebenswerten Zukunft weiterzutragen. Unsere Unternehmen, unsere Jugend, unsere Regionalvertreter und einige unserer Medienrepräsentanten können mit uns gemeinsam dazu beitragen.
Denn schlechte Nachrichten haben wir alle genug gehört – es ist definitiv Zeit für die besseren, die gibt es wirklich!

Gabriele Stowasser, Vorstandsmitglied
im Senat der Wirtschaft Österreich,
zuständig für internationale Beziehungen,
Chefredakteurin im SENATE Magazin.

Büroleben neu denken

Praktische Ansätze in Sachen Mitarbeiterfürsorge

Von Holger Wolff

Holger Wolff

In den letzten Jahren hat sich die Art und Weise, wie wir bei MaibornWolff Büros nutzen, stark verändert. Die Corona-Pandemie hat diese Veränderungen noch verstärkt und beschleunigt. Die Pandemie hat dazu geführt, dass viele Unternehmen gezwungen waren, auf Remote Work oder hybride Arbeitsmodelle umzusteigen. Die Art und Weise, wie wir Büros nutzen, hat sich grundlegend verändert. Viele Unternehmen haben nach langen Jahren der Gegenwehr erstmals erkannt, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch von zu Hause aus effektiv arbeiten können und dass Remote Work viele Vorteile bietet. Wie zum Beispiel eine bessere Work-Life-Balance und eine höhere Flexibilität, gerade in familiären Konstellationen. Ist das Homeoffice ein Segen oder der Sargnagel für die Zusammenarbeit im Team? Welche Auswirkungen hat das verteilte Arbeiten auf das Zugehörigkeitsgefühl zur jeweiligen Organisation? Bei MaibornWolff haben wir die besondere Situation, dass wir tatsächlich 100 Prozent aller Tätigkeiten remote erledigen könn(t)en. Wir sind ein reines Dienstleistungsunternehmen ohne Produktion und hatten schon vor der Pandemie technisch und kulturseitig die Möglichkeit, viel remote oder im Homeoffice zu erledigen. Aber auch bei uns hat sich – trotz immer schon vorhandener Flexibilität – ein nachhaltiger und andauernder Pandemie-Effekt eingestellt: War die durchschnittliche Homeoffice-Nutzung vor der Pandemie bei einem Tag pro Woche – sind es jetzt ca. 2–3 Tage Homeoffice im Schnitt über alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu kommt ein verändertes Ansiedelungsverhalten der Kolleginnen und Kollegen in der Familiengründungsphase. Viele wählen Stand- und Wohnorte bis zu 200 km von den urbanen Zentren entfernt, um sich überhaupt noch eine eigene Immobilie leisten zu können.

Gleichzeitig hat die Pandemie aber auch gezeigt, dass das persönliche Zusammentreffen und die Zusammenarbeit im Büro immer noch unverzichtbar sind. Insbesondere die Generation Z legt großen Wert darauf, dass der Arbeitsplatz nicht nur ein Ort ist, an dem sie arbeiten, sondern auch ein Ort, an dem sie sich wohlfühlen und ihre Kreativität entfalten können. Sie legen Wert auf eine angenehme Arbeitsumgebung, die ihrer Persönlichkeit entspricht und Raum für Austausch und Zusammenarbeit bietet.

Interior Branding kann dazu beitragen, dass Unternehmen bei potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als attraktive Arbeitgeber wahrgenommen werden

Diese Erwartungen der Generation Z sind ein wichtiger Faktor, den Unternehmen bei der Gestaltung ihrer Büros berücksichtigen müssen. Unternehmen müssen sich bewusst sein, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heute eine höhere Verhandlungsmacht haben und gezielt nach Arbeitgebern suchen, die ihren Werten und Bedürfnissen entsprechen. Eine positive Arbeitsumgebung kann hierbei dazu beitragen, dass Unternehmen im Wettbewerb um Fachkräfte erfolgreich sind. Sicher ist das Büro nicht der alleinige entscheidende Faktor bei der Wahl des Arbeitgebers, aber die passende Umgebung darf auch nicht unterschätzt werden. In all unseren Büros versuchen wir, aufgrund von Lage und Ausstattung schon beim Betreten einen gewissen „Wow"-Effekt zu erzeugen.

Die Rolle von Interior Branding bei der Gestaltung einer positiven Arbeitsumgebung und der Stärkung des Employer Branding sollte nicht unterschätzt werden. Ein einheitliches Designkonzept, eine angenehme Beleuchtung und eine sorgfältige Auswahl der Möbel können dabei helfen, eine positive Arbeitsumgebung zu schaffen und das Employer Branding zu stärken. Durch eine gezielte Kommunikation der Unternehmenswerte und -kultur kann Interior Branding auch dazu beitragen, dass Unternehmen bei potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als attraktive Arbeitgeber wahrgenommen werden.

Allerdings ist es auch wichtig zu betonen, dass eine stärkere Anwesenheit im Büro nicht durch Zwang erreicht werden sollte, sondern durch Attraktivität. Unternehmen müssen ihren Mitarbeitern eine Arbeitsumgebung bieten, in der sie gern arbeiten und sich wohl fühlen. Flexible Arbeitsmodelle wie Remote Work oder hybride Arbeitsmodelle können hierbei eine Rolle spielen und sollten in Zukunft stärker berücksichtigt werden.

Events können ebenfalls dazu beitragen, eine positive Arbeitsumgebung zu schaffen und das Employer Branding zu stärken. Durch Events wie Firmenfeiern oder gemeinsame Aktivitäten können Unternehmen das Gemeinschaftsgefühl unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stärken und eine positive Arbeitskultur fördern. Insbesondere nach der Pandemie können Events dazu beitragen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich nach der Isolation und dem Social Distancing wieder stärker verbunden fühlen und ihre Kreativität und Innovationsfähigkeit durch den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen steigern.

MaibornWolff hat sich auf diesen Trend eingestellt und Ende letzten Jahres ein professionelles Event Team aufgebaut. Vom Meetup bis zum Bereichsevent, vom Girls Day bis zum „Elternabend", vom Bewerbertag bis zum strategischen Kundenworkshop werden Eventformate professionalisiert organisiert. Begegnungen finden heute nicht mehr zufällig statt, quasi als Abfallprodukt einer sowieso vorhandenen Anwesenheitskultur. Sie müssen geplant, organisiert und beworben werden. Es braucht Anreize und spannende Formate, um die nötigen Begegnungen wieder zu schaffen. Insgesamt wird die Art und Weise, wie wir Büros nutzen, auch in Zukunft einem stetigen Wandel unterliegen. Unternehmen müssen sich auf die Bedürfnisse und Erwartungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, um im Wettbewerb um Fachkräfte erfolgreich zu sein. Hierbei spielen flexible Arbeitsmodelle, eine angenehme Arbeitsumgebung sowie gezieltes Interior Branding und Employer Branding eine wichtige Rolle.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Arbeitswelt weiterentwickeln wird und welche neuen Trends und Herausforderungen in Zukunft auf Unternehmen zukommen werden. Doch eins ist sicher: Unternehmen, die sich an die Veränderungen anpassen und flexibel auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reagieren können, werden auch in Zukunft erfolgreich sein.

Praktische Impulse zum Arbeitszeitgesetz

Gedanken für Mitarbeitende, Unternehmen und Gesetzgeber

Von Martin Kugelmann

Martin Kugelmann

Beim Thema Arbeitszeitgestaltung und insbesondere Arbeitszeiterfassung kann festgestellt werden, dass verschiedenste Interessengruppen die Rechtsprechung als auch die Gesetze oft im eigenen Sinn auslegen. Dadurch entsteht Verunsicherung bei Unternehmen, Sozialpartnern und Mitarbeitenden. Der Senat der Wirtschaft versteht sich als plural und interdisziplinär denkende Institution, die unabhängig von Einzelinteressen agiert. Die Kommission „Zukunft Arbeit und Personal" des Senats hat sich mit Unterstützung weiterer Rechtsexperten mit der Fragestellung zur Arbeitszeitgestaltung eben deshalb beschäftigt.
Die Perspektive ist aus Sicht praktischer Erfahrungen und Erfordernisse aus dem Unternehmensalltag. Dabei sind unterschiedliche Erfahrungsprofile der Mitwirkenden und das grundsätzliche Prinzip einer werteorientierten Unternehmensführung prägend beim Gedankenaustausch.

Es stehen nicht Beschlüsse oder Kompromisspapiere im Fokus. Mit einem ergebnisoffenen Impulspapier will die Kommission Ideen für Mitarbeitende, Unternehmen und politische Vertreter liefern, wie Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung konstruktiv zum Wohl aller Interessengruppen gestaltet werden können. Also wird nicht etwa die politische Position des Senats der Wirtschaft formuliert, sondern zum Diskurs beitragend informiert.

Als Kerninteressengruppen werden gesehen:

1. Gesetzgeber: Dieser ist aufgefordert, klare und faire Regelungen im Sinn eines sozialwirtschaftlichen Rechtsstaats zu treffen.
2. Mitarbeitende: Die Interessen der Mitarbeitenden – insbesondere im Sinn eines nachhaltigen Gesundheitsschutzes – sind zu berücksichtigen.
3. Unternehmen: Unternehmerisches Denken erfordert Gestaltungsspielraum.

Außerdem sollten in diesem Zusammenhang aktuelle Trends mitberücksichtigt werden:

1. Gutes, betriebliches Gesundheitsmanagement geht heute über die reinen rechtlichen oder genossenschaftlichen Herausforderungen hinaus.

2. Sowohl Unternehmen als auch Mitarbeitende suchen nach neuen Arbeitsweisen (Stichwort New Work). Dabei stehen ggf. ein Vertrauensverhältnis und eine Ergebnisorientierung vielmehr im Vordergrund als eine Arbeitszeitkontrolle.

3. Die Compliance zu gesetzlichen Vorgaben gewinnt immer mehr an Bedeutung.

4. Nachhaltigkeit wird häufig im Zusammenhang mit Umweltschutz verstanden. Eine nachhaltige Unternehmensführung bedeutet aber auch, dass Mitarbeitende mittel- und langfristig gute Leistung für das Unternehmen erbringen können.

5. Da sich der Arbeitsmarkt umgekehrt hat (Arbeitnehmer suchen Arbeitgeber) müssen Arbeitszeitmodelle gefunden werden, die eine Attraktivität der eigenen Arbeitgebermarke sowie eine nachhaltige Bindung der Mitarbeitenden ermöglicht.

Der Impuls konzentriert sich auf die Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung sowie der Arbeitszeiterfassung im Kontext der aktuellen Rechtsprechung. In einem zweiten Schritt wird die Kommission „Zukunft Arbeit und Personal“ auch Konzepte zu Arbeitszeitmodellen und dadurch abgeleiteten Entlohnungsmodellen in dem globaleren Kontext der Trends durchdenken.

Bedeutung der aktuellen Rechtsprechung

Die Europäische Union hat in ihrer Richtlinie 2003/88/EG vom 4. November 2003 Vorgaben zur Arbeitszeitgestaltung festgelegt. Der EuGH hat in einem Urteil eingefordert, dass die Mitgliedsstaaten dies konsequenter in nationales Recht umsetzen müssen.
Durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts wurde zwar ein Initiativerecht des Betriebsrats zurückgewiesen, aber nochmals bestätigt, dass Arbeitgeber verpflichtet sind, ein zuverlässiges System zur Arbeitszeiterfassung zu implementieren. Dieses kann, aber muss nicht elektronisch erfolgen. Ziel dieses Systems ist, den gesundheitlichen Aspekt des ArbZG prüfen zu können. Das heißt konkret, dass die Grenze von zehn Stunden, die durchschnittliche Arbeitszeit von acht Stunden, die Pause nach sechs Stunden sowie die arbeitsfreie Zeit von 11 Stunden überprüfbar ist.
Gibt es feste Arbeitszeitregelungen, das heißt feste Arbeitszeiten an jedem Arbeitstag oder eine klare Regelung zur Schichtarbeit, dann ist eine Zeiterfassung nicht notwendig. Nur bei flexiblen Arbeitszeiten, wie diese vor allem im Dienstleistungsbereich vorkommen, ist eine zuverlässige Zeiterfassung erforderlich.

Bei der Auswertung muss dabei nicht die tägliche Arbeitszeit ausgewertet werden. Es reicht, wenn die Überschreitung der oben genannten Grenzen zuverlässig erkannt wird.
Die Zuverlässigkeit der Erfassung kann nach Sicht der Kommission auch durch Stichproben sowie Kontrollen bei Verdachtsfällen erfolgen. Dies bedeutet, dass eine eigenständige Erfassung der Arbeitszeit durch die Mitarbeitenden mit entsprechender Stichprobenkontrolle durchaus ausreichend sein kann. Letztlich geht es um Maßnahmen zur Risikominimierung und nicht um Mikromanagement. Ähnliches gilt für viele andere Verpflichtungen aus dem Gesundheitsmanagement, wo eine lückenlose Kontrolle nicht möglich oder sinnvoll ist.
Die geforderte Kontrolle der Arbeitszeit hat aus gesetzgeberischer Sicht keinen direkten Zusammenhang mit der Bezahlung; die Regelungen dienen einzig dem Gesundheitsschutz.

Bedeutung für Arbeitnehmer

Mitarbeitende sind durch die Rechtsprechung deutlich besser vor Arbeitgebern geschützt, die über einen langen Zeitraum erhebliche Arbeitsleistung einfordern. In diesem Fall müssen die Mitarbeitenden nicht selbst nachweisen, dass sie über das vorgesehene Maß hinaus arbeiten müssen.
Letztlich geht es darum, dass ohne genügende Erholungszeiten direkte gesundheitliche Probleme entstehen können; ob somatische oder psychosomatische Einschränkungen auftreten, ist dabei unerheblich. Modernes Gesundheitsverständnis geht auch von einer sozialen Gesundheit aus. Diese kann durch sehr hohe Arbeitszeiten ebenfalls beeinträchtigt werden. Nach dem Verständnis der Kommission sind die oben genannten Interessen der Mitarbeitenden deckungsgleich mit den Anforderungen des Unternehmens, denn nur gesunde Mitarbeitende können produktiv für das Unternehmen tätig sein.

Bedeutung für Arbeitgeber

Unternehmen, die grundsätzlich auf eine auf Vertrauen basierte Führung von Mitarbeitenden Wert legen, könnten zunächst annehmen, dass die neue Rechtsprechung hier einschränkt. In vielen Kommentaren wurde die Rechtsprechung mit dem Ende der Vertrauensarbeitszeit gleichgesetzt. Dies ist aus Sicht der Kommission nicht der Fall: Die Zeiterfassung kann unabhängig von der Führungskraft erfolgen; über Stichprobenkontrollen sogar auf Vertrauensbasis. Eine Personalabteilung kann die Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte achten. Damit bleibt zwischen Führungskraft und Mitarbeitenden die Basis des Vertrauens, das heißt, dass die Mitarbeitenden soviel Arbeitszeit investieren, wie zur Erfüllung der Aufgabe notwendig ist. Gleichzeitig wird aber darauf geachtet, dass dieses Vertrauensverhältnis nicht zu einer faktischen Überforderung der Mitarbeitenden führt. Durch die Erfassung der Arbeitszeit könnte sich auch die Chance ergeben, dass durch die Erfassung mehr Fairness für alle Mitarbeitenden gegeben ist. Die Erfassung kann zum Beispiel für Gleitzeitmodelle gut genutzt werden.
Generell bleibt es auch nach dem Urteil dem Unternehmen frei, die Arbeitszeiten zu gestalten. Durch das Urteil ergeben sich keine Einschränkungen zu den bisherigen geltenden gesetzlichen Regelungen. Nur die Kontrolle der Einhaltung der Regelungen wird klarer eingefordert.

Pragmatisches und konstruktives Zusammenwirken aller Parteien sind keine Gegensätze einer modernen, flexiblen Organisation der Arbeit sowie des Arbeitsschutzes

Das Bestreben nach einer modernen, flexiblen Organisation der Arbeit sowie Arbeitsschutz sind keine Gegensätze, sondern können in Einklang gebracht werden, soweit alle Parteien pragmatisch und konstruktiv zusammenwirken.

Bedeutung der elektronischen Zeiterfassung

Auch wenn eine elektronische Zeiterfassung nicht explizit gefordert wird, so kann das Urteil doch dahingehend als Chance genutzt werden, ob eine elektronische Zeiterfassung für das Unternehmen von Vorteil ist:

Kosten und Nachteile einer elektronischen Zeiterfassung:

Es versteht sich von selbst, dass die Einführung eines elektronischen Systems zur Arbeitszeiterfassung mit Aufwand (Kosten, Investitionen, Führung und Zeit) verbunden ist:

- Notwendigkeit der Verhandlung einer Betriebsvereinbarung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat: siehe u.a. § 87 Abs. (1) Nr. 2, 3, 6 i.V.m. § 5 Abs. (1) BetrVG; § 16 Abs. (2) ArbZG; § 3 Abs. (2) Nr. 1 und 2 ArbSchG; § 5 Abs. (3) Ziff. 4 ArbSchG
- Beachtung DSGVO (Datenschutz und Datensicherheit)
- Implementierung eines EDV-Systems: Prozessdesign für Ablauf der Arbeitszeiterfassung, Definition der Anforderungen, Ausschreibung, Auswahl und Entscheidung für ein EDV-System betreffend elektronische Arbeitszeiterfassung, Implementierung (Anpassung, Umsetzung, Datenmigration), Schulungsaufwand
- Kommunikation gegenüber allen Mitarbeitenden mit besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den Führungskräften, damit diese bei Umsetzung und Durchsetzung mitwirken können

Vorteile einer elektronischen Zeiterfassung:

Auf der anderen Seite bietet ein elektronisches Zeiterfassungssystem auch viele Vorteile:

- Offensichtliche Effizienzvorteile einer digitalen Lösung gegenüber einer „Paper & Pencil Solution“
- Bilanzierungsvorteile: Objektivierbarkeit und prüfungssichere Dokumentation von entsprechenden Verbindlichkeitsrückstellungen (Überstundenaufwand, Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten)
- Sicherstellung der Willkürfreiheit und Nachvollziehbarkeit für alle Mitarbeiter: Dieser Vorteil ist nicht zu unterschätzen; Konfliktrisiken werden signifikant reduziert.

In der Europäischen Union sollte neu darüber gesprochen werden, wo eine Flexibilisierung für Unternehmen und Mitarbeitende sinnvoll ist

Zeiterfassung bei mobiler Arbeit

Bei Verfügbarkeit von entsprechenden (mobilen, nicht gerätegebundenen) Web-Applikationen für die Arbeitszeiterfassung können sich Mitarbeitende von zu Hause aus oder unterwegs „einloggen", um Beginn und Ende der Arbeitszeit im System zu dokumentieren. „Homeoffice" oder hybride Formen der Arbeitsorganisation sind trotz dieses Urteils auch weiterhin möglich.

Empfehlungen

Die EU-Richtlinie zielt im Wesentlichen auf die Vermeidung einer mittel- und langfristigen Überarbeitung der Mitarbeitenden ab. Die im deutschen Gesetz definierte Grenze von zehn Stunden Arbeitszeit geht dagegen davon aus, dass eine Arbeitszeit über dieses Maß hinaus kurzfristig gesundheitsschädlich ist. Die Grenze erscheint ggf. willkürlich und kann im Zweifel sogar belasten, weil eine Tätigkeit nicht mehr fertiggestellt werden kann. Das offene Problem wird geistig mit nach Hause genommen und kann psychisch eher belasten. Auch wenn die Kommission sich bewusst ist, dass nach zehn Stunden ggf. die Produktivität erheblich nachlässt und eine solche Arbeitszeit aus unternehmerischer Sicht nicht sinnvoll sein kann, so kann die Entscheidung doch den Unternehmen und den Mitarbeitenden überlassen werden.
Aus Sicht der Kommission sollte der langfristige Gesundheitsschutz, wie von der EU vorgegeben, im Vordergrund stehen. Außerdem sollten die Ausnahmemöglichkeiten, die die EU-Richtlinie ermöglichen, analysiert werden. Dabei ist zu prüfen, ob damit nicht im Sinn neuer Arbeitsformen Ausnahmen im deutschen Gesetz ermöglicht werden, die letztlich vom Vorteil für Mitarbeitende und Unternehmen sind.
Sowohl die EU-Richtlinie als auch die nationalen Gesetze stammen aus einer Zeit, wo noch sehr lange und körperlich anstrengend gearbeitet wurde. Aus diesem Kontext sind die Vorgaben gut nachvollziehbar und sinnvoll im Sinn des Gesundheits- und Sozialschutzes.
Wünschenswert wäre aber, wenn in der Europäischen Union neu und ggf. disruptiv darüber gesprochen wird, welche Gesundheitsrisiken sich in einer modernen Arbeitsumgebung ergeben und wo eine Flexibilisierung für Unternehmen und Mitarbeitende sinnvoll ist.

Ausblick

Die Kommission „Zukunft Arbeit und Personal" wird sich unabhängig von den in diesem Impulspapier diskutierten gesetzlichen Rahmenbedingungen damit beschäftigen, welche Arbeitszeitmodelle für eine zukunftsorientierte Mitarbeitende- und Unternehmensführung sinnvoll erscheinen. Dies muss im Zusammenhang mit modernen Entlohnungssystemen gedacht werden. Das daraus entstehende weitere Positionspapier könnte den Gesetzgebern und ggf. der Europäischen Union helfen, das Thema Arbeitszeitregelungen neu zu denken. Dabei ist idealerweise ein Einklang zwischen unternehmerischen Gestaltungsinteressen und den berechtigten Gesundheitsinteressen der Mitarbeitenden leitend.

Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist viele Ideen zu haben!

Linus Pauling

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

BACHMANN
www.bachmann.com

BG ETEM
Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse
www.bgetem.de

engbers
www.engbers.de

POWERLINES GROUP
www.powerlines-group.com/spl/spl_germany.nsf

LDB Gruppe
Speed up your business
www.ldb.de

möma
www.moemax.de

GEMOTEG GmbH & Co. KG Drives + Systems ®
www.gemoteg.de

B.E.G. LUXOMAT®
www.beg-luxomat.com

Mr. Wash
www.mrwash.de

Leagas Delaney Hamburg
www.leagasdelaney.de

Maggi
www.maggi.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Digitales Zeitalter – neue Herausforderungen an das Arbeitszeitrecht und konkreter Änderungsbedarf

Arbeitsrechtliche Betrachtung neuer Arbeitszeitregeln von Fachanwältin Dr. Gerlind Wisskirchen

Dr. Gerlind Wisskirchen

Von Gerlind Wisskirchen

Aufgrund des digitalen und globalen Zeitalters befindet sich die Arbeitswelt in einem tiefgreifenden Wandel. Im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist die Gesetzeslage an die neuen Realitäten anzupassen. Insbesondere ist dies beim Arbeitszeitgesetz (ArbZG) der Fall. Zusammengefasst sollte

- die Bereichsausnahme für Führungskräfte in Einklang mit vielen anderen EU-Mitgliedstaaten deutlich erweitert werden,
- die tägliche Höchstarbeitszeit flexibilisiert werden,
- weitere Ausnahmen von der Ruhezeit und der Höchstarbeitszeit durch Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge sowie bei Dienstreisen zugelassen werden.

Gründe für den Änderungsbedarf

Das Bundesarbeitsgericht hat mit seinem Paukenschlag-Beschluss vom 13.09.2022[1] das Thema Arbeitszeit in den medialen Fokus gerückt. Darin hat es die Pflicht aller Unternehmen zur Erfassung der täglichen Arbeitszeiten ihrer Arbeitnehmer konstatiert, welche sich nach dem Stechuhr-Urteil des EuGH aus dem Jahre 2019[2] bereits abgezeichnet hat. Schnell hat das BMAS im Anschluss verkündet, beim ArbZG nochmals Hand anzulegen und daraufhin am 18. April 2023 den lang erwarteten Referentenentwurf veröffentlicht. Er sieht eine Neuregelung des Abs. 2 des § 16 ArbZG und eine Ergänzung um die Absätze 3 bis 8 vor.[3]
Dadurch wird der Arbeitgeber verpflichtet, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit elektronisch zu erfassen, und zwar am Tag der Arbeitsleistung. Es ist ihm aber möglich, die Erfassung an die Arbeitnehmer oder Dritte zu delegieren. Auch Vertrauensarbeitszeitmodelle sind nach Abs. 4 n.F. weiterhin möglich, wenn der Arbeitgeber auf die Kontrolle der Arbeitszeit verzichtet. Er hat dabei nur sicherzustellen, dass ihm Verstöße etwa gegen Ruhezeiten dennoch bekannt werden.

1 BAG vom 13.09.2022 – 1 ABR 22/21.
2 EuGH vom 14.05.2019 – C-55/18.
3 Referentenentwurf des BMAS zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und anderer Vorschriften, S. 3 f.

Des Weiteren wird dem Arbeitnehmer ein Auskunftsanspruch über die aufgezeichnete Arbeitszeit eingeräumt und eine Speicherung der Aufzeichnung auf eine Dauer von zwei Jahren festgelegt. Ausnahmen sollen nach Abs. 7 n.F. durch Regelungen in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen in gewissen Fällen möglich sein.

In Kreisen der Wirtschaft wird über eine weitergehende Reform des ArbZG nachgedacht mit dem Ziel, dieses an die neue Arbeitswirklichkeit anzupassen. Diese Reform ist notwendig, da zentrale Regelungen des ArbZG auf eine analoge Arbeitswelt zugeschnitten sind und der jetzige Entwurf diesbezüglich nicht weitreichend genug ist.

Der Vorgänger des ArbZG – die Arbeitszeitordnung[4] – trat am 01.01.1924 in Kraft. Aus der Zeit stammen Beschränkungen wie die der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit auf acht Stunden.[5]

Regelungen wie diese dienten damals klar dem Interesse und dem Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer: Denn zu der Zeit verrichtete die Mehrheit der Arbeitnehmer noch schwere physische Arbeit unter oftmals prekären Bedingungen. Die gesetzlichen Regelungen schützten die Arbeitnehmer vor Ausbeutung und sollten insbesondere deren physische Gesundheit erhalten.

Ein Jahrhundert später unterliegt die Arbeitswelt in Deutschland wie überall einem tiefgreifenden Wandel. Zentraler Treiber der sich verändernden Arbeitswelt ist der technologische Fortschritt, der Arbeitsinhalte, Arbeitsmittel und die Arbeitsorganisation massiv verändert. Auslöser dabei sind der immer weitreichendere Einsatz von mobilen digitalen Endgeräten und den damit verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten, aber auch der zunehmende Gebrauch von (intelligenter) Software und Automatisierungen. Dieser immer umfangreichere und schnellere Wandel verändert zahlreiche Berufe nachhaltig: Sie werden immer digitaler und vernetzter. So geben über 50 Prozent der Beschäftigten an, dass ihr Beruf im Homeoffice erledigt werden kann.[6]

Auch die Berufsfelder haben sich gravierend verändert: Während vor 100 Jahren die Mehrzahl der Menschen Arbeiter waren, sind mittlerweile Bürojobs das häufigste Berufsfeld der Deutschen.[7] Infolgedessen waren 1925 nur ungefähr 25 Prozent der unter die Arbeitszeitordnung fallenden Beschäftigten Angestellte; die anderen 75 Prozent waren Arbeiter.[8] Während 1980 dieser Anteil der Angestellten noch bei unter 50 Prozent lag, liegt er heutzutage im Geltungsbereich des ArbZG bei knapp 80 Prozent.[9]

4 Diese ursprüngliche Fassung der AZO ist auf der Seite der Österreichischen Nationalbibliothek unter https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1383&size=45 abrufbar.

5 https://www.deutschlandfunk.de/vor-100-jahren-einfuehrung-des-achtstundentags-fuer-arbeiter-100.html; gesetzlich geregelt in § 1 Satz 2 AZO 1924.

6 https://www.sueddeutsche.de/karriere/pandemie-mehrheit-fuer-home-office-1.5314709.

7 Statistik „Erwerbstätige nach Stellung im Beruf von 1895 bis 2014“ unter https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/statistiken-zur-gewerkschaftsbewegung-ab-2919.html; https://www.suedkurier.de/ueberregional/panorama/Das-sind-die-zehn-haeufigsten-Berufsfelder-der-Deutschen;art409965,10445121.

8 Vgl. dazu die Statistik „Erwerbstätige nach Stellung im Beruf von 1895 bis 2014“ unter https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/statistiken-zur-gewerkschaftsbewegung-ab-2919.html; Selbstständige und mithelfende Familienangehörige wurden von der Arbeitszeitordnung nicht erfasst und sind deshalb herausgerechnet.

9 Vgl. https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61694/erwerbstaetige-nach-stellung-im-beruf/; Beamte und Selbstständige sind herausgerechnet, da für sie das ArbZG nicht gilt.

Das ArbZG trifft demnach Berufe, bei denen es zunehmend irrelevant ist, von welchem Ort und in der Regel zu welcher Zeit die Arbeit erledigt wird. Vielfach äußern Arbeitnehmer deshalb das Bedürfnis, Arbeitsort und -zeit individuell, flexibel und den persönlichen Bedürfnissen entsprechend gestalten zu können. Dies ist unter der aktuellen Gesetzeslage in Deutschland nur unzureichend möglich: Sie schränkt ein mobiles und flexibles Arbeiten erheblich ein.
Auch dem ursprünglichen Zweck des ArbZG – dem Gesundheitsschutz – sind die engen gesetzlichen Vorgaben heute nicht mehr dienlich. Vielmehr ermöglichen flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten mehr Gesundheitsschutz: Bei standardisierten Arbeitszeiten richtet sich zwangsläufig auch das Privatleben eines Arbeitnehmers nach diesen. Dürfen Arbeitnehmer hingegen selbstständig ihre Arbeitszeit bestimmen, können sie diese an ihr Privatleben anpassen.
In diesem Kontext sind die seit Jahrzehnten unveränderten Vorschriften des ArbZG aus der Zeit gefallen. Eine falsch verstandene Überprotektionierung von Arbeitnehmern, die das heute mehrheitlich gar nicht mehr wünschen, schadet der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
Der Referentenentwurf des BMAS versucht zwar, etwa durch eine elektronische Arbeitszeiterfassung, sich dem Wandel der Zeit anzupassen, schafft es jedoch nicht, die notwendigen Änderungen für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu schaffen.
In anderen EU-Mitgliedsstaaten sind die hier angesprochenen Regelungen längst Realität.[10]

10 Dies wird im Kontext der jeweiligen Regelung näher ausgeführt.

Vergleich der Richtlinienvorgaben mit dem ArbZG und den Gesetzen weiterer EU-Mitgliedsstaaten

Grundlage für das Arbeitszeitrecht ist in der EU die Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG (ArbZ-RL). Diese wurde in Deutschland durch das ArbZG umgesetzt. Eine Reform des ArbZG ist zwar nur in den von der ArbZ-RL ermöglichten Grenzen zulässig. Jedoch macht das ArbZG in zentralen Punkten strengere Vorgaben als die ArbZ-RL und die Gesetze anderer EU-Staaten. Die aktuelle deutsche Gesetzeslage inklusive des vorgelegten Entwurfs verhindern damit individuelle Arbeitszeitmodelle, die häufig im (privaten wie auch im beruflichen) Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegen. Insbesondere bei der zulässigen täglichen Höchstarbeitszeit sind die Möglichkeiten der ArbZ-RL für flexiblere arbeitszeitrechtliche Gestaltungen bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.
Dadurch geraten Arbeitnehmer verschiedenster Berufe in unterschiedlichsten Situationen in einen Konflikt zwischen ihren persönlichen Lebenssituationen und den gesetzlichen Vorschriften. Beispiele hierfür sind:

- Eltern möchten abwechselnd an einem Tag zehn Stunden arbeiten, um am nächsten Tag bereits nach sechs Stunden Feierabend zu haben und sich um die Kinder kümmern zu können.
- Nach acht Stunden Arbeit ist eine bestimmte Aufgabe fast fertiggestellt. Es bietet sich an, diese noch zu beendigen, zum Beispiel weil der Arbeitnehmer gerade „im Thema drin ist“ und so am nächsten Tag nicht mehr ins Büro kommen muss.

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

Hans-Dietrich Genscher
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

GESA Unternehmensgruppe
www.gesa-ag.de

Baldus Medical
www.baldus-group.de

ERWIN HYMER GROUP
the leisure experience
www.erwinhymergroup.com

eepos
www.eepos.de

PORSCHE
www.porscheengineering.com

funk
www.funk-gruppe.de

Fehr
www.fehr.de

bindan group
bindan.group

REFRATECHNIK
www.refra.com

Evangelische Bank
www.eb.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Das Bedürfnis nach individuellen Arbeitszeiten stellt sich insbesondere bei Berufen, in denen die Arbeitnehmer eigenständig ihre Arbeitszeit festlegen können

- Auf dem Rückweg einer Dienstreise gerät ein Arbeitnehmer als Fahrer des Autos in einen Stau. Hat er aufgrund des beruflichen Meetings und der Autofahrt schon sieben Stunden im Sinne des ArbZG gearbeitet und ist aufgrund des Staus noch zwei Stunden von seinem Zuhause entfernt, wird er wohl nicht ins nächste Hotel fahren, um den Bestimmungen des ArbZG Genüge zu tun, sondern wahlweise eine um eine Stunde verlängerte Pause oder die letzte Stunde am nächsten Arbeitstag eintragen.

Demnach lösen in der Praxis viele Arbeitnehmer den Konflikt, indem sie im eigenen Interesse die Vorschriften des ArbZG umgehen. Dies hat zur Folge, dass in keinem anderen Bereich des Arbeitsrechts gesetzliche Theorie und Realität so weit auseinanderfallen. Die angesprochenen wie auch zahllose weitere Konfliktsituationen lassen sich lösen, wenn die von der ArbZ-RL eröffneten Spielräume wie folgt in den Entwurf eingearbeitet werden.

Konkrete Vorschläge

Ausnahme für Führungskräfte

Die ArbZ-RL ermöglicht es, bestimmte Personengruppen auszunehmen (Art. 17 ArbZ-RL). Insbesondere ist dies unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze des Schutzes der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer bei „Personen mit selbstständiger Entscheidungsbefugnis“ möglich.[11] Der EuGH versteht hierunter Arbeitnehmer, deren gesamte Arbeitszeit aufgrund der Natur der ausgeübten Tätigkeit nicht gemessen oder im Voraus festgelegt wird oder von den Arbeitnehmern selbst festgelegt werden kann.[12]
Demgegenüber sind im deutschen Recht bisher in § 18 Abs. 1 Nr. 1 ArbZG nur leitende Angestellte aus dem Anwendungsbereich des ArbZG herausgenommen. Der im Betriebsverfassungsgesetz definierte Begriff des leitenden Angestellten[13] ist damit deutlich enger als die Regelung der Richtlinie. Nur etwa fünf Prozent der Angestellten eines Unternehmens in Deutschland sind erfahrungsgemäß leitende Angestellte.[14] Diese Regelung ist wegen der modernen Arbeitsformen nicht mehr zeitgemäß und entspricht auch nicht der originären Schutzkonzeption des Gesetzes. Denn das Bedürfnis nach individuellen Arbeitszeiten stellt sich insbesondere bei Berufen, in denen die Arbeitnehmer eigenständig ihre Arbeitszeit festlegen können.[15] Wegen dieser Eigenverantwortung und des in der Regel damit einhergehenden höheren Gehalts sind diese Berufe weniger schutzbedürftig.
Im Rahmen des Referentenentwurfs wurde die Definition des EuGH aufgegriffen und es in § 16 Abs. 7 ArbZG n.F. nun möglich gemacht, bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern[16] von der Pflicht zur Arbeitszeiterfassung auszunehmen, wenn die Arbeitszeit der Arbeitnehmer aufgrund besonderer Merkmale der ausgeübten Tätigkeit nicht gemessen werden kann oder im Voraus festgelegt wird oder von den Arbeitnehmern selbst festgelegt werden kann. Festgelegt werden kann diese Ausnahme jedoch nur im Rahmen von Tarifverträgen. Dadurch fallen große Teile von Arbeitnehmern aus dem Anwendungsbereich hinaus, weil sie nicht tarifgebunden sind und damit die Regelungen der Tarifverträge für sie keine Anwendung finden. So ist zwar pro forma die Möglichkeit der Ausnahmeregelungen erweitert worden, in der Praxis wird dies jedoch kaum einen Unterschied machen.

11 Art. 17 Abs. 1 a) ArbZ-RL.

12 EuGH vom 07.09.2006 – C 484/04; vom 26.07.2017 – C 175/16 – Hälvä.

13 § 5 Abs. 3 Satz 2 BetrVG.

14 https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigte-mit-Leitungsfunktion.pdf?__blob=publicationFile, S. 8.

15 Besonders deutlich wird dies am Beispiel angestellter Rechtsanwälte.

16 Beispielhaft werden in der Gesetzesbegründung Führungskräfte, Experten und Wissenschaftler genannt.

Andere Mitgliedsstaaten der EU haben bereits deutlich umfassender von der Herausnahme von Personengruppen aus dem Anwendungsbereich ihres Arbeitsgesetzes Gebrauch gemacht.

- In Frankreich gibt es eine Gruppe von Arbeitnehmern der sogenannten „Cadres", die die Autonomie haben, ihre Arbeitszeit und Organisation im Wesentlichen selbst festzulegen und deren Art der Tätigkeit dazu führt, dass sie nicht den betriebsüblichen (tariflichen) Arbeitszeiten folgen.[17] Circa 19 Prozent der Beschäftigten in Frankreich sind Cadres.[18] Diese Arbeitnehmer dürfen bis zu 218 Tage pro Jahr arbeiten. Es existiert für diesen Personenkreis also keine tägliche oder wöchentliche Höchstarbeitsgrenze, sondern nur eine jährliche. Die Gruppe der „Cadres" ähnelt dem deutschen Verständnis von außertariflichen Mitarbeitern und umfasst somit deutlich mehr Beschäftigte als die Gruppe der leitenden Angestellten in Deutschland.
- In den Niederlanden sind nach der niederländischen Arbeitszeitverordnung[19] insbesondere diejenigen Arbeitnehmer aus dem Anwendungsbereich des niederländischen Arbeitszeitgesetzes[20] ausgeschlossen, die mindestens das Dreifache des gesetzlichen Mindestlohns zuzüglich eines Urlaubsgeldes verdienen. Aktuell greift die Ausnahme bereits bei einem Jahresgehalt von ungefähr 75.000 €. Es wird allein auf die Höhe des Arbeitsentgelts abgestellt; weitere Voraussetzungen bestehen nicht. In Deutschland verdienen über 13 Prozent mehr als 75.000 €.[21]
- Im österreichischem Recht ist die Formulierung im dortigen Arbeitszeitgesetz quasi identisch zu der ArbZ-RL: Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind hiernach Arbeitnehmer, „denen maßgebliche selbständige Entscheidungsbefugnis übertragen ist und deren gesamte Arbeitszeit auf Grund der besonderen Merkmale der Tätigkeit entweder nicht gemessen oder im Voraus festgelegt wird oder von diesen Arbeitnehmern hinsichtlich Lage und Dauer selbst festgelegt werden kann".[22] In Österreich sind circa 13 Prozent der Beschäftigten Führungskräfte.[23] Weitere Beschäftigtengruppen wie z.B. Wissenschaftler in der Forschung, Profisportler und militärisches Personal bei Einsätzen und Übungen sind ebenso ausgeschlossen.

Keine tägliche Höchstarbeitszeit

Sowohl die EU-Richtlinie als auch das ArbZG machen Vorgaben zur erlaubten Höchstarbeitszeit und schränken dabei den Raum für flexible und individuelle Vereinbarungen ein. Sie beziehen sich dabei auf verschiedene Bezugspunkte:
Während auf europäischer Ebene nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 48 Stunden festgelegt ist,[24] ist in Deutschland die tägliche Höchstarbeitszeit auf acht Stunden begrenzt.[25]

Höchstarbeitszeit	ArbZ-RL	ArbZG
tägliche Begrenzung	---	8 Stunden
wöchentliche Begrenzung	48 Stunden	aufgrund der täglichen Begrenzung ebenfalls 48 Stunden

Weil die EU-Richtlinie keine tägliche Höchstarbeitszeit bestimmt, kann hiernach die Verteilung der Arbeitszeit auf die sechs Werktage ziemlich variabel erfolgen. Sie wird nur durch die tägliche Ruhezeit von elf Stunden begrenzt, sodass europarechtlich eine tägliche Arbeitszeit von bis zu 13 Stunden einschließlich der Ruhepausen möglich ist.

17 L 3111-2 Code du travail.

18 https://www.insee.fr/fr/statistiques/4768237?sommaire=5014835#:~:text=19%2C3-,Lecture%20%3A%20en%202019%2C%2021%2C6%20%25%20des%20hommes%20en,cadres%20et%20professions%20intellectuelles%20sup%C3%A9rieures.

19 Art. 2.1:1 Arbeidstijdenbesluit.

20 Arbeidstijdenwet.

21 Vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/202/umfrage/jahreseinkommen-einkommensteuerpflichtiger-2004/; Vgl. https://www.focus.de/finanzen/karriere/mit-3700-euro-netto-gehoeren-sie-in-deutschland-zu-den-reichsten-zehnprozent_id_31962669.html.

22 § 1 Abs. 2 Nr. 8 AZG.

23 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190708_OTS0033/ak-fuehrungskraefte-monitor-trotz-hoher-arbeitsbelastungen-sind-die-chefs-in-oesterreich-zufriedener-als-ihre-mitarbeiter; https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/AKI-_Harte_Zeiten_fuer_Fuehrungskraefte.html#:~:text=Aber%20wer%20sind%20eigentlich%20die,mindestens%201%20Mitarbeiterin%20%2F%201%20Mitarbeiter.

24 Art. 6 b) ArbZ-RL.

25 § 3 ArbZG.

Eine Flexibilisierung des ArbZG in Bezug auf die tägliche Höchstarbeitszeit ist demnach europarechtlich möglich, sofern die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten wird.

Keine Sonntagsruhe

Auf täglicher Ebene unterscheiden sich die Richtlinie und das ArbZG bezogen auf die Ruhezeit nicht: Beide fordern eine elfstündige Ruhezeit zwischen den Arbeitszeiten.
Auf wöchentlicher Ebene fordert die Richtlinie lediglich eine zusammenhängende Ruhezeit von 24 Stunden in einem Zeitraum von sieben Tagen.[26] Das deutsche ArbZG hingegen statuiert im Grundsatz ein Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot.[27]

Ruhezeit	ArbZ-RL	ArbZG
tägliche Begrenzung	11 Stunden	11 Stunden
wöchentliche Begrenzung	24 Stunden	Sonn- und Feiertage

Die Richtlinie ermöglicht unter weiteren Voraussetzungen Abweichungen von den täglichen wie auch wöchentlichen Ruhezeiten mittels eines Tarifvertrags oder mittels Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern auf geeigneter kollektiver Ebene,[28] also in Deutschland per Betriebsvereinbarung.
Der Wunsch von Betriebs- und Tarifpartnern nach mehr Freiheiten bei der kollektiven Arbeitszeit ist durch eine Erweiterung von § 7 Abs. 2 ArbZG realisierbar. Bisher sind dort nur für einzelne Branchen wie Landwirtschaft, Pflege oder öffentlicher Dienst Ausnahmen von beispielsweise Ruhezeit oder Höchstarbeitszeit möglich. Eine Erweiterung des Paragrafen auf weitere Branchen würde in diesen mehr Flexibilität ermöglichen. Insbesondere bei typischen Bürojobs ist eine solche Änderung aufgrund der eingangs dargestellten Argumentation sinnvoll.

Ausnahmen bei Dienstreisen

Zudem besteht auch mit Blick auf die arbeitszeitrechtliche Bewertung von Dienstreisen dringender Handlungsbedarf, um eine rechtssichere Handhabung zu ermöglichen. Dienstreisen werden dann als Arbeitszeit angesehen, wenn ein gewisser Grad der Beanspruchung überschritten ist: Die Reisezeit wird bei der Berechnung von Höchstarbeitszeitgrenzen und Ruhezeiten berücksichtigt, wenn der Arbeitgeber während dieser arbeitet oder anderweitig in Anspruch genommen wird, etwa weil er ein Fahrzeug lenken muss. Nach neuerer Rechtsprechung des EuGHs liegt Arbeitszeit schon dann vor, wenn der Arbeitnehmer sich an einem Ort aufzuhalten hat, an welchem er in seiner Freizeitgestaltung erheblich eingeschränkt ist.[29]
Einerseits bietet sich auch bei Dienstreisen ein Rückgriff auf die genannten Flexibilisierungsmöglichkeiten an. Andererseits beinhaltet die Richtlinie speziell für Dienstreisen eine Öffnungsklausel in Art. 17 Abs. 3 a) ArbZ-RL. Danach kann der nationale Gesetzgeber von den unionsrechtlich vorgegebenen Ruhepausen abweichen, sofern ein gleichwertiger Ausgleichsruhezeitraum gewährt wird. Diesbezüglich ist folgende – abermals in Österreich bereits existierende –[30] Regelung vorzunehmen: Bei einer Dienstreise kann – sofern der Arbeitnehmer während dieser keine Arbeitsleistung zu erbringen hat – die Höchstgrenze der Arbeitszeit überschritten und die tägliche Ruhezeit bis zu zweimal pro Woche verkürzt werden.

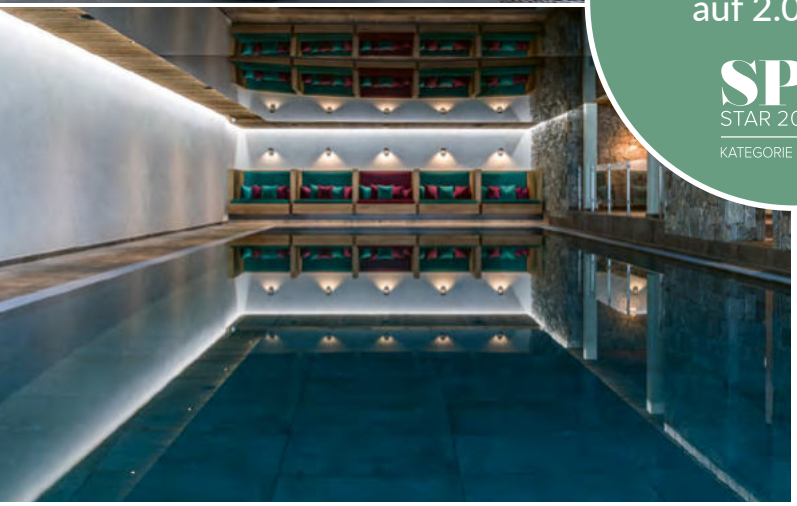
Fazit zum Referentenentwurf des ArbZG

Der bisher vorgelegte Entwurf des BMAS bleibt insgesamt gänzlich hinter den Erwartungen zurück. Außer der Möglichkeit der Ausnahmeregelungen durch Tarifverträge sind keine Flexibilisierungen der Arbeitszeit möglich gemacht worden. Die Hoffnung, dass durch den Entwurf die tägliche Höchstarbeitszeit verlängert oder auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit geändert wird, weitere Ausnahmen für bestimmte Arbeitnehmergruppen geschaffen werden oder Sonderregelungen für Dienstreisen gelten, wurde nicht erfüllt.
Daher ist zu empfehlen, dass durch die Überarbeitung des Entwurfs unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte eine Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes, angepasst an die heutige Zeit, gewährleistet wird.

26 Art. 5 ArbZ-RL.
27 § 9 ArbZG.
28 Art. 18 der ArbZ-RL.
29 EuGH vom 09.03.2021 – C 344/19 - Radiotelevizija Slovenija; vom 21.02.2018 – C 518/15 - Matzak.
30 § 20b AZG.

Mit ausgezeichnetem
Heimat & Natur SPA
auf 2.000 qm

SPA STAR 2022
KATEGORIE NEWCOMER



RELAIS & CHÂTEAUX GUT STEINBACH HOTEL CHALETS SPA
Steinbachweg 10 | 83242 Reit im Winkl
Tel.: 08640 8070 | Mail: info@gutsteinbach.de
www.gutsteinbach.de

DER FEINSCHMECKER
WELLNESHOTEL 2023
Seite 113 SENATE
MICHELIN
RELAIS & CHATEAUX

Posthotel
ACHENKIRCH
Wo die Reise beginnt
Das Erwachsenen-Resort
in den Tiroler Bergen
SPIELRAUM FÜR DAS ICH
Hier steht die Welt für einen Augenblick still.
Im Posthotel Achenkirch werden Sie ganz ruhig, fühlen sich befreit und lassen sich
rundum verwöhnen – reichlich Raum für das Ich und wohltuende Wellness
bringen Körper und Geist in Einklang.
7.000 m² Spa- und Wellnessbereich „adults only" ◆ Gourmetküche
◆ TCM-Restaurant TENZO – alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre
◆ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ◆ Resorteigener 9-Loch-Golfplatz
◆ Lipizzanergestüt mit Reitanlage
POSTHOTEL ACHENKIRCH
6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria, T +43 5246 6522, info@posthotel.at, www.posthotel.at